



Stadtratssitzung

Donnerstag, 14. September 2006, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2007-2010; Kenntnisnahme (BAK: Aeberhard / FPI: Wasserfallen)	06.000190
2. Produktgruppen-Budget 2007 (einschliesslich Steueranlage, Liegenschaftssteuer und Hundetaxe) (Abstimmungsbotschaft) (BAK: Conzetti / FPI: Wasserfallen)	06.000050

Inhaltsverzeichnis	Seite
Protokoll Nr. 25	1289
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	1290
Mitteilungen des Präsidenten	1291
1 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2007-2010; Kenntnisnahme	1291
2 Produktgruppen-Budget 2007 (einschliesslich Steueranlage, Liegenschaftssteuer und Hundetaxe) (Abstimmungsbotschaft)	1300
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr	1307
Dringlichkeitserklärungen	1308
2 Fortsetzung: Produktgruppenbudget 2007	1308
Detailberatung	1311
Gemeinde und Behörden (GuB)	1312
Präsidialdirektion (PRD)	1313
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)	1316
Eingänge	1329

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Künzler

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Stefanie Arnold
Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Buechi
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Margrith Beyeler-Graf
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem
Karin Gasser

Simon Glauser
Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Stephan Hügli-Schaad
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Sarah Kämpf
Rudolf Keller
Markus Kiener
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniel Lerch
Liselotte Lüscher
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Patrizia Mordini
Erik Mozsa
Christoph Müller

Philippe Müller
Reto Nause
Nadia Omar
Simon Röthlisberger
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Martin Trachsel
Christian Wasserfallen
Catherine Weber
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Sandra Wyss
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Carolina Aragón
Peter Bernasconi
Dieter Beyeler
Susanne Elsener

Beni Hirt
Andreas Krummen
Claudia Kuster
Anna Magdalena Linder

Lydia Riesen-Welz
Erich Ryter
Gisela Vollmer

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz SUE

Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS

Kurt Wasserfallen FPI

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Annina Jegher

Stadtkanzlei

Irène Maeder Marsili

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Peter Künzler*: Ich begrüsse auf der Tribüne eine Delegation aus Turkmenistan. Sie ist in der Schweiz in Rahmen des Projektes Modernisation of the State Custom Service of Turkmenistan und wird von der Eidgenössischen Zolldirektion begleitet. (Applaus des Rates).

1 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2007-2010; Kenntnisnahme

Geschäftsnummer 06.000190 / 06/202

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2007-2010.

Bern, 28. Juni 2006

Antrag Jenni

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2007-2010. **Hinsichtlich folgender Bemerkungen und Absichten tut er dies in ablehnendem Sinne:**

Direktion SUE, Stadtpolizei, PG 210100, Seite 81:

1. Hinweise zur Legislaturplanung: Erhöhung Fusspatrouillenpräsenz;
2. Entwicklungstendenzen/Trends: Erster Abschnitt;
3. Beabsichtigte Veränderungen: Erhöhung des Personalbestandes

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die BAK: Die BAK hat sich an ihrer Sitzung vom 25. August 2006 (nur in 7er-Besetzung) mit dem IAFP befasst. Sie empfiehlt dem Stadtrat mit 4 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, die zustimmende Kenntnisnahme des IAFP 2007-2010. Die BAK hat – wie Sie alle – zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat im Planjahr 2008 als so genanntes Nettoergebnis 3 ein Defizit von rund 24 Mio. Franken prognostiziert, im Jahr 2009 von rund 2,4 Mio. Franken und 2010 von rund Fr. 83'000.00. Mittlerweile hat der Regierungsrat das vom Gemeinderat beantragte und im IAFP vorausgesetzte Moratorium für die Amortisation des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags von jährlich 20,8 Mio. Franken statt für die gewünschten vier Jahre 2007-2010 nur für zwei Jahre bewilligt, so dass der IAFP für die Jahre 2009 und 2010 effektiv Defizite von 23,2 Mio. bzw. 20,9 Mio. Franken ankündigt. Die Finanzlage der Stadt und die Aussichten für die nächsten vier Jahre sind schon aus diesem Grunde als eindeutig schlecht zu qualifizieren. Neurechtliche Defizite wären innert 8 Jahren abzutragen und zwar zusammen mit den Annuitäten aus dem altrechtlichen Finanzfehlbetrag. Kommt es zur Neuverschuldung, wird der Regierungsrat der Stadt niemals für weitere zwei Jahre ein Moratorium gewähren, wie dies seitens des Gemeinderates immer noch erhofft wird. Der IAFP zeigt die Entwicklung der verschiedenen Produktgruppen (Seiten 41-45) und es ist unübersehbar, dass die Ansprüche an die städtischen Finanzen steigen statt fallen. Der Gemeinderat hat offenbar erkannt, dass er sich im Hinblick auf die Budgets 2008ff. zwingend Verbesserungen einfallen lassen muss. Ende August hat er sich deshalb zu einer Finanzklausur entschlossen, welche im November fortgesetzt wird. Die BAK hat zur Kenntnis genommen, dass es dem Gemeinderat darum geht, die Produktgruppen und evtl. auch die Produkte durchzugehen und Beschlüsse über das weitere Vorgehen zu fassen, welches darin bestehen wird, substantielle Sparvorschläge der Direktionen zu diskutieren und Weisungen sowie Haushaltsverbesserungsmassnahmen zu beschliessen, und zwar beginnend schon im Jahr 2008.

Wir alle, der Gemeinderat, die Kommissionen und Fraktionen sind aufgerufen, die Bereiche, in denen Handlungsspielraum besteht und Haushaltsverbesserungsmassnahmen getroffen werden können oder vielmehr müssen, so rasch als möglich zu definieren. Der Gemeinderat könnte sich das weitere Vorgehen u. a. auch an einem Runden Tisch vorstellen unter der Federführung des Stadtpräsidenten. Davon ist heute schon in den Zeitungen die Rede. Schon aufgrund dieser Erkenntnisse ist klar, dass der vorliegende IAFP namentlich für die Jahre 2008-2010 kein realistisches Szenario wiedergibt und schon heute tief greifende Anpassungen nötig wären, um grosse neurechtliche Defizite zu vermeiden. Dazu kommt, dass die Prognoseannahmen und Grundlagen für die Budgetplanung 2007-2010 (Seiten 12f.) ohne die Planungsdaten des Kantons von Ende Juli 2006 definiert wurden. Vor allem in den Bereichen Lastenausgleich, Sozialhilfe, Lehrergehälter, Sozialversicherungen und öffentlicher Verkehr führen die Unterschiede in den Planungsvorgaben zu Lasten der Stadt in der Rechnung 2007 zu einer Verschlechterung von rund 3,4 Mio. Franken, in den Budgets 2008-2010 von 9,9 Mio. Franken, 14,5 Mio. Franken und knapp 12 Mio. Franken. Die 3,4 Mio. Franken im Jahre 2007 liegen noch im Streubereich, aber für die weiteren Jahre kann davon keine Rede mehr sein. Die BAK als finanzpolitisches Gewissen der Stadt hat allen Anlass, besorgt in die Zukunft zu schauen und vom Gemeinderat und von jeder einzelnen Direktion griffige Massnahmen gegen das sich abzeichnende finanzielle Abenteuer zu erwarten. Die ursprünglich von den Direktionen eingereichten Produktgruppenblätter, also die einzelnen Bestandteile des IAFP mit Ausgangsbasis Budget 2007, haben in einer ersten Fassung des IAFP 2007-2010 zu Defiziten zwischen 40 und 60 Mio. Franken geführt. Erinnerungen an 1992 mit einem Defizit von 74,5 Mio. Franken kommen auf. Durch „Korrekturen“ wurden diese zwar auf 15 resp. 34 Mio. Franken gesenkt, aber dem Gemeinderat blieb schliesslich doch kein anderer Ausweg, als um das bekannte Moratorium für jährlich 20,8 Mio. Franken nachzusuchen. Diese Vorgänge zeigen, dass die Direktionen schlicht nicht in der Lage oder nicht willens sind, die in ihrem Verantwortungsbereich zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben ohne Eingriffe von oben, vom Gemeinderat oder Kanton, im Gleichgewicht zu halten. Bei der BSS mit einem auf den ersten Blick bescheidenen Nettozuwachs bis 2010 von 1,8 Mio. Franken oder 0,9% konnte sich die BAK das Vorgehen an einem Beispiel illustrieren lassen: Durch die Neuregelung des Finanzausgleichs (NFA) wird diese Direktion ab dem Jahr 2009 im Bereich AHV/IV/EL um netto 16 Mio. Franken entlastet, ohne dass sich dies am Schluss in einer Aufwandminderung niederschlägt. Durch neue und durch die Ausweitung bestehender Angebote werden die ganzen 16 Mio. Franken und mehr verbraucht. Wenn man schliesslich bedenkt, dass die Annahmen betreffend Lastenausgleich seitens des Kantons ziemlich ungewiss sind, ist das Bild auch bei der BSS düster. Bekanntlich hat die Stadt schon einmal negative Erfahrungen mit dem Kanton gemacht: Sie hat bei den Tagesstätten den Prozess verloren und muss seither jährlich 2-3 Mio. Franken ursprünglich als lastenausgleichsberechtigte Positionen budgetierte Aufwendungen selbst bezahlen. Für das Budget 2007 hat der Gemeinderat mit Einverständnis der BSS beschlossen, dass neue Angebote erst aufgenommen werden dürfen, wenn der Kanton der Aufnahme in die Lastenverteilung zugestimmt hat. Die Präsidialdirektion mit einem Nettozuwachs von 12,8 Mio. Franken ist ein weiteres Beispiel für wenig ausgeprägten Realismus in finanziellen Dingen: Durch so genannte „politische Entscheide“ wird die Wirtschaftsförderung ausgeweitet und werden bei der Kultur 4,3 Mio. Franken mehr ausgegeben (Neues Kulturkonzept), obschon man sich das eigentlich nicht leisten kann. Gefahren lauern bei der Prognose des Steuerertrages namentlich in den Steuerteilungen, die stets zu Lasten der Stadt ausfallen, wie insbesondere die Rechnung 2004 gezeigt hat und wie sich nun auch für das Jahr 2006 abzeichnet, wo man gegenüber dem Budget mit minus 16 Mio. Franken rechnet. 2007 geht es mit ebenfalls 16 Mio. Franken weiter, im Jahr 2008 mit 11,8 Mio. Franken und 2009 mit 12,6 Mio. Franken. Auch der Ausgleich der kalten Progression 2008 wird zu weiteren Ausfällen führen (geschätzt: 5,3 Mio. Franken). Über die Investitionsplanung hat die BAK nicht

speziell diskutiert. Die zahlreichen Grossvorhaben belasten die zukünftigen Budgets mit hohen Abschreibungen und Zinsen, und durch die dringenden Massnahmen zur Werterhaltung kann vorübergehend keine hundertprozentige Selbstfinanzierung mehr erfolgen. Die Bildung von Eigenkapital ist auf Jahrzehnte hinaus unmöglich, weil zuerst der altrechtliche Finanzfehlbetrag abgebaut werden muss, es sei denn, die Stadt würde in grossem Ausmass desinvestieren, wozu es aber einschneidender Änderungen der kantonalen und kommunalen gesetzlichen Vorgaben bedürfte, ganz abgesehen von den politischen Schwierigkeiten, die klarerweise dabei entstehen würden. Zum angenommenen Steuerertrag sei hier zum Schluss ein bemerkenswerter Satz des Gemeinderates zitiert. In seinem Kommentar zum IAFP (S. 20, Absatz 3) stellt er fest: „Die Teilrevision des Steuergesetzes (welches sich momentan in der Vernehmlassung befindet) lehnt der Gemeinderat ab, sodass dafür keine Steuerausfälle berücksichtigt wurden.“ Unter Ziffer 12 seines Moratoriumsbegehrens an den Regierungsrat vom 16. Juni 2006 liess der gleiche Gemeinderat unter der Überschrift „Teilrevision des Steuergesetzes“ ausführen: „Der Ertragsausfall wird von der Stadt nach den Informationen, die bisher zur Verfügung stehen, für 2008 auf mindestens 12 Mio. Franken geschätzt.“ Ich erlaube mir dazu drei persönliche Feststellungen in meiner Verantwortung als diesjähriger Präsident der für das längerfristige finanzielle Wohlergehen der Stadt verantwortlichen Kommission: 1. Wenn der Gemeinderat meint, der kantonale Souverän interessiere sich für seine Meinung oder richte sich sogar danach, so hat das wenig mit seriöser Finanzpolitik zu tun, sondern eher mit Schlagenbeschwörung. 2. Wenn die Stadt für 2008 zuhanden des Regierungsrates Ertragsausfälle von mindestens 12 Mio. Franken schätzt, dann hat er diese Schätzung auch in den IAFP aufzunehmen, und nicht sich und dem Parlament etwas anderes vorzumachen und den Kopf in den Sand zu stecken, was gemeinhin mit Vogelstrausspolitik bezeichnet wird. 3. Es nützt nichts, finanzpolitische Grundsätze aufzulisten (z.B. „keine Budget und Rechnungsdefizite“, S. 25 unten) und dabei trotzig den Schuldenabbau zu verweigern „als Ausgleich für die Nichtabgeltung der Zentrumslasten“, wenn die ungeschönten Zahlen dem diametral widersprechen. Der IAFP ist kein wahltaktisches Schönwetterprogramm oder Malkasten für Schönfärberei, sondern muss ehrlich und redlich die wahrscheinlichsten Entwicklungen mit Chancen und Risiken aufzeigen, wobei das Schwergewicht auf den Risiken liegen muss. Wir alle haben Kenntnis davon zu nehmen, dass ab 2008 die tatsächlichen Budgetperspektiven wegen der Steuergesetzrevision zusätzlich um mehr als 12 Mio. Franken schlechter sind, als sie der Gemeinderat darstellt. Ohne Moratorien und unter Zugrundelegung der aktuellen kantonalen Planungsdaten stehen uns von 2008-2010 in Tat und Wahrheit durchgängige Defizite von weit über 30 bis weit über 40 Mio. Franken ins Haus, wenn weiter so Service public veranstaltet wird, wie sich das die Direktionen mit ihren NSB-Produkten zur Zeit vorstellen. So geht es klarerweise nicht. Ende der persönlichen bzw. präsidentalen Feststellungen. Fazit für die BAK: Der vorliegende IAFP 2007-2010 ist unter den aktuellen und neuen Gegebenheiten und übrigen Unsicherheiten eine unbedingte Aufforderung an den Gemeinderat und den Stadtrat, alles zu unternehmen, um neurechtliche Bilanzfehlbeträge in den Jahren 2008 bis 2010 zu vermeiden. Noch ist Zeit dazu. Im Hinblick auf den IAFP 2008-2011 müssen die einzelnen Direktionen so rasch als möglich klare Nachweise über ihren Handlungsspielraum in den einzelnen Produktgruppen und Produkten liefern, damit politisch frühzeitig ausdiskutiert und entschieden werden kann, wo und wie das Budgetgleichgewicht im Planungszeitraum mittels Ausgabenkürzungen gesichert werden kann. Aufgrund der Stimmung bei einer Mehrheit von Wählerinnen und Wählern/Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in der Stadt wäre es vermessen, der sich anbahnenden Defizitproblematik ihren Lauf zu lassen und heimlich auf Steuererhöhungen zu spekulieren. In der aktuellen FACTS-Ausgabe rangiert Bern bei Ranking der Wohlfühlkantone auf Platz 13 mit der Begründung: Hohe Steuern, hohe Wohnkosten. Abschliessend das Für und Wider in der BAK: Die Mehrheit der BAK stellt dem Stadtrat den Antrag auf zustimmende Kenntnisnahme unter diesen Bedingungen und im Bewusstsein, dass das Pla-

nungsinstrument im nächsten Jahr mit den entsprechenden Anpassungen wieder vorgelegt wird. Die Minderheit, die sich der Stimme enthalten hat, begründet ihren Standpunkt damit, dass der IAFP nicht aufzeigt, wie die neurechtlichen Fehlbeträge anschliessend abgebaut werden sollen, dass von einer Verlängerung des Moratoriums ausgegangen wird und dass die gemeinderätlichen Annahmen über die Rahmenbedingungen nicht ihren Vorstellungen entsprechen.

Fraktionserklärungen

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Der Gemeinderat bezeichnet den IAFP als Frühwarnsystem. Steht die Ampel auf Rot, Grün oder Orange? Sie steht auf orange, im Sinne eines Warnlichts, das es ernst zu nehmen gilt. Wir haben aber auch die Möglichkeit, in den nächsten Jahren Massnahmen zu treffen. Panikmache und totale Schwarzmalerei bringen uns nicht weiter. Andererseits dürfen wir auch nicht blauäugig sein. Es braucht eine realistische Einschätzung. In diesem Sinne nimmt die Fraktion GB/JA! den vorliegenden IAFP zustimmend zu Kenntnis, zustimmend in dem Sinne, dass er eine plausible Einschätzung dessen gibt, was in den nächsten Jahren finanzpolitisch auf die Stadt zukommt. Die Zukunft ist gewissermassen nie planbar, das ist auch finanzpolitisch so. Der IAFP ist keine exakte Wissenschaft, dem müssen wir uns stellen. Wir haben damit aber eine Möglichkeit, für anstehende politische Entscheide die Prioritäten richtig zu setzen. Wir laufen grossen Investitionen entgegen. Die grossen Brocken Tram Bern West und Bahnhof fallen ins Gewicht. Wir haben Volksentscheide zu berücksichtigen (Informatikplattform), wir haben dringliche gesellschaftspolitische Notwendigkeiten (Ausbau der Alters- und Kinderbetreuung). Ausbauwünsche gibt es aber auch bei der Kulturförderung, der Wirtschaftsförderung und der Denkmalpflege. Bei diesen Punkten stellen wir die Frage, wie ernst es der Gemeinderat mit der Regionalisierung bzw. Kantonalisierung gewisser Aufgaben nimmt. Im IAFP (S. 25) schreibt er, die Regionalisierung gehöre zu seinen finanzpolitischen Grundsätzen. Wie will der Gemeinderat das Kleezentrum kantonalisieren? Wie kann ein Teil der Wirtschaftsförderung stärker regional abgegolten werden? Diese Fragen bleiben noch unbeantwortet. Zur finanzpolitischen Blackbox entwickelt sich Police Bern. Die finanziellen Konsequenzen scheinen dem Gemeinderat nicht klar zu sein. Bei den direkten Kosten scheinen einige Dinge integriert zu sein (Pensionskasse), es gibt aber auch indirekte Kosten. Was geschieht, wenn 600 Mitarbeitende aus der Stadtverwaltung weggehen? Das hat Konsequenzen für die restlichen Overheadkosten. Zentral für den IAFP sind aber die einnahmeseitigen Entwicklungen. Die Konjunkturperspektiven am nationalen Finanzhimmel sind rosa. Leider schlägt sich das bei den Steuererträgen der Stadt nur langsam nieder. Das Steuersubstrat der juristischen Personen steigt zwar, stagniert aber bei den natürlichen Personen. Die schmerzhaften Steuerteilungen verfolgen uns weiterhin. Noch schmerzhafter ist aber die anstehende Steuergesetzrevision auf kantonaler Ebene, die Steuergeschenke in grösserem Ausmass vorsieht. Damit meine ich nicht den Ausgleich der kalten Progression, sondern die Steuergeschenke an Personen mit einem Einkommen von Fr. 200'000.00 Das ist keine Mittelstandsfamilienpolitik. Darum verlangen wir heute mit einer Interpellation Klarheit zu diesen Fragen. Die Steuergesetzrevision des Kantons ist noch nicht abgeschlossen. Es gibt noch eine politische Meinungsbildung und wir finden es sinnvoll, wenn sich der Gemeinderat ablehnend dazu äussert und nicht, im Sinne von Hans Peter Aeberhard, schon von faits accomplis ausgeht. Wir hoffen, dass die FDP-Grossräte/-Grossrätinnen mithelfen, die Interessen der Stadt zu vertreten. Zentral sind die Zentrumslasten. Für sie hat der Kanton die Rechnung gemacht und für Bern plus 20 Mio. Franken ausgewiesene zusätzliche Zentrumslasten berechnet, aber er weigert sich, die Rechnung auch zu bezahlen. Der Kanton spart auf diesem Weg 15 Mio. Franken, die Agglomerationsgemeinden 5 Mio. Franken. Es genügt anscheinend nicht, einen Anspruch belegen zu können. Vielleicht muss die Stadt Bern diese

Beträge auf anderem Wege einfordern. Immerhin gewährt der Kanton der Stadt etwas Luft und Zeit beim Abbau der finanzrechtlichen Altlasten. Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative nehmen den IAFP positiv zur Kenntnis. Wir müssen uns dieser Frühwarnung bewusst sein und in den nächsten Jahren die nötigen Entscheide fällen.

Thomas Göttin (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich werde mich vor allem zu den Grundlagen und Trends äussern. Die Darstellung des IAFP ist besser geworden, neu ist bei den Investitionen immer auch der Status angegeben, wie das die FSU letztes Jahr angeregt hat. Schon die grundlegenden Annahmen zeigen, dass Planung immer auch Unschärfe hat und keine chemische Formel ist. Daran sollte man auch denken, wenn es um die Schärfe der Spardiskussionen geht. Es sind zum Beispiel nicht alle neusten – zum Teil schlechteren – Planungsgrundlagen des Kantons berücksichtigt. Umgekehrt ist der Personalkostenzuwachs gegenüber der letzten Planung von 1% auf 1,5% erhöht worden, obwohl der Gemeinderat den Teuerungsausgleich mit nur 0,75% budgetiert hat. Auch die Annahmen über die Passivzinsen sind deutlich höher als letztes Jahr, die Annahmen über die Zinserträge aber tiefer, obwohl sich Zinsen längerfristig meistens parallel entwickeln. Schliesslich ist das Wirtschaftswachstum wie letztes Jahr bis 2010 konstant mit 1,5% eingesetzt, obwohl in diesem Jahr gegen 3% drin liegen, was sich mit einer Verzögerung auch auf die Rechnung auswirken dürfte. Die Gesamtperspektive ist düster, das „schleckt keine Geiss weg“. Es drohen Defizite, und verschiedene Posten in der Planung sind umstritten: Wie viel kommt in Sachen Tagesstätten in den Lastenausgleich? Wie weit muss die Stadt dem Kanton die Ausfinanzierung der Polizei-PVK unter den Christbaum legen? Wie entwickeln sich die Steuerteilungen? Wie kann man die Abgeltungen für kommerzielle Veranstaltungen verbessern? Zu solchen Fragen ist ein Runder Tisch geplant. Sehr wichtig ist für die SP das Verständnis und die Zusammenarbeit ländlicher und städtischer Gebiete. Sie sollten sich auch in der Abgeltung von Zentrumslasten und in der Zusammenarbeit mit der Agglomeration spiegeln. Die Stadt und die Region Bern sind ein Wirtschaftsmotor nicht für einen „abstrakten“ Kanton, sondern konkret für die Einwohnerinnen in und ausserhalb der Stadt, die hier eine Lehrstelle finden oder ans Robbie Williams Konzert kommen. Der neue kantonale Volkswirtschaftsdirektor betont übrigens zu Recht, wie wichtig für die Standortqualität neben den „harten“ auch die „weichen“ Faktoren wie Lebensqualität, Wohnqualität und Kinderbetreuung sind. Die Stadt hat sich in den letzten Jahren mit Erfolg darangemacht, diese Faktoren zu verbessern. Das schlägt sich in den Finanzkennzahlen nieder: Cash flow und Selbstfinanzierungsgrad sind schlecht und zurückgegangen. Der Zinsbelastungs- und Kapitaldienstanteil sind gut und sogar besser geworden. Übersetzt heisst das für mich: Die Stadt japst – oder iafp'st – eben gerade nicht unter einer Schuldenlast wie noch vor ein paar Jahren, aber es zeigt sich in den Budgets der grosse Einfluss der Investitionen, die in kurzer Zeit fast verdoppelt worden sind. Stichworte: Tram Bern West, Neufeldzubringer, Bahnhofplatz, Brünnen, Wankdorfkreisel. Man kann übrigens den Investitionsanteil sicher nicht als schwach bezeichnen, wie es bei dieser neuen Kennzahl heisst. Nimmt man die ausgelagerten Betriebe dazu, die fast fünfmal mehr als die Stadt selbst investieren, kommt man für die kommenden Jahre auf ein Investitionsvolumen von 300-350 Mio. Franken jährlich. Die SP will nicht, dass die Stadt zwischen Schuldenabbau und Sachzwanginvestitionen die Handlungsfähigkeit verliert. Es braucht auch Investitionen zur Weiterentwicklung der städtischen Institutionen, auch wenn das manchmal einen Spagat braucht. Kleines Beispiel: Am Elternabend letzte Woche ist bekannt geworden, dass in der Schule unserer Kinder die Anzahl der Klassenlager halbiert worden sei, weil das Geld nicht mehr reiche. Wir als Bewohnerinnen beurteilen die Stadt als Ganzes: Sind die Anlagen, Strassen, Schulhäuser intakt? Aber auch: Funktionieren die Schulen, die Krippen, die Beratungsstellen, die Polizei, alles halt, was im Alltag und im städtischen Leben eine Rolle spielt? Das sollte eigentlich niemand besser wissen als die FDP, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts – unter Inkaufnahme von beträchtli-

chen Verschuldungen übrigens – viele dieser Institutionen aufgebaut hat. Bei aller Unschärfe: Was sich im IAFP und im MIP spiegelt, sind die Herausforderungen an die Stadt im 21. Jahrhundert. Wir wollen nicht zurückfallen ins vorletzte Jahrhundert, wie es offenbar eine Partei mit ihren Anträgen fürs Budget möchte. Die SP/JUSO ist der Meinung, wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen. Der IAFP ist ein Instrument dazu, auch um danach die Prioritäten festzulegen, wie es auch der Gemeinderat macht. Wir nehmen IAFP und MIP zustimmend zur Kenntnis.

Ueli Stüchelberger (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion erachtet den IAFP als ein sehr taugliches Instrument und dankt der Verwaltung für dessen Erarbeitung. Für unsere Fraktion besteht für die nächsten Jahre ein klarer Handlungsbedarf. Wir müssen die Defizite ab 2008 wegbringen. Die Finanzplanung muss auf einer realistischen Basis geschehen; das erwarten wir vom Gemeinderat. Ich gehe auf die Gründe für die kommenden Defizite nicht ein, sondern möchte Vorschläge für das weitere Vorgehen machen. Wir müssen uns zusammenraufen. Der Runde Tisch ist der richtige Weg. Thema kann aber nicht einfach das Sparen sein, sondern die Sanierung der Stadtfinanzen, Einnahmen und Ausgaben. Wir sind froh über den zweijährigen Aufschub des Regierungsrates. Diesen Handlungsspielraum muss man jetzt ausnützen und am Runden Tisch Massnahmen beschliessen, die in etwa zwei Jahren greifen. Der Kanton muss Lösungen finden für die Erleichterung der Zentrumslast der Stadt und für eine Steuergesetzrevision, die die Interessen von Stadt und Land berücksichtigt, die Stadt muss ihrerseits aber auch Sparmassnahmen anstreben. Das ist möglich. Nicht jede Sparmassnahme zieht automatisch einen Leistungsabbau nach sich. Unsere Fraktion sieht Verhandlungsspielraum für diesen Runden Tisch in folgenden Bereichen: Bei der Reorganisation der Stadtverwaltung „5 statt 7“ sollte mehr drin liegen. Kann man Ämter zusammenlegen ohne Leistungsabbau? Der Informatikaufwand muss überprüft und mit demjenigen anderer Städte verglichen werden. Man könnte städtische Betriebe mit Einheiten von Kantons- oder Bundesstellen zusammenlegen, z.B. im Informatikbereich; vielleicht könnte die Materialzentrale auch mit dem BBL zusammenarbeiten. Bei den Einnahmen müsste man die Bewirtschaftung des öffentlichen Grundes überprüfen. Was wir nicht sehen, ist eine Steuererhöhung. Dazu müsste für uns die Ampel auf rot stehen. Für eine Lösung braucht es verschiedene Player: Den Gemeinderat, der mit konkreten Lösungsvorschlägen an den Runden Tisch kommt und andere Vorschläge konstruktiv prüft, Exponenten/Exponentinnen von allen Seiten mit der Bereitschaft, Lösungen zu suchen und auch einmal über den eigenen Schatten zu springen. Wir sind dazu bereit. Es braucht aber auch hier im Stadtrat die Bereitschaft, die Lösungsvorschläge des Runden Tisches zu unterstützen. Und natürlich braucht es noch das Volk, das diese Lösungen dann absegnet. Wenn ich die vielen Anträge der SVP zum Budget sehe, hoffe ich, so werde man sich am Runden Tisch nicht verhalten. Das ist nicht seriös. Diese Anträge sind in der Kommission nicht diskutiert worden. Das ist SVP Zürich-Stil. Ich hoffe, dass die SVP ihren Stil ändert. Bis zum Runden Tisch hat sie immerhin noch einen Monat Zeit dazu. Wir nehmen im positiven Sinne vom IAFP Kenntnis. Wir halten, was dort aufgezeigt wird, für realistisch und appellieren an alle, die Herausforderung des Runden Tisches konstruktiv anzugehen.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Für uns steht die Ampel auf dunkelrot. Der Plan soll ein Frühwarnsystem sein und ist auf vier Jahre ausgelegt. Bei einem Defizit hat der Gemeinderat also vier Jahre Zeit, um Massnahmen dagegen zu ergreifen. Obwohl er die schlechte Finanzlage der Stadt seit Jahren kennt, hat er nur kosmetische Sparmassnahmen ergriffen. Diese Sparpakete sind viel zu klein. Wir müssen vor allem beim Konsum sparen, nicht bei den Investitionen. Unsere Strassen werden älter und müssen saniert werden, sonst vererben wir unseren Nachkommen einen allzu grossen Nachinvestitionsbedarf. Statt einer

Aufgabenüberprüfung, wie sie der Kanton mit der SAR (=Strategische Aufgabenüberprüfung durch den Regierungsrat) gemacht hat, erstellt der Gemeinderat einfach ein IRP (=Integriertes Rechnung- und Planungssystem), das die Rückzahlungstranchen der altrechtlichen Schulden (jährlich 20,8 Mio. Franken) für die Jahre 2007 bis 2010 einfach nicht enthält; und das erst noch zu einem Zeitpunkt, in dem der Regierungsrat über das Moratorium noch gar nicht befunden hatte. Ein Gemeinderat, der nach vier Jahren mit nicht mehr als dem Prinzip Hoffnung aufwarten kann, hat seine Aufgabe schlecht gelöst. Selbst ohne die Rückzahlung der altrechtlichen Schulden zeigt dieser Plan für die Jahre 2008 bis 2010 immer noch Defizite von insgesamt mehreren zehn Millionen. Die Revision des kantonalen Steuergesetzes wird dazu beitragen, dass diese Defizite nicht kleiner werden. Im IAFP sollte zumindest die Rückzahlung der altrechtlichen Schulden enthalten sein. Wie er jetzt vorliegt, ist er beschönigend. Der Rückzahlungsaufschub löst das Problem nicht, er verlagert es nur. Statt die Probleme zu lösen, wälzt sie der Gemeinderat vor sich her. Oder meint jemand in diesem Saal, wir seien in ein paar Jahren eher in der Lage, diese Schulden zurückzuzahlen? Trotz der desolaten Finanzlage der Stadt enthält dieser IAFP wieder einen Leistungsausbau. Das lehnt die SVP ab. Tagesschulen sind nicht auszubauen, familienergänzende Betreuungen auch nicht, erst recht nicht, wenn die Finanzierung im Lastenausgleich nicht gesichert ist (IAFP, S. 16). Es ist sehr gewagt, einen Ausbau auch nur zu erwägen; schliesslich ist die Stadt erst kürzlich vor dem Verwaltungsgericht auf die Nase gefallen. Je mehr soziale Einrichtungen die Stadt anbietet, desto attraktiver wird sie für Leute, die sie benützen, aber wenig Steuern bezahlen. Auch ein Ausbau der Kulturförderung von jährlich 4,3 Mio. Franken (IAFP, S. 15) ist nicht zu verantworten. Zum Schluss noch etwas für meine persönliche Psychohygiene: Die Rückzahlung der altrechtlichen Schulden hat der Gemeinderat nur für 2007/08 bewilligt erhalten, nicht für 2009/10. Vielleicht erteilt der Kanton diese Bewilligung, wenn die Stadt Sparmassnahmen vorweisen kann. Es ist schon peinlich genug, dass ein professioneller Gemeinderat mit 5 vollamtlichen Stellen ein solches Gesuch an den Kanton stellen muss. Wir nehmen diesen IAFP ablehnend zur Kenntnis, weil er die Rückzahlung der altrechtlichen Schulden nicht enthält, die wahre Finanzlage der Stadt nicht aufzeigt und einen Leistungsausbau für die kommenden Jahre enthält.

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Die Lage ist ernst und hoffnungslos. Der Finanzplan zeigt, dass wir in ein absolutes Desaster geraten. Wenn man auf dieser Talfahrt die Augen schliesst, sieht es nicht mehr so schlimm aus, und das tut der Gemeinderat. Der Finanzplan soll Schlussfolgerungen auf das aktuelle Handeln erlauben, aber der Gemeinderat zieht sie nicht, und der grössere Teil der hier Anwesenden auch nicht. Wenn wir mit einem neurechtlichen Defizit daherkommen, müssen wir dem Kanton zeigen können, wie wir es innerhalb von acht Jahren abbauen wollen. In diesem Jahr werden wir ein Defizit von 10 bis 30 Mio. Franken einfahren. Damit ist dieser Finanzplan auch schon wieder veraltet. Man müsste einen auf acht Jahre vorlegen. Das hat man bewusst vermieden, weil er noch viel katastrophaler ausfallen würde. Was man nicht sehen und hören will, was bis zu den nächsten Wahlen nichts bringt, vor dem verschliesst man die Augen und Ohren. So kann es nicht gehen. Wahrscheinlich muss die Stadt schon nächstes Jahr ihre Finanzhoheit abgeben, weil sie nicht zeigen kann, wie sie den neurechtlichen Fehlbetrag auffangen kann. Wir hoffen alle, dass es nicht soweit kommt. Zum Finanzplan im engeren Sinne: Mit den Voraussetzungen der Budgetplanung sind wir weitgehend einverstanden. Die Rahmenbedingungen sind korrekt dargelegt. Die FILAG-Wirkungen sollte man aber besser aufzeigen, auch wenn es dort eine grosse Bandbreite gibt. Mit den Gewinnablieferungen der Anstalten sind wir nicht einverstanden. Wenn die Strommarktöffnung für die Grosskunden kommt, könnten die Zahlen von ewb ganz anders aussehen. Wie es mit den Stadtbauten aussieht, ist auch offen. Bei der Sistierung des altrechtlichen Fehlbetrages verweise ich auf meine Vorredner. Der Finanzplan ist von der

Aktualität schon überholt worden; die 20,8 Mio. Franken müssen für die Jahre 2009/10 wieder aufgenommen werden. Wenn man die kantonale Steuergesetzrevision mitberücksichtigt, sieht der Finanzplan folgendermassen aus: 2006 werden wir ein Defizit von etwa 21 Mio. Franken haben, 2008 mit den 7 Mio. Franken „Verlust“ wegen der Steuergesetzrevision ein Defizit von etwa 40 Mio. Franken, 2009 von 45 Mio. Franken und 2010 sind wir immer noch bei 42 Mio. Franken. Auch wenn wir das Moratorium noch für 2009/2010 bekommen, wird die Lage nur etwas weniger schlimm. Zu den Produktgruppen der einzelnen Direktionen: Bei der Präsidentschaftsdirektion haben wir 4,3 Mio. Franken mehr für die Kulturförderung. Wir sind Freunde der Kulturförderung, aber es sind jährlich wiederkehrende Ausgaben. Man muss zeigen können, wo man sie einsparen kann. Die Direktion SUE will 7,3 Mio. Franken mehr ausgeben. Das wird nicht zuletzt mit dem Soll-Bestand begründet. Es ist ein altes rechnerisches Spiel, dass man hier mehr budgetieren muss, das wissen wir. Das ist der einzige positive Punkt in diesem Finanzplan. Es sind mehr Ausgaben budgetiert, als anfallen werden. Dagegen fehlen die Pensionskassenannuitäten, die anfallen werden, wenn wir die Polizei an den Kanton abgeben werden. Bei der BSS haben wir einen Nettozuwachs von nur 1,8 Mio. Franken Aber 16 Mio. Franken, die auf AHV/IV-„Reduktionen“ zurückzuführen sind, sind nicht einbezogen worden, also sind die Budgetvorgaben nicht eingehalten. Es ist schön, zwei neue Tagesschulen zu machen, aber man muss zeigen können, wo man diese Ausgaben kompensieren kann. Bei der Direktion TVS gibt man 10 Mio. Franken mehr für Investitionen aus. Das ist richtig und nötig, aber auch hier muss man zeigen, wo man das Geld einsparen kann. Wir haben wegen dieser grossen Investitionen keine grossen Löcher im Finanzplan. 2007 haben wir eine Auswirkung auf den Finanzplan von etwa 3 Mio. Franken, 2008 von etwa 20 Mio. Franken, was aber zu einem Abschreibungsbedarf von 3 Mio. Franken führt und finanzplanwirksam ist. Die FPI wird 17,2 Mio. Franken Mehreinnahmen haben. Das hoffen wir auch. Wir hoffen auch, dass wir in Bern mehr Steuerzahler haben werden. Es gilt, vorsichtig zu planen und rechtzeitig die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Der Gemeinderat zieht die Schlussfolgerung, eine straffe Haushaltspolitik sei unerlässlich. Das ist richtig. Wo ist sie festzustellen? Wir haben immer prognostiziert, dass die Abgeltung der Zentrumslasten von 55 Mio. Franken, von denen man 1997 gesprochen hat, nicht so hoch ausfallen werde. Es ist offen, wann die zweite Hälfte eintreffen wird. Der Finanzplan weist auch die Risiken nicht genügend aus, die darin bestehen, dass Bund und Kantone versuchen, Kosten abzuwälzen. Natalie Imboden spricht davon, keine Schwarzmalerei zu betreiben. Man muss aber auch rot malen; schwarz malen schon andere. Der Aufforderung, bei der Bekämpfung der kantonalen Steuergesetzrevision mitzuhelfen, werden wir selbstverständlich nicht nachkommen. Es genügt, dass wir in der Schweiz eine viel zu hohe Steuerbelastung haben und dadurch auch immer mehr gute Steuerzahler verlieren. Dieses kurzfristige Denken führt zu nichts. Der Gemeinderat hat vor ein paar Jahren vom Kanton eine Budgetberatung und einen Abzahlungsmodus bekommen. Über eine gewisse Zeit konnte man ihn mit buchhalterischen Tricks einhalten und daneben weiterhin freundlich Geld ausgeben. Wenn diese Beratung nicht mehr gefruchtet hat, werden wir keine Beratung mehr haben, sondern den fremden Herrn Kanton, der in der Stadt Bern beschliessen wird. Davor habe ich Angst, und darum müssen alle mithelfen, schon jetzt die nötigen Gegenmassnahmen zu treffen.

Begründung des Antrags

Daniele Jenni (GPB): Ich beantrage Kenntnisnahme des IAFP im ablehnenden Sinne in drei Punkten (alle IAFP, S. 81). 1. Hinweise zur Legislaturplanung: Erhöhung Fusspatrouillenpräsenz. Man will diese Präsenz auf 4 Jahre ausdehnen und sie verstärken, unabhängig von der Entwicklung der Sicherheitslage. Ich gehe nicht auf die Grundsatzfrage ein, ob eine Fusspatrouillenpräsenz mehr Sicherheit oder, was meine Meinung ist, mehr Unsicherheit verursacht.

Was nicht angeht, ist, unbesehen von Randsituationen und ohne Einschätzung der Lage, daraus eine selbständige Massnahme auf vier Jahre hinaus zu machen. Damit wird die Erhöhung der subjektiven Sicherheit zu einem Selbstzweck. Das kann nicht der Sinne dieser Planung sein. Deshalb beantrage ich, diesen Punkt missbilligend zur Kenntnis zu nehmen. 2. Entwicklungstendenzen/Trends (1. Satz): Der Gemeinderat ist offensichtlich der Ansicht, es bestehe eine steigende Tendenz zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, z.B. bei Demonstrationen. Meine Einschätzung dagegen ist, dass die Kontakte zu den Behörden besser geworden sind. Nach dem antifaschistischen Sonntagsspaziergang gab es in den beiden grösseren Bernischen Zeitungen geradezu gefährlich viel Lob, aber der Gemeinderat scheint davon nichts zu bemerken. Er kopiert nach wie vor, was ihm offenbar der Dienst für Prävention und Analyse zuträgt. Wenn der Gemeinderat die Bemühungen um mehr Kontakt so völlig ignoriert, muss er sich nicht wundern, wenn die Meinung umschlägt. Diesen pejorativen Automatismus des Gemeinderates darf der Stadtrat nicht akzeptieren. Deshalb beantrage ich, auch diesen Punkt missbilligend zur Kenntnis zu nehmen. 3. Beabsichtigte Veränderungen: Erhöhung des Personalbestandes der Stadtpolizei. Wenn man Fusspatrouillenpräsenz als Selbstzweck auf- und ausbaut, bei Demonstrationen Hunderte von Polizisten aufbietet, Extraschlaufen und Hunderte von Wegweisungen macht, die viele Leute sehr stark benachteiligen, ist es nicht verwunderlich, dass man meint, man habe zu wenig Polizei. Das ist aber nicht der richtige Weg. Man müsste endlich Prioritäten setzen, wo man die Polizei einsetzen will. Ich habe entsprechende Anträge für das Budget. Deshalb beantrage ich, auch diesen dritten Punkt missbilligend zur Kenntnis zu nehmen.

Direktor FPI *Kurt Wasserfallen* für den Gemeinderat: Ich danke Hans Peter Aeberhard für die Präsentation des IAFP. Fast alle Votanten haben festgestellt, dass ein Handlungsbedarf besteht. Das ist positiv. Der IAFP soll die Realität widerspiegeln. Auch diese Meinung nimmt der Gemeinderat positiv zur Kenntnis. Der IAFP ist ein Instrument zur Darstellung dessen, was wir in den nächsten vier Jahren zu gewärtigen haben. Eine Zusammenfassung haben Sie auf Seite 33. Das Nettoergebnis 1 zeigt den Stand nach Kosten und Erlösen: prognostizierte Defizite von 25 Mio. Franken für 2008 bis 8 Mio. Franken für 2010. Entwicklungen und Massnahmen, wie der von der Stadt zu realisierende Synergiegewinn aus Police Bern von minus 3 Mio. Franken, die Ausfinanzierung der PK-Annuität (Police Bern) mit 6,8 Mio. Franken im Jahr 2008 und der generelle Sparauftrag an die Stadtverwaltung von minus 5 Mio. Franken führen zu Defiziten von 24 Mio. Franken für 2008, 2,4 Mio. Franken für 2009 und einem knapp ausgeglichenen Budget für 2010. Es sind aber Korrekturen nötig. Das beim Regierungsrat beantragte Moratorium für die Jahre 2007-2010 von jährlich 20,8 Mio. Franken wird im IAFP noch für alle vier Jahre berücksichtigt. Der Regierungsrat hat der Stadt aber nur ein zweijähriges Moratorium zugestanden. Die vollständige Abzahlung des altrechtlichen Finanzfehlbetrags verschiebt sich deshalb vom Jahr 2015 auf das Jahr 2017. Der Regierungsrat macht ein weiteres Zugeständnis davon abhängig, dass die Stadt bis April 2008 weitere Haushaltsverbesserungsmassnahmen nachweisen kann. Deshalb sind weitere 20,8 Mio. Franken für die Jahre 2009 und 2010 in den IAFP aufzunehmen. Das verschlechtert natürlich die Defizite. Die Stadt muss für 2008 mit 24 Mio. Franken, für 2009 mit 23,3 Mio. Franken und für 2010 mit 20,9 Mio. Franken Defizit rechnen. Diese Zahlen sind in die Budgetbotschaft aufzunehmen. Ich habe die BAK orientiert, dass weitere Defizite drohen können. Der Kanton veröffentlicht in den Sommerferien für alle Gemeinden die so genannten Finanzplanhilfen. Er prognostiziert für die Stadt Bern weitere Defiziterhöhungen von 3,4 Mio. Franken für das Jahr 2007, 9,9 Mio. Franken für das Jahr 2008, 14,5 Mio. Franken für 2009 und 11,7 Mio. Franken für 2010. Diese Prognose ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Lastenausgleich bei der Sozialhilfe, den Lehrergehältern, der AHV/IV/EL, dem öffentlichen Verkehr und Disparitätenabbau. Diese zusätzlichen Belastungen sind in der Botschaft nicht berücksichtigt. Wenn man sie einbezieht,

muss man mit Defiziten von 33-38 Mio. Franken für die Jahre 2008-2010 rechnen. Zudem ist wegen der geplanten Steuergesetzrevision mit Einnahmefällen ab 2008 zu rechnen. Aus den Produktegruppenblättern zu den einzelnen Direktionen wird ersichtlich, dass neue Aufgaben anstehen werden: von 7,6 Mio. Franken im Jahr 2008 bis 9,2 Mio. Franken im Jahr 2010. Diese Beträge sind mitberücksichtigt worden. Zu den einzelnen Voten: Natalie Imboden: Die kalte Progression ist einbezogen, die eigentliche Steuergesetzrevision nicht. Das ergibt für 2008 4,8 Mio. Franken, für 2009 4,8 Mio. Franken und für 2010 7,1 Mio. Franken mehr. Die PVK von Police Bern ist ausgewiesen. Wir wollen 3 Mio. Franken Synergiegewinn realisieren. Das ist im IAFP enthalten. Für alles Weitere wird sich die Verhandlungsdelegation einsetzen. Thomas Göttin: Angenommen ist ein Wirtschaftswachstum von 1,5%. Heute soll es bei 3% liegen. Wir hoffen auf eine Auswirkung auf die Steuern, sind aber zur Zeit nicht sehr optimistisch. Auf die Anträge von Daniele Jenni wird Gemeinderätin Barbara Hayoz antworten. Fazit: Die Stadt Bern ist in einer sehr angespannten Finanzlage. Wenn es uns nicht gelingt, sie in nächster Zeit in den Griff zu bekommen, sind die Aussichten schlecht, auch angesichts der Tatsache, dass selbst für das laufende Jahr mit einem Defizit zu rechnen ist. Das wird einen neurechtlichen Finanzfehlbetrag geben, der innerhalb der nächsten 8 Jahre abgetragen werden muss. Die Steuererträge sind nicht allzu positiv zu veranschlagen, auch wenn der Kanton jeweils für sich selbst bessere Prognosen macht als für die Gemeinden. Es ist die Aufgabe aller, diesen Haushalt zu verbessern. Der Gemeinderat hat sich zu einer ersten Finanzklausur getroffen, eine zweite wird im November stattfinden, und er hat zu einem Runden Tisch eingeladen. Wir alle sind aufgefordert, Entscheide zu fällen. Nur das kann uns weiterbringen. Es gibt genügend Vorschläge. Eine Prämisse gilt für den Gemeinderat gemäss den Legislaturrichtlinien: Er will keine Steuererhöhung. Die Möglichkeiten von Gebührenerhöhungen sind aber auch mehr oder weniger ausgereizt. In diesem Sinne bitte ich Sie, von diesem IAFP Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Der IAFP wird mit 38 : 27 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärung

Daniele Jenni (GPB): Ich habe drei Anträge gestellt. Ich habe nicht Antrag gestellt, den ganzen IAFP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen, sondern nur drei Punkte. Die entsprechende Abstimmung ist nicht korrekt durchgeführt worden. Man hatte nicht die Möglichkeit, über meinen Antrag abzustimmen.

2 Produktegruppen-Budget 2007 (einschliesslich Steueranlage, Liegenschaftssteuer und Hundetaxe) (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 06.000050 / 06/203

Gemeinderatsantrag

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2007, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 921 177 433.85 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen mit folgenden Festlegungen:
 - die **Steueranlage** beläuft sich auf das **1,54fache** (unverändert), der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
 - die **Liegenschaftssteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Wertes,

- die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**.
- 2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2007 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben.
- 3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Bern, 28. Juni 2006

Rückweisungsantrag der Fraktion FDP

Das Budget 2007 ist an den Gemeinderat **zurückzuweisen** mit folgenden Auflagen:

1. Der Gemeinderat hat ein Einsparpotenzial von Fr. 20.8 Mio. aufzuzeigen.
2. Von diesem Einsparpotenzial sind 50% im Budget 2007 aufzunehmen.
3. Die übrigen 50% sind ins Budget 2008 aufzunehmen.

Rückweisungsantrag Nause und Fraktion SVP

Das Budget 2007 ist an den Gemeinderat **zurückzuweisen** mit folgender Auflage:

Der Gemeinderat legt ein Budget 2007 vor, welches Minderausgaben von 20.8 Mio. Franken vorsieht und damit die Abschreibung aus früheren Bilanzfehlbeträgen erlaubt.

Grundsatzdebatte

Conradin Conzetti (GFL) für die BAK: Der Voranschlag schlägt einen Umsatz von über 921 Mio. Franken vor, 17 Mio. Franken oder 1,8% weniger als das Budget des laufenden Jahres. Es ist also ein Umsatzrückgangsbudget, was mit den 5 Mio. Franken Sparvorgaben und dem Abschreibungsstopp zusammenhängt. Im formalen Sinne ist das Budget ausgeglichen. Die Steuereinnahmen sinken leicht: bei den natürlichen Personen um 4 Mio, vor allem wegen der Gemeindesteuerteilungen. Die Steuereinnahmen der Unternehmen steigen leicht an: In der Rechnung 2005 beliefen sie sich auf 69,3 Mio. Franken, im Voranschlag 2006 auf 70,5 Mio. Franken und im nächsten Jahr sind sie mit 72,8 Mio. Franken budgetiert. Die allgemeinen Verwaltungsausgaben sinken leicht, aber die öffentliche Sicherheit, die Bildung, die soziale Wohlfahrt und der Verkehr/Strassenunterhalt steigen um je 3-9%. Wenige Leistungen sind neu budgetiert. Es gibt kleine Mehrausgaben für die Strukturreform der Schule, bei der Schulsozialarbeit, beim Kompetenzzentrum Arbeit, bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, bei den Tagesschulen, bei der ambulanten Pflege und beim Unterhalt im Tiefbau. Das ergibt total 2,2 Mio. Franken und entspricht 0,2% der gesamten Aufwendungen. Um grössere Summen geht es bei den Investitionen: gegen 45 Mio. Franken, u.a. für den Bahnhofplatz, Brünen und den Neufeld-Zubringer. Davon können wir nur 26 Mio. Franken oder 58% selbst bezahlen, 18 Mio. Franken müssen wir mit fremden Mitteln finanzieren, was neue Schulden generiert. Der Prozess des Budgetierens ist komplex und lang. Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für ihre Arbeit. Einige Diskussionspunkte aus unser zweimaligen BAK-Diskussion des Budgets: 1. Steuereinnahmen: Der Voranschlag rechnet für die Jahre 2006/2007 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5%. Die gegenwärtigen Schätzungen liegen aber bei 2-3%. Sind also höhere Steuereingänge zu erwarten? Gegen diese Hoffnung sprechen drei Gründe: Die Wirtschaftsentwicklung wirkt sich erst mit einer Verzögerung von 1-2 Jahren auf die Steuereinnahmen aus natürlichen Personen aus. Der Voranschlag rechnet mit einem weiteren Wegzug von steuerkräftigen und einem Zuzug von steuerschwachen Personen. Die Gemeindesteuerteilungen sind schwer abschätzbar. Es gab in der BAK zu diesem Punkt keine Abänderungsanträge. 2. Ausgaben: Budgetiert ist bei den Personalausgaben ein Teuerungsausgleich von 0,75%. Das liegt am unteren Limit. Seit 2000 wurde mehrmals die Teuerung nicht vollständig ausgeglichen, beim Stand Juni 2006 lag er um ca. 1% im Rückstand. Zu den steigenden Mieten der Stadt an die Stadtbauten wird sich für die BAK Martin Trachsel äussern. Wir haben auch über den Abbau der altrechtlichen Schulden gesprochen.

Das Gesuch, die Abzahlung auf 20 Jahre auszudehnen, war schon 1999 ein Thema zwischen Gemeinderat und Regierungsrat. Gewährt wurden dann 16 Jahre. Die Kantonsverfassung sieht solche Fristen und Vorgaben nicht vor. 3. Die BAK hat die Aufgabe, die Aufträge der Sachkommissionen aus der allgemeinen finanziellen Lage heraus zu beurteilen und Empfehlungen dazu abzugeben. Die Empfehlungen der BAK sind denjenigen der andern Kommissionen nebengeordnet. Sie berücksichtigt vor allem finanzielle Gesichtspunkte, aber es fliessen natürlich auch politische Wertungen ein. Wir hatten in der BAK drei Anträge: Ein Antrag aus der Kommission FSU gab viel zu reden, wurde aber wieder zurückgezogen. Ein zweiter Antrag aus derselben Kommission betrifft die Wiedereinsetzung von Fr. 250'000.00 für das Programm „lokale Agenda 21“. Der dritte Antrag kam aus der Kommission SBK. Es geht darum, die Gesundheitsinformationen für Fr. 23'000.00 auszubauen. Ich werde in der Detailberatung dazu Stellung nehmen. Der Hauptantrag des Gemeinderates zum Budget wurde nur kurz besprochen. Die BAK empfiehlt mit 9 : 2 Stimmen dessen Annahme.

Fraktionserklärungen

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Das Budget scheint nicht defizitär zu sein, weil unser Kreditgeber zu einer Stundung der Schuldenamortisation bereit ist. Die Rechnung letztes Jahr war auch defizitär und konnte nur aufgefangen werden, weil wir aus den Vorjahren eine kleine Reserve hatten. In Kenntnis, dass ohne Zahlungsaufschub der Gesamtaufwand im Vergleich zum Jahre 2006 um 3,8 Mio. Franken steigt, während die Einnahmen um 17 Mio. Franken sinken, und dass die Zunahme auf der Ausgabenseite im Vergleich mit 2005 sogar 40 Mio. Franken beträgt, kann man das Budget so nicht genehmigen, es sei denn, der Gemeinderat könnte geplante Sparmassnahmen für 2007, 2008 oder die folgenden Jahre auf den Tisch legen. Wissend, dass die Rechnung 2005 mit einem Defizit abgeschlossen hat (weil sie zum ersten Mal keine grösseren buchhalterischen Tricks enthielt), müssen wir das Budget ablehnen. Trotz weniger Aufgaben und trotz Auslagerungen hat man in der Stadtverwaltung zahlreiche neue Stellen geschaffen. Ich bin erschüttert, dass der Gemeinderat keine Anstrengungen zeigt und seine Hausaufgaben nicht macht nach dem Motto: gouverner c'est die Augen schliessen. Wir alle haben Wähler, die wir nicht vor den Kopf stossen wollen, aber der Kuchen muss zuerst gebacken werden, bevor er verteilt wird. Es sind keine Sparanstrengungen ersichtlich. Deshalb haben wir einen Rückweisungsantrag gestellt. Wir stimmen zu, wenn mindestens 20 Mio. Franken eingespart werden. Damit sind wir sehr vernünftig, denn 2008 werden 40 Mio. Franken fehlen. Unser Rückweisungsantrag ist im Sinne der Stadt Bern. Wir können nicht so weiterfahren. Wir helfen gerne mit bei einem Runden Tisch, aber der Gemeinderat muss die Vorarbeit leisten und konkrete Vorschläge machen. Wir werden fast allen Sparvorschlägen zustimmen. Ich bin mit den Vorschlägen von Ueli Stückelberger einverstanden. Ich bin froh, dass man von keiner Steuererhöhung spricht. Die guten Steuerzahler laufen uns davon. Diesen Effekt muss man zusätzlich kompensieren. Wir helfen auf der Einnahmeseite mit, wenn es ums Wohnen geht. In den letzten vier Jahren wurde nur geredet und nichts getan. Die Bevölkerungszahl der Stadt stagniert; immerhin geht es nicht mehr bergab. Ich bitte um Zustimmung zu unserem moderaten Rückweisungsantrag. Ein Hinausschieben führt zu nichts.

Raymond Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Zum 6. und letzten Mal vertrete ich hier in der Funktion als Fraktionspräsident die Haltung der SP/JUSO-Fraktion zum Budget. Angesichts der vielfältigen Anträge und der bürgerlichen Grundhaltung beschleicht mich heute keine Wehmut, sondern – und das zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre – eher Besorgnis darüber, was hier als Sparpolitik verkauft werden soll. Wir verhandeln hier ein Instrument zur Planung der Einnahmen und Ausgaben für den Zeitraum eines Jahres. Vorder-

gründig ist es das Budget der Stadt Bern; schauen wir genauer hin, ist es halt auch teilweise das Budget mit Ausgaben für die umliegenden Gemeinden und ein Teilbudget des Kantons Bern und des Bundes. Vieles, was wir finanzieren, kommt der Region, dem Kanton und dem ganzen Land zugute. Zurück kommt nicht viel, sogar zu wenig. Zwar enthält das Prinzip FILAG ein Modell zur Berechnung des Zentrumslastenausgleichs. Doch wer die Berechnungsprinzipien konsequent und korrekt anwendet, läuft Gefahr, kritisiert zu werden. Wer das gesetzlich gesicherte Prinzip zum Lastenausgleich anwendet, wird abgekanzelt und auf den Sankt-Nimmerleinstag vertröstet. Das ist unlauter und widerspricht meinem Verständnis von Demokratie. Wir verhandeln hier ein Budget, das – so hören wir immer wieder – offenbar nur so von Begehrlichkeiten der links-grünen Mehrheit strotzt. Wir Politikerinnen und Politiker bestellen gerne durchs Politjahr hindurch (nicht nur direkt fürs Budget) im Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler Wichtiges und weniger Wichtiges. Beispiele möchte ich euch nicht vorenthalten: Es wird Geld gefordert für längere Öffnungszeiten der städtischen Bäder, für Trainingsfelder für YB, für mehr öffentliche Toilettenanlagen, für Kunstrasen im Neufeld, für Videoüberwachung, für mehr Abfalleimer, für mehr Parkplätze beim Kleezentrum und beim Zivilstandsamt in Bümpliz, für Sitzgelegenheiten auf dem Bundesplatz, für die Sanierung der Taubentränke, für die private Tierambulanz, für den Bärenpark, für die Sicherstellung des Mobilfunks in der Stadt, für Ferieninselangebote auch für Privatschulen, für die Finanzierung von Sicherheitsvorkehrungen von Privaten, für ein Konzept und einen Businessplan für den Entsorgungshof, für längere Öffnungszeiten der Stub und so fort. Sie vermuten richtig, diese Forderungsfülle stammt vollständig aus bürgerlicher Feder. Das ist Sparpolitik. Es ist eben nie das Gleiche, wenn zwei das Gleiche tun. Abgesehen davon stellen wir fest, dass wir alle die Steuerungsmechanismen der Produktegruppen-Budgetierung nur mässig nutzen. Wir verhandeln hier ein Budget, zu dem ein Rückweisungsantrag vorliegt, der uns nicht zu überzeugen vermag, und zu dem Streichungsanträge der SVP vorliegen, die schlicht unverantwortlich sind, um sie nicht noch deutlicher zu verurteilen. Mit dem Zweihänder sollen Stellen und Produkte gestrichen werden, die zum Beispiel das Resultat von Abstimmungen sind oder den Vollzug von übergeordnetem Recht darstellen. Im Schnellverfahren soll vielen Mitarbeitenden der Verwaltung auf Ende Monat gekündigt werden – anders könnte man die Sparvorgaben ja sonst gar nicht vollziehen. Haben Sie schon berechnet, was die Prozesslawine und die Entschädigungsforderungen die Stadt kosten würden? Das ist nicht Sparpolitik, das ist menschenverachtender Zynismus, der heute Abend als Kabarettnummer wohl noch dargeboten wird. Angesichts dieser Ausgangslage, in Kenntnis dieser Anträge, in Kenntnis auch der Verantwortung unserer Stadt gegenüber, wissend, dass unsere Finanzlage angespannt bleibt und wir mit dem Gemeinderat gemeinsam Strategien entwickeln müssen, die diese Bezeichnung verdienen, wissend auch, dass Finanzpolitik nicht in erster Linie übers Budget abgehandelt werden kann, vor allem aber erschüttert darüber, dass unsere politischen Gegner nicht einsehen, dass Werterhalt auch Investitionen in Menschen und nicht nur in Sachen darstellt, lehnen wir den Rückweisungsantrag sowie die Budgetanträge der SVP einstimmig ab. Ich möchte nicht im Einzelnen auf Anträge eingehen, aber einige Aspekte der Budgetierung und der damit verbundenen Verwaltungsarbeit beleuchten: Es wird viel von unnötigen Stellenschaffungen gesprochen, zum Teil wird dabei auch mit Zahlen argumentiert, die verzerrt und in anderem Kontext gebraucht werden. Die SP/JUSO-Fraktion fragt sich ihrerseits, ob die Schaffung von vier neuen Stellen im Bereich Liegenschaftsverwaltung (betrifft Fonds, Stabe und Vermarktung) gerechtfertigt ist. Wir verzichten in diesem Zusammenhang auf einen Streichungsantrag, werden aber im kommenden Jahr über die zuständigen Sachkommissionen ein präzises Reporting verlangen und behalten uns vor, beim Budget 08 Konsequenzen zu ziehen. Sorge bereitet uns in der Direktion SUE, dass die Budgetvorbereitung in der Sachkommission zu Tage gefördert hat, dass die in den Legislaturzielen angestrebte Wohnumfeldverbesserung sträflich vernachlässigt wird. Sorgen machen wir uns über dieses Budget hinaus

auch über die Konsequenzen von Police Bern. Leider wird nie über die präzisen Kostenfolgen gesprochen, sondern immer nur über das unveränderte operative Handeln der Polizei. Sicher muss in naher Zukunft über einzelne polizeiliche Dienstleistungen, die bei der Stadt bleiben, diskutiert werden. Im Moment verzichtet ja die zuständige Sachkommission, einen Antrag auf Aufstockung von vier Stellen im Polizeinspektorat zu stellen. Das mag zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der unklaren Folgen von Police Bern gerechtfertigt sein. Es besteht aber gerade beim Migrationsamt ein Vollzugsproblem insbesondere bei den flankierenden Massnahmen 2 (Nichtbehandlung von 50% der Anzeigen in den Bereichen Schattenwirtschaft, Menschenhandel, illegaler Aufenthalt). Es häufen sich trotz der 8,5 Stellen viele Überstunden an. Und dazu zeichnet sich ab, dass zukünftig noch mehr Aufgaben auf das Migrationsamt zukommen. Das betrifft nicht den Bereich Arbeitsbewilligungen für Tänzerinnen und Regularisierung von illegalem Aufenthalt. Dort wird gut gearbeitet. Aus den dargelegten Gründen ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion hier bald einmal eine Stellenaufstockung ins Auge zu fassen. Fazit: Wir unterstützen das Budget des Gemeinderates und nehmen daran nur einige wenige Änderungen vor, die wir in der Detailberatung noch begründen werden. In eine zunehmend schwierige finanzielle Situation sind wir nicht geraten, weil wir unersättlich sind und nur immer bestellen, sondern weil die Steuerteilungen eine unerwartete und zum Teil auch schwer nachvollziehbare Zusatzbelastung gebracht haben. Wenn der Gemeinderat angesichts der Budgetperspektiven vom Regierungsrat ein Moratorium für die Abzahlung der alten Schulden einfordert, dann finden wir das richtig, nicht zuletzt, weil diese Möglichkeit vorgesehen ist und die Stadt die Bedingungen dazu erfüllt. Der Regierungsrat würdigt denn auch die Sparpakete der vergangenen Jahre als sichtbaren Beweis für die Anstrengungen der Stadt für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Wir sind bereit, in aller Offenheit am nächstens stattfindenden Runden Tisch weitere Möglichkeiten zu Einsparungen oder Einnahmensteigerungen zu diskutieren und dann vor allem im normalen parlamentarischen Verfahren zu prüfen und allenfalls zu beschliessen. Dabei müssen wir vor allem aufgrund der Perspektiven im IAFP planen. Das Budget für ein Jahr abzulehnen und daran längerfristige Strategien festzumachen, ist meines Erachtens systemfremd und kann unter Umständen sehr teuer zu stehen kommen. Wir sagen Ja zum Machbaren und unterstützen das Budget 07.

Martin Trachsel (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Das Aufstellen eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmässig zu verteilen. Wir sprechen über das Budget 2007 mit ausgeglichenen Zahlen und der Städtischen Kasse mit einer roten Null. Der Umsatz von 921 Mio. Franken macht die Stadt immer noch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor. Nach verschiedenen ausserordentlichen Buchgewinnen in den letzten Jahren sind im vorliegenden Budget vor allem Ausfälle von Steuern und Beiträgen ersichtlich. Sie drängen die Stadt in eine grössere Abhängigkeit vom Kanton. Nur durch das zweijährige Moratorium können wir mit den vorliegenden Zahlen einigermaßen fahren. Die Direktionen haben auf Begehrlichkeiten verzichtet. Mehrkosten wie der Teuerungsausgleich und die Stellenerweiterungen bei der Direktion BSS, sowie Miet- und Nebenkosten bei der Stabe bringen Mehrleistungen oder sind durch Strategien und Vorgaben begründet. Die Festlegung des Teuerungsausgleichs ist im Vergleich zu den Wirtschaftsprognosen am unteren Limit angesiedelt. Die Wachstumsprognose der Stadt ist tief angesetzt. Die 13,6 Mio. Franken für die Steuerteilung schmerzen. Die wegziehenden Steuerpflichtigen werden nicht oder durch nur wenig Steuern zahlende Leute ersetzt. Beim Wohnbau harzt es. Die nötigen Wohnungen können kurzfristig nicht zur Verfügung gestellt werden. Obwohl die Stadt als attraktiver Wohnraum gilt, suhlen wir vor uns her. Die Zentrumslasten steigen und werden mehrheitlich durch die Stadt getragen. Das wird nicht nur bei der Kultur und im öffentlichen Verkehr sichtbar, sondern auch bei den steigenden Fallzahlen beim Sozialamt. Es gibt mehr Arbeitslose, insbesondere auch junge. Dazu kommen die Verschlechterung der Luft, die Verstopfung der Strassen, mehr Müll und Unrat, mehr Ausschreitungen,

die zu einer Intervention führen. Die Budgetoptimierungen müssen ganzheitlich betrachtet werden. Wenn in einem Räderwerk eine Achse bricht oder wenn man ein Zahnrad entfernt, wird eine ganze Funktion gestört. Bestehende Strukturen bedürfen oft nicht des Flickwerks, sondern der genauen Analyse und allenfalls eines Um- oder Neubaus. In diesem Sinne finden wir als Antrag der PVS die Überprüfung eines Kredits betreffend Stadt und öffentlichen Verkehr bemerkenswert. Erst wenn die Möglichkeiten und Auswirkungen ersichtlich sind, kann ein Sparpotential ausgewiesen werden. Wir nehmen von den budgetierten Gewinnablieferungen der ausgelagerten Betriebe von 40,1 Mio. Franken positiv Kenntnis. Uns ist bewusst, dass die Stabe 6,2 Mio. Franken weniger investieren kann. Auch bei ewb stehen Investitionen an. Nur der sorgsame Umgang mit den vorhandenen Mitteln kann das vorliegende Budget in eine ausgeglichene Rechnung führen. Klärungsbedarf gibt es weiterhin bei den Beiträgen des Kantons. Schwer lasten die altrechtlichen Finanzfehlbeträge und die Annuitäten der Pensionskassen, insbesondere die Ausfinanzierung der Polizei und die im Abbau befindlichen Überstunden. Die Finanzzitrone scheint ausgepresst. Die Umschichtung der Zahlen, bis die Rechnung aufgeht, nimmt mit diesem Budget wohl ein Ende. Einsparungen ohne Abbau von Leistungen und Personal sind wohl realitätsfremd. Diese Realität müssen wir ins Auge fassen. Gemeinderat und Verwaltung sind aufgefordert, zuhanden des Stadtrates Sparvorschläge für das nächste Budget zu erarbeiten. Dazu soll der Runde Tisch Hand bieten. Die Sachkommissionen sollten sich frühzeitig einklinken, wenn möglich im ersten Quartal. Wenn das blaue Buch erscheint, sind die Behandlungszeiten schon wieder knapp. Die Anträge zu einer Budgetdebatte, wie sie heute vorliegen, sind kaum umsetzbar. Solche unter Fr. 100'000.00 sind problematisch und sollten kompensiert werden. Die Budgetierung scheint mir zu einem schwerfälligen Moloch zu werden. Machen wir aber gemeinsam das Beste für unsere Stadt. Unsere Fraktion GFL/EVP findet das Budget 2007 eine gute Leistung im Verteilen von Enttätigungen. Es hält die gesetzlichen Grundlagen und Vorgaben ein. Zu den einzelnen Anträgen werden wir in den Detailbehandlungen eingehen, insbesondere zu Linie 28, „Jugendschutz und Controlling Nachtlokale“. Bei den Anträge in Richtung Rundum- und Kahlschläge können wir nicht mitreden. Diese Anträge müssen in der Kommission behandelt werden. Die veranschlagten Mehrleistungen in den Bereichen Unterhalt Strassen und Brücken, Ausbau Kindertagesstätten, Tageschulen, Schulsozialarbeit, Arbeitslosigkeit, Bildung und Integration finden wir vernünftig. In diesem Sinne stimmen wir für ein Eintreten und für das Budget gemäss Gemeinderat. Verbesserungen müssen in den kommenden Jahren folgen.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das vorliegende Budget ist ausgeglichen, aber auch ausgewogen. Das ist erfreulich im Wissen, dass der Spielraum nicht gross ist. Ein moderater Leistungsausbau ist vorgesehen, in Menschen, in Soziales, in Bildung, aber auch in Infrastrukturen und Werterhaltung der Stadt, was wir unterstützen. Die Fraktion GB/JA! ist aber erstaunt über den Rückweisungsantrag von SVP und FDP und vor allem über die gemeinsame Rhetorik: „Erschüttert ob der Tatsache, dass sich der Gemeinderat (...) mit offenen Augen gegen den Abgrund treiben lässt (...)“. Dieser Satz spricht Bände. Die FDP fordert einen Sparauftrag von je 10 Mio. Franken für das laufende und das nächste Jahr und macht damit eine absurde Politik. Wir sind weniger vom Gemeinderat erschüttert als vielmehr von der FDP und deren Argumentation. Wenn jemand mit offenen Augen gegen den Abgrund treibt, ist es die FDP mit solch absurden Anträgen, der FDP, die im Fahrwasser der SVP-Sparapostel schwimmt. Genau diese FDP stellt den Finanzdirektor dieser Stadt. Der Antrag der FDP um Kürzungen von 10 Mio. Franken ist unseriös, weil er nicht sagt, wo man sparen soll. Die SVP hat sich immerhin die Mühe gemacht seitenweise zu sagen, wo gespart werden soll, auch wenn sie mit Copy-Paste alle SVP-Feindbilder der letzten Monate. (Integration, Ombudsstelle, Gleichstellungsstelle etc.) wieder hervorgekramt hat. Neu ist aber, dass die SVP bei der Lebensmittelkontrolle sparen will. Anscheinend ist es für sie nicht wichtig, dass

es im Tiramisu keine Salmonellen hat. Für uns ist das ein wichtiger Bereich. Erstaunlich ist aber auch, dass FDP und SVP mit dem NSB-Instrument, das sie selbst gerne eingeführt haben, Mühe haben. Einfach zu sagen, es müssten 10 Mio. Franken eingespart werden, das ist sicher nicht NSB-konform. Die Kommissionsarbeit scheint nicht sehr beliebt zu sein. Alle bürgerlichen Anträge kommen in letzter Sekunde, aber hier im Parlament ist eben der öffentliche Showdown. Die Fraktion GB/JA! unterstützt auf keinen Fall den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/JSVP oder auch Gross-SVP, d.h. inklusive FDP. Wir lehnen aber auch alle Aufstockungsanträge von Rot-Grün ab. Diese Zwanzigtausender-Anträge sind nicht seriös. Die Ampel ist auf orange, das muss Konsequenzen haben. Wir werden aber einen Antrag bringen, durch den wir einen Sparantrag des Gemeinderates rückgängig machen wollen. Wir sind nicht bereit, die lokale Agenda 21 einzusparen, sondern verlangen den Status quo, wobei die Direktion diesen Betrag intern kompensieren soll, z.B. beim Mediendienst der Polizeidirektion, weil bei diesem Produkt offenbar noch Spielräume bestehen. Es ist sicher nachhaltiger, in die Reduktion des CO₂-Ausstosses zu investieren, als Fotos von einer Polizeiaktion bei der Konfiszierung von Hanfpflanzen in der Reitschule fotografisch für die Nachwelt festzuhalten. Zwei Dinge zum Schluss: Das Personal leidet unter dem permanenten Spardruck. Alle sprechen vom Sparen, aber niemand will sagen, wo, ausser der SVP, die es nicht seriös macht. Wir sind verpflichtet, gute Anstellungsbedingungen anzubieten. Dazu gehören auch der Stufenanstieg und der sehr knapp budgetierte Teuerungsausgleich. Das Personal hat ein Anrecht auf die ganze Teuerung. Dies sollte nicht nur für die direkten Stadtangestellten, sondern auch für die Mitarbeiterinnen der subventionierten Betriebe gelten. Es darf hier keine Zweiklassen-Gesellschaft bei den Beschäftigten geben. Mein Appell an die FDP: Statt sich hier im Kräftemessen der Blöcke zu üben, wäre es sinnvoller, wenn sie konstruktiv mithelfen würde, im Kanton gerechte Abgeltungen der Zentrumslasten zu erkämpfen. Im Interesse der Stadt Bern sollten alle vernünftigen Kräfte, vielleicht auch der SVP, hier am gleichen Strick ziehen. Wir sagen Ja zum Budget 2007 und unterstützen die redaktionellen Anträge.

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Künzler*

Die Protokollführerin: *Christine Brand*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Künzler

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Stefanie Arnold
Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Büechi
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem

Karin Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Stephan Hügli-Schaad
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Sarah Kämpf
Rudolf Keller
Markus Kiener
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniel Lerch
Liselotte Lüscher
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Patrizia Mordini
Erik Mozsa

Christoph Müller
Reto Nause
Nadia Omar
Simon Röthlisberger
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Martin Trachsel
Christian Wasserfallen
Catherine Weber
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Sandra Wyss
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Carolina Aragón
Peter Bernasconi
Susanne Elsener
Beni Hirt

Andreas Krummen
Claudia Kuster
Anna Magdalena Linder
Philippe Müller

Lydia Riesen-Welz
Erich Ryter
Gisela Vollmer

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz SUE

Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS

Kurt Wasserfallen FPI

Entschuldigt

-

Ratssekretariat
Annina Jegher

Stadtkanzlei
Irène Maeder Marsili

Dringlichkeitserklärungen

1. Der Antrag auf Dringlichkeit der *Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, Urs Frieden, GB): Fussballfest statt Militärfestspiele: Keine bewaffneten Armeeeingehöriqen an der EURO 08 in Bern!* wird mit 29 : 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
2. Der Antrag auf Dringlichkeit der *Interpellation Daniele Jenni (GPB): Bern: Die Militarisierung der Inneren Sicherheit geht weiter* wird mit 34 : 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
3. Dem Antrag auf Dringlichkeit der *Interpellation Erik Mozsa (GFL): Wie schützt die Stadt die Reithalte vor dem Drogendeal?* wird mit 29 : 19 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

2 Fortsetzung: Produktgruppenbudget 2007

Fortsetzung: Grundsatzdebatte, Fraktionserklärungen

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Ich habe mich eben erkundigt, der Rückweisungsantrag ist im Rahmen der Grundsatzdebatte zu stellen, und ich beginne mit diesem Thema. Der Gemeinderat will im vorgelegten Budget keine Schulden zurückzahlen, was bereits in der IAFP-Diskussion zum Ausdruck kam. Das Ziel muss aber ein Budget 2007 sein, in dem die Rückzahlung von 20,8 Mio Franken der altrechtlichen Schulden eingeplant ist und das trotzdem ausgeglichen ist, weil es später nicht einfacher sein wird, die altrechtlichen Schulden zurückzuzahlen. Um trotz Rückzahlung ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, sind einschneidende Sparmassnahmen zu ergreifen im Umfang dieser 20,8 Mio Franken. In den letzten Jahren liess sich ein ausgeglichenes Budget nur dadurch erreichen, dass ein Schulhaus oder ein Stück Land verkauft wurde, letztes Jahr war es nur noch möglich, indem der Vorsprung auf die Schuldenrückzahlung geltend gemacht wurde. Jetzt ist die harte Realität eingetroffen, dass gespart werden muss. Die bürgerlichen Parteien haben dies zwar schon lange vorausgesagt, doch der Gemeinderat leitete nur ungenügende Sparmassnahmen ein. In den Medien wurde bereits vor einiger Zeit vor allem von linken Parteien die Idee einer Steuererhöhung aufgebracht, um mit dem so erzielten Mehrertrag die Schulden zurückzuzahlen. Für uns fallen Steuererhöhungen ausser Betracht, weil es nicht angeht, zuerst auf grossem Fuss zu leben und damit Schulden anzuhäufen, um diese dann Jahre später durch Steuererhöhung zu begleichen. Eine Steuererhöhung kostet uns gute Steuerzahler, sie werden tendenziell wegziehen, während ein grosser Teil der Klientel der linken Parteien von Steuererhöhungen nicht betroffen ist, weil sie ohnehin keine oder nur sehr geringe Steuern bezahlt. Ich habe mir von der entsprechenden Stelle bestätigen lassen, dass 47% der Neuzuzüger des ersten Halbjahres 2006 keine Steuern bezahlen.

Die SVP schliesst sich neu dem Antrag der CVP an, wonach im 2007 die vollen 20,8 Mio einzusparen sind und nicht mehr, wie in den Unterlagen vermerkt, der FDP, die 2007 eine Einsparung von nur 10,4 Mio Franken verlangt. Wir entscheiden uns für die einschneidendere Massnahme, weil eigentlich im Folgejahr bereits wieder 20,8 Mio einzusparen sind; wir sollten uns so verhalten, als ob es das Moratorium des Regierungsrates gar nicht gäbe und jedes Jahr 20,8 Mio Franken sparen. Mit diesem Rückweisungsantrag geben wir dem Gemeinderat die Gelegenheit, im überarbeiteten Budget Sparvorschläge zu machen nach seinen Prioritäten. Vorher wurde in der Debatte gesagt, es sei unseriös, nur das Budget zurückzuweisen

ohne zu sagen, wo genau gespart werden solle. Das stimmt so natürlich nicht, es ist im Gegenteil sehr fair, weil der Gemeinderat damit den nötigen Spielraum erhält um uns zu zeigen, wo er sparen will. Für den Fall, dass der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, liegen von Seiten der SVP Sparvorschläge vor. Ich betone an dieser Stelle, dass die SVP die einzige Partei ist, die konkrete Sparvorschläge eingebracht hat. Die SP stellt einzig Anträge auf Mehrausgaben, ohne Kompensationsvorschläge, Daniele Jenni macht immerhin gleichzeitig Kompensationsanträge. Hier zeigt sich, dass die linke Ratsseite eigentlich gar nicht sparen will. Das vorliegende Budget enthält auch einen Leistungsausbau, den wir uns grundsätzlich nicht leisten können. Eine Bemerkung an Raymond Anliker, der unsere Sparvorschläge als menschenverachtend bezeichnet hat. Diese Gleichsetzung ist bedenklich. Einem runden Tisch werden wir uns selbstverständlich nicht verschliessen, wir sind offen für alle Massnahmen, die zum Sparen führen.

Einzelvoten

Reto Nause (CVP): Wir haben heute viel über Ampeln gesprochen. Das vorliegende Budget hat mit Ampeln wenig zu tun, denn Ampeln stiften Sicherheit. Mich erinnert das Budget vielmehr an eine Fahrt auf der Geisterbahn. Am Anfang sieht alles noch sehr freundlich aus, aber dann geht eine Türe auf und es beginnt die Fahrt in das schwarze Loch. Bei Annahme des Budgets kommen Sie rasch an eine Weiche, auf der linken Spur begegnet Ihnen bald das Ungeheuer der Steuererhöhung, auf der rechten das 3-köpfige Monster der Sparprogramme 2008, 2009 und 2010. Wir müssen Schulden abbauen, andernfalls wird der Kanton uns verwalten. Und wir müssen jetzt damit beginnen, der Schlag, der uns auf jeder Runde unserer Fahrt trifft, wird jedes Jahr stärker ausfallen und uns am Schluss sogar aus dem Sitz schleudern. Wir leben in wirtschaftlich guten Zeiten, viele Gemeinden, die meisten Kantone und sogar der Bund erreichen schwarze Abschlüsse. In wirtschaftlich guten Zeiten werden normalerweise auch höhere Steuern generiert, nicht so in Bern. Wir verlieren Steuersubstrat und die Steuererhöhung, die sich mit dem vorliegenden Finanzplan und dem aktuellen Budget abzeichnet, wird die Negativspirale beschleunigen. Gehen wir den Schuldenabbau nicht jetzt an, gibt es mit den steigenden Zinsen eine weitere Negativspirale. Jeder Franken, den wir in Schuldzinsen investieren, ist ein verlorener Franken, statt dass er ausgegeben werden könnte für Krippen, für Soziales, für Bildung, für Kultur. Auf der Geisterbahn gibt es noch eine dritte Schiene, sie führt zum Ausgang: Sie können heute Rückweisung des Budgets beschliessen und bei den Ausgaben 20,8 Mio Franken einsparen, so sind wir auf dem richtigen Weg. Auch so gibt es keine Reserven, weder im Budget noch im Finanzplan, die Lage wird angespannt bleiben.

Der Rückweisungsantrag der FDP ist eine „Weichspüler-Variante“: Im 2008 wird sich in diesem Rat niemand mehr daran erinnern, dass eigentlich noch 10 Mio Franken einzusparen wären. Ich danke für die Unterstützung der Rückweisung und für die Ablehnung des Budgets.

Christian Wasserfallen (JF): Ich möchte vor allem auf einige Aussagen von Raymond Anliker zurückkommen. Es fällt auf, dass er einer der Wenigen war, die sich nicht differenziert zum Budget geäußert haben, sondern bedenkliche Bemerkungen machten. Wir könnten hier ebenfalls auf Fachstellen hinweisen, auf Velos, Agenda 21 und alle möglichen Konzepte, die von Ihrer Seite eingebracht werden im Budget, und zwar in Millionenhöhe. Der Unterschied zwischen unseren Vorstössen und denen der SP liegt darin, dass die SP-Vorstösse angenommen werden, unsere abgelehnt, womit auch ihr Geld ausgegeben wird und unseres nicht. Wir haben in der Vergangenheit sehr deutlich gezeigt, dass wir gewillt sind zu sparen und auch entsprechende Vorschläge machen wie z.B. „5 statt 7“, dank dem sich eine beträchtliche Summe einsparen liess. Die Bemerkung betreffend menschenverachtende Politik weise ich

klar zurück, Sparen kann nicht menschenverachtend sein, wie von Rudolf Friedli bereits festgehalten. Ich bitte um mehr Fairness. Die SP macht keinen einzigen konstruktiven Vorschlag zum Budget, sie beschränkt sich auf die Verwaltung der Schuldenwirtschaft, und jeder Franken, der in die Schuldentilgung investiert werden muss, ist einer zuviel, weil damit das Geld fehlt für die Umsetzung von Projekten und Vorstössen, wie Reto Nause schon gesagt hat. Die SP gräbt sich damit selber das Wasser ab, wenn alle Ausgaben der Schuldentilgung dienen und für die Umsetzung ihrer Vorstösse kein Geld mehr übrig bleibt. Fazit: Die SP als Federführerin im RGM-Block nimmt ihre Verantwortung ganz klar nicht wahr, was Budget und Finanzlage betrifft. SP und RGM sind verantwortungslos. Sie haben die Mehrheit im Stadtrat wie im Gemeinderat, wir haben keine Möglichkeiten, Veränderungen herbeizuführen.

Direktor FPI *Kurt Wasserfallen* für den Gemeinderat: Vorher wurde über die Finanzaussichten debattiert, jetzt sprechen wir noch über das Budget. Es ist ausgeglichen, mit 921,2 Mio Franken Ausgaben und 921,2 Mio Franken Einnahmen. Das ist zunächst einmal erfreulich. Darin enthalten ist allerdings das Abschreibungsmoratorium von 20,8 Mio Franken, das uns der Regierungsrat für 2007 und 2008 zugestanden hat. Ende 2005 belief sich der altrechtliche Bilanzfehlbetrag noch auf 205,5 Mio von ehemals 324,8 Mio Franken. Gut ein Drittel ist also abgeschrieben. Veränderungen gibt es im Budget mit der Erhöhung des Zinssatzes um 0,5% auf dem Dotationskapital des Fonds für Boden und Wohnbaupolitik, was 1,55 Mio Franken Mehreinnahmen generiert, natürlich zu Lasten des Fonds. Die Parkkarten-Gebühr soll von 240.00 auf 360.00 Franken pro Jahr erhöht werden, was 1,2 Mio Franken Mehreinnahmen bedeutet. Die StaBe soll 0,7 Mio Franken mehr abliefern, die Auflösung einer Spezialfinanzierung für die Bern-Arena soll 0,74 Mio Franken Mehreinnahmen bringen, der Verkauf der BLS-Aktien je nach Kurs 0,85 Mio Franken. Auf der Ausgabenseite schlägt der Gemeinderat vor, die Lokale Agenda 21 (LA 21) zu streichen, was eine Einsparung von 0,25 Mio Franken bedeutet. Die Aufhebung der Buslinie 28 am Abend bringt Minderkosten von 54'000.00 Franken. Bei den Steuererträgen ist leider keine Verbesserung zu erwarten, vor allem auf Grund von Gemeindesteuerteilungen von plus 16 Mio Franken ergibt sich ein Minderertrag von 13,6 Mio Franken. Der Aufwand steigt um 7,8 Mio Franken, wenn die Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag für 2006 ausgeklammert werden, wenn also Gleiches mit Gleichem verglichen wird. Auch die Investitionen werden höher veranschlagt, es geht dem Gemeinderat in diesem Fall um den Werterhalt, der weitergehen soll, was die Stadt sich eigentlich von der finanzpolitischen Seite her nicht leisten kann, aber der Wertezwerg muss dringend gebremst werden. Im Weiteren lassen sich aus den Unterlagen die Veränderungen in der Sozialhilfe ersehen, bei den Personalkosten, dem Sachaufwand, den Kapitalfolgekosten für Grossprojekte, wie bereits mehrmals erwähnt, und den neuen Aufgaben, die ebenfalls aufgelistet sind. Der Gemeinderat hat in diesem Bereich beschlossen, künftig nur noch Vorhaben im Lastenausgleich zu bewilligen, die vom Kanton tatsächlich anerkannt sind. Der Umgang mit den lastenausgleichsberechtigten Geschäften – also denen, die bereits beschlossen, aber nicht im Lastenausgleich aufgenommen sind – wird Gegenstand der Finanzklausur sein. Zu den Finanzkennzahlen: Der cash flow verschlechtert sich deutlich und beträgt nur noch 25,9 Mio Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf nur noch 57,9%, was zu einer weiteren Verschuldung führt. Erfreulich ist der Zinsbelastungsanteil von noch 1,1%, und der Kapitaldienstanteil sinkt weiter, auf 4,1%. Fazit: Das Budget ist ausgeglichen, dank dem Moratorium, aber die Finanzlage ist angespannt. Auf Grund der neusten Hochrechnung zu den Steuereingängen ist unsicher, wie sich die Steuern entwickeln werden. Die Aussichten diesbezüglich sind nicht rosig. Ich bitte dringend darum, in der Detaildebatte – vorausgesetzt, es wird Eintreten beschlossen – keine weiteren Erhöhungen vorzunehmen. Der Gemeinderat lehnt alles ab, was höhere Ausgaben zur Folge hat, und sollte der Stadtrat Erhöhungen beschliessen, sollte er auch sagen, wo er eine entsprechende Einsparung vornehmen will. Der Gemeinderat lehnt im Weiteren generell

alle Fraktions- und Einzelanträge ab und stimmt den Kommissionsanträgen zu, mit Ausnahme der Anträge, die Zusatzkosten verursachen. Die verschiedenen Gemeinderatsmitglieder werden in der Detailberatung zu den Anträgen, die ihre Direktion betreffen, selber Stellung nehmen. Ich bitte um Eintreten.

Beschlüsse

1. Der Rückweisungsantrag von CVP und Fraktion SVP/JSVP obsiegt mit 31 : 18 Stimmen bei 19 Enthaltungen über den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP.
2. Mit 40 : 28 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wollen Sie tatsächlich sparen oder wollen Sie nur vom Sparen reden? Selbst unser Finanzdirektor hat es während der IAFP-Debatte deutlich gesagt: Jetzt sind wir alle gefordert so zu handeln, dass es zu einem guten Ende kommt, und das heisst: Entscheide treffen. Die Fraktion SVP/JSVP stellt mit Empörung fest, dass man in diesem Parlament offenbar nicht bereit ist, mutige Entscheide zu treffen. Stattdessen will man in der falschen Richtung weiterfahren und die Stadt Bern in ein unsägliches Finanzdebakel marschieren lassen. Heute Abend hätten wir es in der Hand gehabt, dem Gemeinderat die Chance zu geben, das vorliegende, ungenügende Budget zu überarbeiten und ein Budget zu präsentieren, das den Anforderungen einer finanziell schwierigen Zukunft der Stadt Rechnung trägt, ein Budget, das unter dem Strich deutlich mehr Einsparungen enthält statt Neu-Ausgaben. Stattdessen wollen wir in einem Monat, wenn die Debatte hier längst kalter Kaffee ist, am runden Tisch über Sparmassnahmen diskutieren. Sie tragen heute Abend die Hauptverantwortung für ein absehbares Finanzdebakel ungeahnten Ausmasses in unserer Stadt. Die Fraktion SVP/JSVP ist nicht bereit, die Verantwortung für dieses mutlose Vorgehen mit zu tragen. Sie ist auch nicht bereit, über Sparvorschläge von ihrer Seite zu diskutieren, im Wissen darum, dass ohne wirklichen Sparwillen des Parlaments keiner ihrer Anträge auch nur den Hauch einer Chance haben wird. Wir sind – nicht zum ersten Mal – auch von unserem bürgerlichen Partner – oder sollte ich sagen Pseudopartner FDP – enttäuscht, der angekündigt hat, dass er nur einen Drittel unserer Sparvorschläge unterstützen wird. Ich halte hier zum letzten Mal heute Abend fest, dass die SVP/JSVP als einzige Fraktion Sparvorschläge zum vorliegenden Budget eingereicht hat. Dass diese Vorschläge laut dem arroganten und machterwöhnten Votum von Raymond Anliker sogar menschenverachtend und absolut verantwortungslos sein sollen, ist lächerlich und zeugt einmal mehr von der Arroganz der RGM-Mehrheit in Regierung und Parlament. Ihre Angst, Herr Anliker, heute Abend ein „SVP-Cabaret“ erleben zu müssen, ist unbegründet: Die Fraktion SVP/JSVP wird sich geschlossen von der weiteren Diskussion heute Abend fernhalten. Wir fordern gleichzeitig alle Ratsmitglieder, die gleicher Meinung sind, auf, den Ratssaal ebenfalls zu verlassen. Überlassen wir die Debatte denen, die meinen, alles besser zu wissen.

Die Fraktion SVP/JSVP verlässt 20.55 Uhr den Ratssaal.

Detailberatung

Ratspräsident *Peter Künzler*: Es liegen zahlreiche Anträge vor der Damen und Herren, die uns hier verlassen. Ich werde in jedem Fall nachfragen, ob Wortmeldungen erwünscht sind, so dass wir normal abstimmen können. Rein nach Buchstaben wäre über jedes einzelne Globalbudget abzustimmen, ich schlage vor, zu jeder Direktion jeweils am Schluss abzustimmen, es wurde auch in der Vergangenheit so gehandhabt.

Gemeinde und Behörden (GuB)

Simon Röthlisberger (JA!) für die Kommission SBK: Ich schicke einige allgemeine Überlegungen voraus zum Budgetablauf 2007 aus Sicht der SBK. Sie berät nicht nur über die PRD, sondern auch über die BSS. Ich danke der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und für die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen. Die Budgetberatung ist eines der wichtigsten Jahresgeschäfte in den Sachkommissionen. Wie bereits früher wurde auch dieses Jahr bemängelt, dass der Zeitrahmen für den Budgetprozess sehr eng ist: Wir erhalten das Budget kurz vor den Sommerferien, und unmittelbar nach den Ferien findet die Beratung statt. Als grundsätzlich positiv beurteile ich das neue System der Absprache zwischen der BAK und den Sachkommissionen im Rahmen eines Treffens zwischen je zwei Delegierten der Sachkommissionen und der BAK. Fraglich ist die Bedeutung der Anwesenheit der anderen Sachkommissionsvertretungen während dieser Beratung. Der Umgang mit dem NSB-Budget hat an Normalität gewonnen, es gibt in der SBK einen grossen Unterschied zu den Beratungen der vorderen Jahre.

Die SBK hat das GuB-Budget an ihrer Sitzung vom 21.8. beraten. Es gab keine korrigierenden und auch keine finanzrelevanten Anträge. Dasselbe lässt sich sagen zur Präsidialdirektion. Ich bitte im Namen der SBK um Annahme sowohl des Budgets von GuB wie auch desjenigen der PRD.

S. 43; Om-	Antrag (1)	<i>Ersatzlose Streichung Nettokredit Ombudsstelle</i>
budsstelle (020)	SVP/JSVP;	<i>Fr. 316'250.05</i>
	Nettokredit	<i>→ Abschaffung der Ombudsstelle</i>

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Die FDP hat zu einigen der von der SVP eingebrachten Vorschläge Stimmfreigabe beschlossen. Viele Anträge, dies als Antwort auf das Votum von Natalie Imboden, die nicht NSB-konform sind, unterstützen wir dagegen nicht. Einige weitere Geschäfte, nicht zuletzt solche, die früher von der FDP selber eingebracht worden waren, unterstützen wir. Zur Ombudsstelle (GuB) haben wir Stimmfreigabe beschlossen, ebenso bei der Gleichstellung. Bei S 99 und S. 101 äussern wir uns dagegen, bei S. 105 wurde Stimmfreigabe beschlossen, bei S. 112 sind wir für Annahme beider Anträge der PVS, S. 115 wird abgelehnt, S. 138 angenommen.

Daniel Lerch (CVP): Unter GuB findet sich ein Streichungsantrag, der eigentlich keinen Gewinn bringt, im Gegenteil. Die Ombudsstelle hat einen positiven Einfluss auf unsere Kasse, indem die Leute mit recht bescheidenem Aufwand zu einer Auskunft kommen, anstatt verschiedenste Stellen mit Anfragen zu belästigen. Ich bitte, den Streichungsantrag abzulehnen.

Ernst Stauffer (ARP): Der Kredit für die Ombudsstelle darf auf keinen Fall gestrichen werden. Der Antrag kommt jedes Jahr wieder, aber SVP und FDP müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass das Berner Stimmvolk eine Ombudsstelle wollte und dass sie nötig ist. Die Torpedierungsversuche wurden bisher von der Stadtratsmehrheit immer abgelehnt. Ich bitte den Stadtrat um Ablehnung des Streichungsantrags auch dieses Mal – und auch in Zukunft.

Beschlüsse

1. Der Antrag (1) SVP/JSVP zu S. 43 wird mit 49 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
2. Das Produktegruppen-Budget Gemeinden und Behörden GuB wird vom Stadtrat stillschweigend angenommen.

Präsidialdirektion (PRD)

Simon Röthlisberger (JA!) für die Kommission SBK: Ich hatte mich im ersten Votum bereits zur PRD geäußert. Die SBK beantragt den Teil des PRD-Budgets, für den sie zuständig ist, einstimmig zur Annahme. Die SVP hat im Rahmen der Kommission keine Anträge eingebracht, es wäre wünschenswert, allfällige Anträge zu dieser Direktion in der SBK zu stellen.

Andreas Flückiger (SP) für die Kommission PVS: Die PVS ist in der PRD zuständig für das Bauinspektorat, das Stadtplanungsamt und die Stadtentwicklung und äussert sich folglich nur zu diesen Bereichen. Ein Dank an die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung unserer Fragen.

Offene Fragen gibt es noch im Zusammenhang mit der EURO 08, aber sie sind nicht relevant für das PGB 2007. Die Dienststelle Stadtentwicklung ist aus Sicht der PVS im Moment noch zu wenig fassbar, ihre Tätigkeit sollte in Zukunft weiter konkretisiert und in Budget wie Rechnung formeller abgebildet werden. Es fehlen klare Kennzahlen zur Wohnbautätigkeit, obwohl die Wohnbauförderung eines der erstrangigen Legislaturziele ist. Die PVS ist auch der Ansicht, dass die Stadt eine sozialräumliche Planung anpacken sollte. Dazu liegt Ihnen allen die Sozialraumstudie 2000 vor, ein sehr aufschlussreicher und wertvoller Bericht mit quartierspezifischen Informationen. Auf dieser Basis müssten jetzt nach Möglichkeiten entsprechende Massnahmen getroffen werden. Die Verwaltung hat sich bereit erklärt, in dieser Richtung aktiv zu werden. Die PVS stellt keine finanzrelevanten Anträge, sie schlägt aber einige geringfügige Änderungen vor bei den übergeordneten Zielen. Sie betreffen aber nicht wie auf dem Papier festgehalten das Stadtplanungsamt, sondern die Stadtentwicklung. Dazu kommt eine Ergänzung bei der Zielüberprüfung. Die Verwaltung ist mit diesen Anpassungen einverstanden. Wir sind überzeugt, dass sich Bern deutlicher als Bundesstadt und als „National-Liga-A-Spielerin“ positionieren muss, deshalb die redaktionellen Präzisierungen. Der SVP-Antrag auf Abschaffung der Stadtbildkommission wurde nicht in der PVS eingebracht, die PVS kann also nicht zur Meinungsbildung beitragen.

Die PVS stimmt dem Budget, so weit es in ihrer Zuständigkeit liegt, grossmehrheitlich zu.

S. 86 / 92; Gleichstellung (100300)	Antrag (2) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung Nettokredit „Dir.stab, Gleichstellung, Rechtsdienst“ um Fr. 403'081.76 (Kosten und Erlöse) durch Streichung Nettokredit für Produktegruppe Gleichstellung (100300) → Abschaffung der Fachstelle Gleichstellung von Frau und Mann
---	--	--

Beschluss

Der Antrag (2) SVP/JSVP zu S. 86/92 wird mit 42 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltungen abgelehnt.

S. 99; Abt. Kulturelles (110)	Antrag (3) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung Nettokredit Abt. Kulturelles um Fr. 326'000.- → Streichung zusätzliche Stellenanteile bei Kulturinformation (110010) Fr. 65'000.- → Streichung Beiträge für Zwischennutzung Progr und Kostenumlagerungen im Alten Schlachthaus (100020) Fr. 261'000.-
-------------------------------	--	--

Beschluss

Der Antrag (3) SVP/JSVP zu S. 99 wird mit 51 : 3 Stimmen abgelehnt.

S. 101 f.; Kulturförderung (110000)	Antrag (4) SP/JUSO; Hinweise zur Zielüberprüfung / Kennzahlen	Hinweise zur Zielüberprüfung 2. Lemma ergänzen: „Jährliche Auswertung ausgewiesen nach Geschlecht unter Einbezug (...)“ Ergänzung der Kennzahlen 1–4 1) Anzahl Gesuche nach Geschlecht 2) Anzahl formell unterstützbarer Gesuche nach Geschlecht 3) Anzahl unterstützter Gesuche nach Geschlecht Anzahl ermöglichter Projekte nach Geschlecht
-------------------------------------	--	--

Patrizia Mordini (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Eine Studie mit dem Titel „Kulturförderung unter der Gleichstellungslupe“, die im Auftrag der Abteilung Kulturelles und der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann durchgeführt wurde, ging der Frage nach, ob unter den Kulturschaffenden Frauen und Männer gleichermaßen in den Genuss finanzieller Unterstützung durch die Stadt kommen. Sie zeigt auf, dass in den untersuchten Sparten geschlechterbezogene Ungleichheiten bestehen. Als grundlegendes Problem wurde allerdings bezeichnet, dass Lücken in der Erhebung und Auswertung der Anträge von Kulturschaffenden nach Geschlecht bestehen. Heutzutage sollten Erhebungen und Ausweisungen nach dem Geschlecht bei der Stadt wie beim Bund eine Selbstverständlichkeit sein, diese Lücken sind deshalb zu schliessen. Eine derartige Statistik bietet nicht nur Transparenz und ein vollständiges Bild bezüglich Geschlechterverhältnis in der Förderung von Kulturschaffenden, sie bildet auch eine notwendige Grundlage, um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Fördermechanismen zu analysieren, eventuelle geschlechterrelevante Schwachstellen aufzudecken und schliesslich geeignete Massnahmen zu ergreifen. Wir empfehlen den Antrag zur Annahme.

Beschluss

Der Antrag (4) SP/JUSO zu S. 101f. wird mit 37 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

S. 105; Denkmalpflege (120)	Antrag (5) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung Nettokredit (Kosten) Denkmalpflege um 20% (Fr. 501'0759.84 statt Fr. 627'199.80)
-----------------------------	--	---

Beschluss

Der Antrag (5) SVP/JSVP zu S. 105 wird mit 39 : 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsident *Peter Künzler*: Wie bereits erwähnt, ist in den Anträgen S. 112 „Stadtplanungsamt“ zu ersetzen durch **Stadtentwicklung**. Zu Antrag (6) liegt ein Ergänzungsantrag (6a) vor von Daniele Jenni.

S. 112; Stadtentwicklung (130100)	Antrag (6) PVS; Übergeordnete Ziele; 2. Lemma	Ergänzen: „Die Wohnbautätigkeit zielt darauf ab, die gemeinderätlichen Ziele zur Förderung der Wohnstadt Bern umzu-
-----------------------------------	--	---

setzen und insbesondere **im Hinblick auf ein Bevölkerungswachstum** ein angemessenes Wohnungsangebot **für eine sozial durchmischte Bevölkerung** bereitzustellen.“

S. 112; Stadtentwicklung (130100)	Antrag (6a) Daniele Jenni, GPB; Übergeordnete Ziele; 2. Lemma	Ergänzen: „...ein angemessenes preisgünstiges und erschwingliches Wohnungsangebot für eine sozial durchmischte Bevölkerung bereitzustellen.“
-----------------------------------	---	---

Christoph Müller (FDP) für die Kommission PVS: Wir haben verschiedene Varianten des Vorstosses geprüft, auch in die Richtung, in die Herrn Jenni Antrag geht, schliesslich haben wir uns einstimmig für die Variante ausgesprochen, die hier vorliegt.

Daniele Jenni (GPB): Ich habe einen Antrag zu S. 112 Stadtplanungsamt (130100): Es geht um die Definition der Ziele, welche die Wohnbautätigkeit verfolgt. Es ist relevant zu sagen, welche Kreise und welche Bedürfnisse man mit der Wohnbautätigkeit befriedigen will. Eine sozial durchmischte Bevölkerung ist als Ziel in Ordnung, aber es gibt Kreise, die ein prioritäres Bedürfnis nach preisgünstigem und erschwinglichem Wohnraum haben, und das muss deutlich so gesagt werden.

Beschlüsse

1. Die Variante PVS (6) obsiegt mit 37 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung über die Variante Jenni (PGB) (6a).
2. Der Antrag (6) PVS zu S. 112 wird stillschweigend angenommen.

S. 112; Stadtentwicklung (130100)	Antrag (7) PVS; Übergeordnete Ziele	Übergeordnete Ziele, 4. Lemma ergänzen: (...) im regionalen, kantonalen und nationalen Kontext sowie als Bundesstadt.
-----------------------------------	-------------------------------------	---

S. 115; Bauinspektorat (150)	Antrag (8) SVP/JSVP; Nettokosten	Kürzung Nettokredit (Kosten) Bauinspektorat um Fr. 173'000.- auf Fr. 1'621'431.35 zulasten Produkt Bausgesuche (150010) → Abschaffung Stadtbildkommission
------------------------------	----------------------------------	---

S. 138, Stadtplanungsamt (170500)	Antrag (9) PVS; Hinweise zu Zielüberprüfung	Hinweise zur Zielüberprüfung, 1. Lemma ergänzen: „Fachleute, Verantwortliche anderer Stadtplanungsämter und Hochschulen sowie die Quartierorganisationen anerkennen die Qualität der Planungen. Das Stadtplanungsamt trägt insbesondere zur Sicherung der Planungsqualität bei, indem es sich für die Einhaltung der öffentlichen Verfahren einsetzt. Mit den Nachbargemeinden (...)“
-----------------------------------	---	--

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Ich hatte mich auf die Anträge der SVP fundiert vorbereitet, ich verzichte im Interesse eines raschen Vorankommens mit den Geschäften auf das entsprechende Votum.

Beschlüsse

1. Der Antrag PVS (7) zu S. 112 wird stillschweigend angenommen.
2. Der Antrag (8) SVP/JSVP zu S. 115 wird mit 49 : 3 Stimmen abgelehnt.
3. Der Antrag (9) PVS zu S. 138 wird stillschweigend angenommen.
4. Das Produktegruppen-Budget der Präsidialdirektion wird vom Stadtrat mit 38 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Franziska Schnyder (GB) für die Kommission FSU: Ich springe kurzfristig für den Präsidenten der Kommission ein und werde mich kurz halten. Die FSU beantragt, dass im AfUL nicht gekürzt wird, sondern um 250'000.00 Franken aufgestockt. Thomas Göttin wird dazu Erläuterungen liefern. Im Weiteren stellt die FSU verschiedene Änderungsanträge betreffend Steuerungsvorgaben, sie sind alle unbestritten. Den vorgesehenen Antrag um Aufstockung des Polizeiinspektorats um einige Stellen wird die FSU nach erneuter Diskussion nicht stellen. Das Geschäft ist zuwenig ausgereift, als dass es im laufenden Budgetprozess eingebracht werden könnte. Für 2008 ist, wie aus dem IAFP ersichtlich, eine entsprechende Budgeterhöhung geplant. Die FSU empfiehlt dem Stadtrat das SUE-Budget mit 8 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zur Annahme.

S. 158, Aufrechterhaltung Sicherheit und Ordnung (210120)	Antrag (10) Jenni; Bruttokosten	<p>Kürzung Bruttokosten Bruttokosten des Produkts „Aufrechterhaltung Sicherheit und Ordnung“ (P210120) auf den Stand des Budgets 2006 reduzieren: <u>Fr. 12'628'380.23</u> statt Fr. 13'466'341.83 (minus Fr. 837'961.60)*</p>
S. 164, Verkehrskontrollen (210340)		<p>Erhöhung Bruttokosten Bruttokosten des Produkts „Verkehrskontrollen“ (P210340) um die Kürzung bei „Aufrechterhaltung Sicherheit und Ordnung (P210120) erhöhen: <u>Fr. 12'479'812.78</u> statt Fr. 11'641'851.18 (plus Fr. 837'961.60)*</p> <p>* Die beiden Antragsteile zu „Aufrechterhaltung Sicherheit und Ordnung“ und „Verkehrskontrollen“ neutralisieren sich gegenseitig (<i>Kompensation</i>)</p>
S. 159, Sicherheit und Ordnung (210100)	Antrag (11) Jenni, Hinweise zur Zielüberprüfung	<p>Ergänzung der Hinweise zur Zielüberprüfung Neues Lemma: - der Notwendigkeit der im öffentlichen Raum und auf den PSP vorgenommenen Personenüberprüfungen an Hand des Verhältnisses zwischen deren Anzahl und der Zahl der dadurch ausgelösten Verfahren</p>
S. 159, Sicherheit und Ordnung (210100) S. 165, Verkehrssicherheit	Antrag (12) Jenni, Steuerungsvorgabe	<p>Änderung Steuerungsvorgaben S. 159 (1) Uniformierte sichtbare Präsenz pro Jahr in Stunden, SOLL 2007: 40'000 [statt 65'000]* S. 165 (1) Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich in Stunden, SOLL 2007: 80'000 [statt 55'000]^{1*}</p>

¹ Beibehaltung des Ist-Zustandes 2005 (IST = 79'442).

(210300)

*** Die beiden Antragsteile zu „Sicherheit und Ordnung“ und „Verkehrssicherheit“ kompensieren sich (Umlagerung von 25'000 Stunden zur Verkehrssicherheit)**

Daniele Jenni (GPB): Der Antrag S. 158/164 steht in Zusammenhang mit meinen Anträgen in zum Aufgaben- und Finanzplan. Ich sagte dort, dass es nötig sei, die Prioritäten anders zu setzen als bisher. Und namentlich ist es nötig, die bis jetzt heilig gehaltene und nicht hinterfragbare Priorität der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, der inneren Sicherheit generell, zu hinterfragen. Im 2006 wurden für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung 837'900.00 Franken weniger budgetiert als dieses Jahr. Ich meine, dass die Budgetierung, wie sie für das 2006 erfolgte, auch für das Budget 2007 völlig ausreicht. Es handelt sich nicht um eine grosse Senkung des Budgetpostens, aber es ist immerhin das Zeichen einer beginnenden Verschiebung der bisherigen Prioritäten. Das so eingesparte Geld soll bei den Verkehrskontrollen aufgestockt werden. Verkehrskontrollen verhindern sehr viel schwerere Beeinträchtigungen von Leib und Leben und auch von Vermögen, als dies die reine Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in vielen Fällen vermag. Die Umlagerung der recht bescheidenen Summe rechtfertigt sich also. Ich bitte darum, durchaus im Sinne eines politischen Antrags, das entsprechende Zeichen zu setzen, dass die innere Sicherheit nicht absolute Priorität hat, dass es Bereiche gibt, die mit ihr verglichen werden müssen und bei denen man zum Schluss kommt, dass sie letztlich, was den finanziellen Einsatz betrifft, wichtiger sind, wie eben z.B. die Verkehrskontrollen.

Der Antrag S. 159 betrifft die Hinweise zur Zielüberprüfung. Innerhalb der Rubrik Sicherheit und Ordnung werden Kriterien aufgestellt, mit deren Hilfe kontrolliert werden soll, ob die definierten Ziele überhaupt erreicht werden. Hinter meinem Antrag um einen Zusatz steht folgende Überlegung: Kontrollen sind dann gerechtfertigt, wenn sie nicht aufs Geratewohl oder nach nicht klar definierbaren Kriterien erfolgen, sondern effektiv zur Einleitung von Verfahren führen, wenn sie also einen realen Hintergrund haben. Die Einleitung eines Verfahrens ist natürlich nicht ein restlos klares Kriterium, ein Verfahren kann ja auch eingestellt werden, oder vor Gericht kommt es zu einem Freispruch, aber es zeigt doch, dass eine Überprüfung nötig war. Wird bei diesen Zielüberprüfungen festgestellt, dass sehr viele Kontrollen stattfinden ohne diese Verfahrensfolgen, muss man sich fragen, ob sie wirklich nötig sind oder ob sie nicht in Richtung Schikane und öffentliche Verunsicherung gehen. Die Erfolgskontrolle untersucht also, ob die Anzahl der Kontrollen im Verhältnis zur Anzahl Verfahren steht, die auf Grund dieser Kontrollen eröffnet wurden. Diese Zielüberprüfung wäre sehr nützlich, und sie würde klarer machen, wie weit durchgeführte Kontrollen in ihrer Allgemeinheit begründet sind oder eben nicht. Dass staatliches Eingreifen zielkonform sein muss, ist eine rechtsstaatliche Forderung, folglich muss auch das notwendige Kontrollmedium existieren.

Der Antrag S. 159/165 verlangt, dass der Ist-Zustand der Kontrollen im Verkehrsbereich von 79'442 beibehalten und im Budget verankert wird. Als Kompensation soll die sichtbare uniformierte Präsenz, die einzig einem subjektiven Sicherheitsgefühl dient und in keiner Art und Weise mit der realen Sicherheitslage übereinstimmen muss, auf 40'000 Stunden reduziert werden. Ich bitte darum, die Verschiebung, die ich ganz klar auch als politische Schwerpunktsetzung verstehe, nachzuvollziehen und dem Antrag zuzustimmen.

Ratspräsident *Peter Künzler*: Auf die Anträge Jenni folgt ein Antrag der Fraktion SVP/JSVP, der in einem sachlichen Zusammenhang steht mit dem ersten Antrag Jenni. Weil es sich dabei nicht genau um ein Gegenstück handelt, lassen sich die beiden nicht eventual gegenüberstellen. Ich schlage vor, dass wir über diese beiden Anträge (10) Jenni und (13) SVP/JSVP unmittelbar nacheinander abstimmen. Sollten beide angenommen werden, müssten wir uns

über die weiteren Folgen Gedanken machen. Anschliessend folgt die Abstimmungen zu den Anträgen (11) und (12).

S. 164, Verkehrs- kontrollen (210340)	Antrag (13) SVP/JSVP; Bruttokosten und Erlöse	Senkung Bruttokosten Verkehrskontrollen um 30% (Fr. 3'492'555.35) von Fr. 11'641'851.18 auf Fr. 8'149'295.83 Senkung Erlös um Fr. 4'628'466.65 ² von Fr. 12'777'762.50 auf Fr. 8'149'295.85.
---	--	---

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Beim Antrag (13) SVP/JSVP handelt es sich um ein erstes Beispiel einer Inputsteuerung, die nicht NSB-kompatibel ist. Schon allein aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab. Daniele Jenni hat sich die Mühe gemacht, mit seinen Anträgen auch auf der output-Seite zu steuern.

Beschlüsse

1. Der Antrag (13) SVP/JSVP zu S. 164 wird mit 50 : 1 Stimmen abgelehnt.
2. Der Antrag (10) Jenni zu S. 158/164 wird mit 38 : 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
3. Der Antrag (11) Jenni zu S. 159 wird mit 41 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
4. Der Antrag (12) Jenni zu S. 159/165 wird mit 40 : 14 Stimmen abgelehnt.

S. 168; Umwelt- schutz (220100)	Antrag (14) FSU/Antrag GB/JA!; Netto- kredit Antrag (14a) GB/Ja!; Kom- pensation	Erhöhung Nettokredit (Kosten) AfUL (220) um Fr. 250'000: Produkt Lokale Agenda 21 (P220140) wird wieder ins Budget aufgenommen mit Fr. 250'000 Zusatzantrag GB/JA!: Kompensation Die Hälfte des neu in Budget aufzunehmenden Betrages für die Lokale Agenda 21 (220140), nämlich Fr. 125'000, muss innerhalb der Direktion SUE kompensiert werden.
------------------------------------	--	--

Thomas Göttin (SP) für die Kommission FSU: Vor Kurzem wurde hier im Rat die Motion Weil zur Abschaffung der LA 21 diskutiert, ich stütze mich in meinem Votum auf das damalige Plädoyer der zuständigen Gemeinderätin und die Antwort des Gemeinderates zu Gunsten der LA 21. Unter anderem hielt der Gemeinderat dort fest, dass viele Probleme der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene anzupacken seien, dass die Legislaturrichtlinien 2005-2008 die Nachhaltigkeit als oberstes Ziel hätten, und dass bei der LA 21 nicht der Vollzug des Umweltrechts im Vordergrund stehe, sondern das persönliche Engagement, das die Einsicht in gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge fördere. Bereits im Wissen darum, dass der Gemeinderat die LA 21 streichen will – „unschön“ sei dieses Aussenden unterschiedlicher Signale, sagte Frau Hayoz dazu im Rat – hat der Stadtrat die Motion Weil am 9. Juli 2006 mit 40 : 22 Stimmen abgelehnt. Die FSU ist mehrheitlich der Meinung, dass diesem politischen Entscheid des Stadtrats auch im Budget Rechnung zu tragen sei. Selbst wenn bei der LA 21 Kürzungen von 250'000.00 Franken wieder aufgehoben werden, ist in Rechnung zu stellen, dass beim AfUL im Bereich Umweltschutz zusätzlich 300'000.00 Franken an Honoraren gekürzt wurden, angesichts der Wichtigkeit des Themas eine beträchtliche Summe. Persönlich glaube ich, dass man über die Ausrichtung der LA-21-Projekte – wie viel Partizipation, wie

² Die Verkehrskontrollen haben im Sinne der Verkehrssicherheit lediglich kostendeckend und nicht gewinnbringend zu erfolgen.

viel Marketing, was für Themen – durchaus streiten kann. Aber gerade weil Umweltschutz auf lokaler Ebene, im persönlichen Engagement, aber auch als wirtschaftliche Innovation eine Chance sein kann für Bern, hoffe ich, wir finden in Zukunft eine konstruktivere Form für Umweltpolitik als das Hickhack um diesen Budget-Posten. Die FSU beantragt mit 7 : 2 Stimmen die Wiederaufnahme ins Budget dieser LA-21-Gelder in der Höhe von 250'000.00 Franken. Sie hat diesen Entscheid auch nach der BAK-Sitzung bestätigt.

Conradin Conzetti (GFL) für die Kommission BAK: Die BAK hat den Antrag der FSU lebhaft diskutiert, selbstverständlich mit gegensätzlichen Meinungen. Als Gegenmeinung wurde geäussert, es sei nicht wirklich einsehbar, was das Programm der LA 21 eigentlich bezwecke, dass es nicht nachhaltig sei oder dass es nachhaltigere Positionen gebe, und dass hier eine gute Sparmöglichkeit vorliege, wenn der entsprechende Vorschlag schon aus dem Gemeinderat komme. Zugunsten der Wiederaufnahme dieser 250'000.00 Franken wurde geäussert, die Projekte in Sachen Umweltschutz und CO₂-Thematik seien weiterzuführen. Zu den finanziellen kamen natürlich jeweils auch politische Überlegungen. Das Resultat der BAK: Sie unterstützt den FSU-Antrag mit 5 : 4 Stimmen mit 2 Enthaltungen. Allerdings sollte nach Möglichkeit innerhalb der SUE eine Kompensation erfolgen, sie hat ja immerhin einen Umsatz von 150 Mio Franken.

Karin Gasser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Auch die Fraktion GB/JA! stellt den Antrag, die LA 21 beizubehalten. Eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Bern, d.h. eine Entwicklung, die Rücksicht nimmt auf die Wirtschaft, auf soziale Aspekte und auf die Umwelt, ist unser Kernanliegen, und sie steht auch als oberste Leitlinie in den Legislaturrichtlinien des Gemeinderates. Nachhaltig kann sich eine Stadt nur entwickeln, wenn sie gut mit der Bevölkerung zusammenarbeitet, wenn sie auf deren Bedürfnisse eingeht, Eigeninitiative fördert, die Leute zum Denken anregt und gute Projekte unterstützt, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind. Genau das macht die LA 21. Die Fraktion GB/JA! kann deshalb nicht verstehen, warum der Gemeinderat, der sich doch selber nachhaltige Entwicklung als Ziel gesetzt hat, diese LA 21 jetzt aus dem Budget streichen will. Wir stellen deshalb den Antrag, die 250'000.00 Franken wieder in das Budget aufzunehmen, so dass die LA 21 weitergeführt werden kann. Die Berner LA 21 hat in den letzten Jahren an Drive und an Ausstrahlung gewonnen, der Publikumswettbewerb und die Ausstellung der eingereichten Projekte letztes Jahr im Kornhaus z.B. haben grossen Anklang gefunden. Eben wurde die Klima-Kampagne „Bern atmet durch“ lanciert, sie ist wichtig, um die energiepolitischen Ziele der Stadt Bern zu erreichen. Bis August 2007 sollen 1'000 Tonnen CO₂ eingespart werden. Dafür wurde unter Anderem erst vor kurzem eine Klimaplattform der Wirtschaft gegründet mit Firmen aus der Stadt und Region Bern. Eine Streichung der LA 21 hätte beispielsweise zur Folge, dass diese Kampagne nicht mehr mit den nötigen Ressourcen weitergeführt werden kann. Wir finden es unverantwortlich, die LA 21 jetzt aus Spargründen zu stoppen. Wir bitten, unserem Antrag auf Beibehaltung der 250'000.00 Franken im Budget zuzustimmen. Aus Rücksicht auf die finanzielle Situation der Stadt Bern stellen wir den Zusatzantrag, dass die Hälfte dieses Betrags innerhalb der Direktion SUE kompensiert werden muss, Natalie Imboden hat in ihrem Votum bereits konkretisiert, wie dies umgesetzt werden könnte.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion überlegt sich gut, ob sie Sachen wieder ins Budget packen will oder nicht. Bei der LA 21 waren wir uns aber diesbezüglich einig. Wer die Aktivitäten der LA 21 verfolgt, weiss, dass bei budgetierten 250'000.00 Franken wahrscheinlich Leistungen für ca. 1 Mio Franken erbracht werden. Nicht nur von der Verwaltung, sondern von sehr vielen Bernerinnen und Bernern, die im Rahmen dieser Projekte freiwillige und ehrenamtliche Arbeit leisten, mit viel Kreativität, Idealismus, Verantwortung, Ei-

geninitiative und Innovation. Sie machen viel für die Wohnqualität der Stadt, für die Natur, für die Luft, für den sparsamen Energieverbrauch, für das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen. Es gibt viele Ideen, viele Projekte, von denen manche besser reüssieren, andere weniger. Das ist manchmal das Los beim Ausprobieren von Neuem. Stichworte: Über 100 eingereichte Filme zur CO₂-Reduktion, eine Pilotschule für faire Schulselektion für Migrantinnen und Migranten, die Tour de Berne zur Förderung des Nahtourismus, die zusammen mit der Raiffeisenbank unterstützt wird, und schliesslich die Klimaplattform, in deren Rahmen mit Berner Firmen eine Vereinbarung getroffen wurde zur CO₂-Reduktion. Diese Vereinbarung ist auf mehrere Jahre ausgelegt, und wenn die Stadt als Vereinbarungspartner aussteigt, bleibt wenig übrig an Glaubwürdigkeit. Die LA 21 war vor wenigen Jahren noch auf 500'000.00 Franken, heute auf 250'000.00 Franken. Sie hat also ihren Beitrag an die Sparmassnahmen geleistet, und die Fraktion SP/JUSO wird dem jetzt einstimmig eine Grenze setzen.

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Ich danke Karin Gasser für ihr wohlwollendes Votum, wonach die Aktion in den letzten Jahren, seit Frau Hayoz für die Direktion zuständig ist, an Bedeutung gewonnen habe. Das stimmt, nach dem reinen Aktivismus der früheren Jahre versucht man dieser Aktion jetzt etwas Hand und Fuss zu geben. Wir lehnen den Antrag trotzdem ab, weil wir ja irgendwo noch 20, 40, 50 Mio Franken sparen sollten. Die LA 21 ist einer der wenigen Budgetposten, bei denen der Gemeinderat wenigstens einen gewissen Sparwillen gezeigt hat, und wir senden hier ein völlig falsches Signal an den Gemeinderat, wenn wir praktisch das Einzige, das er einsparen wollte, gleich wieder in das Budget aufnehmen. Ich begreife in diesem Fall, wenn der Gemeinderat nicht sehr sparwillig ist, und ich möchte auch wissen, wie es am runden Tisch aussehen wird, wenn bei jedem Vorschlag des Gemeinderats wieder „zugemacht“ wird. Zudem darf man nicht sagen, dass in Bern, weder in der Regierung noch in der Bevölkerung, der Öffentlichkeit oder der Medien, das Thema Umwelt völlig untergegangen sei, sei es wegen der LA 21 oder allgemein der Bewusstseinsbildung wegen. In diesem Fall muss man sagen, dass man bei unserem Budget im Moment darauf verzichten kann, und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion stimmt dem Antrag zu, wir finden es aber sinnvoll, dass man in naher Zukunft die LA-21-Projekte im Einzelnen überprüft. Allerdings finden wir es nicht richtig, dass dies im Rahmen des Budgets und in global geschieht. Wir möchten die LA 21 also nicht als Ganzes rauswerfen, wir meinen, dass einzelne Projekte durchaus sinnvoll sind, dass sich damit durchaus Nachhaltigkeit fördern lässt, dass sie sehr breit gefächert sind, auch im sozialen Bereich. Unser Fazit: Wir befürworten den Grundgedanken von LA 21, wir finden es ein sinnvolles Instrument für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Deshalb sind wir gegen eine globale Streichung im Sinne eines Rundumschlags. Zum Zusatzantrag der Fraktion GB/JA! haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Direktorin SUE *Barbara Hayoz* für den Gemeinderat: Die Diskussion über den Sinn von einzelnen Projekten überlasse ich dem Rat, ich äussere mich nur zum Antrag der Kompensation der Fraktion GB/JA!. In der Begründung zum Kompensationsantrag betreffend LA 21 hat Natalie Imboden den Antrag gleich selber erledigt, er ist so nicht umsetzbar. Der Mediendienst der Polizei ist kein Produkt, sondern er verteilt sich auf verschiedene Produkte der Polizei. Er ist eine Kostenstelle, die umgelagert wird, der Antrag ist also nicht NSB-konform. Ich bitte darum, dass NSB-konforme Anträge zu Steuerungsvorgaben gestellt werden. Ein solcher Antrag liegt heute meines Wissens nicht vor, und es geht nicht an, dass in einem Rundumschlag und aus der Luft gegriffen ein Antrag zum Mediendienst der Polizei gestellt wird. Zum Vorschlag, beim Mediendienst Einsparungen vorzunehmen, nehme ich das Votum von Raymond

Anliker auf: Das würde Kündigung von Mitarbeitenden bedeuten, sehr kurzfristig und menschenverachtend, und würde eventuell sogar in einem Rechtshandel enden. Zum Vorwurf von heute Abend an die Bürgerlichen, dass sie immer bei den gleichen Themen sparen wollen, nämlich Gleichstellung, Ombudsstelle und Integration, kann ich nur das Selbe sagen gerichtet an das Grüne Bündnis: Sie versuchen immer, bei der Sicherheit Abstriche zu machen.

Beschluss

Der Antrag (14) FSU zu S. 168 wird mit 40 : 16 Stimmen angenommen.

BAK-Präsident *Hans Peter Aeberhard* (FDP): Die BAK hat laut Protokoll den Auftrag, dem Stadtrat zu beantragen, dass die Erhöhung um 250'000.00 Franken gutgeheissen wird, bei gleichzeitiger Kompensation des ganzen Betrags. Das war ein Antrag, und er wurde von Conradin Conzetti im Namen der BAK hier so wiedergegeben, aber vielleicht vom Ratspräsidium nicht in dieser Form aufgenommen. Über diesen Antrag muss ebenfalls abgestimmt werden.

Ratspräsident *Peter Künzler*: Wir bereinigen also zuerst die beiden Kompensationsanträge gegeneinander. Volle Kompensation von BAK-Seite, Kompensation von 125'000.00 Franken von Seiten GB/JA!

Beschluss

Der Zusatzantrag (14a) GB/JA! zu S. 168 obsiegt mit 26 : 20 Stimmen bei 10 Enthaltungen über den Zusatzantrag der BAK.

Peter Künzler: Jetzt folgt die Gegenüberstellung von Antrag 14a und Variante Gemeinderat mit Verzicht auf Kompensation.

Beschluss

Der Zusatzantrag (14a) GB/JA! zu S. 168 wird mit 32 : 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

S. 168 /171; Umweltschutz (220100)	Antrag (15) SP/JUSO; Net- tokredit und Steuerungsvor- gabe	Erhöhung Nettokredit AfUL (220) um Fr. 57'000 zu- gunsten PG 220100 Umweltschutz (neu Fr. 2'887'894.77) Neue Steuerungsvorgabe 13: 13) Anzahl Messungen der Immissions-Grenzwerte von UMTS-Mobilfunkantennen an OMEN: SOLL = 20 ³
--	--	---

Corinne Mathieu (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das Konzept für die Durchführung der Messungen ist ausgearbeitet, es wurden sogar bereits Offerten von Messfirmen eingeholt, es fehlt

³ Begründung: In seiner Antwort auf die Motion Mathieu/Flückiger/Jordi (Umsetzung der Verordnung über die Nicht-ionisierende Strahlung (NISV) in der Stadt Bern) vom Juli 06 schreibt der Gemeinderat: „Für die Stadt Bern wurde deshalb im Sinne der Motion ein Konzept für eine einmalige Messung an 20 repräsentativen Standorten ausgearbeitet. (...) Diese Immissionsmessungen könnten umgehend gestartet werden. (...) Da aber die Messungen nicht in die Zuständigkeit der Stadt Bern fallen, ist der Gemeinderat nicht bereit, diese durchzuführen.“ Die Motion wurde als Postulat überwiesen. Dies bedeutet ein klares Signal FÜR die Messung an 20 OMEN, wie in der Antwort beschrieben.

nur noch das Geld, um die Messungen durchzuführen. Mit diesem Antrag will die Fraktion SP/JUSO dem Gemeinderat die Möglichkeit geben zu beweisen, dass es ihm mit der Gesundheitsförderung der Bevölkerung in der Stadt Bern ernst ist.

Christian Wasserfallen (JF): Ihre Anträge zu UMTS – es wird später ein weiterer folgen – kann man vergessen: Das BECO hat dazu ein Papier verfasst, wonach das Aufstellen dieser Art von Antennen dazu verpflichtet, ein Qualitätssicherungssystem einzurichten, welches sämtliche Komponenten, Geräteeinstellungen und Betriebsabläufe erfasst, die einen Einfluss auf die NISV-Immissionen haben können. Das Qualitätssicherungssystem geht sogar über das explizite Anliegen des Bundesgerichts hinaus – ich komme später darauf zurück – , indem es nicht nur neue, sondern sämtliche Mobilfunksendeanlagen und nicht nur die Kontrolle der Sendeleistung, sondern auch die stark belastungsbestimmten Sendeeinrichtungen mit einschliesst. Es wird weiter festgehalten, dass eine neue Antenne nur aufgestellt werden darf, wenn diese Auflagen erfüllt sind. Warum sollen also in Budgetvorgaben Sachen vorgeschrieben werden, die ohnehin gemacht werden, und dies wahrscheinlicher gründlicher, als dies die Antragsteller wollen?

Karin Gasser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen. Wir finden diese Art von Immissionsmessungen zwar grundsätzlich wichtig für das Gewinnen von zusätzlichen Erkenntnissen zur Strahlenbelastung in Bern – wir haben ja auch das entsprechende Postulat unterstützt – aber wir sind nicht der Meinung, dass die Stadt Bern derart aufwendige und teure Messung allein finanzieren muss. Der Kanton, der Bund, die Mobilfunkanbieter und eventuell weitere Institutionen müssen hier Hand bieten. Wir wollen den Bericht zum Postulat der SP/JUSO abwarten, das ja erheblich erklärt wurde.

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Wenn es den Mitgliedern der SP wirklich ernst ist mit dem Sparen, ist hier eine Möglichkeit dazu. Ich bitte Sie, den Antrag zurückzuziehen oder wenigstens gegen ihn zu stimmen. Hier geht es darum, etwas zu machen, was die Stadt Bern mit dem Geld, das ihr zur Verfügung steht, schlechter machen wird als es heute gemacht wird. Hier soll Geld zum Fenster rausgeworfen werden. Unsere Fraktion unterstützt zwar das Anliegen, aber es wird ja bereits umgesetzt, muss sogar umgesetzt werden. Es geht zwar nicht um sehr viel Geld, aber es geht um ein Zeichen.

Corinne Mathieu (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir werden den Antrag nicht zurückziehen. Die Ausführungen von Herrn Wasserfallen waren zwar interessant, aber der Gemeinderat hat sie interessanterweise in seiner Antwort auf unser Postulat mit keinem Wort erwähnt. Ich möchte deshalb vom Gemeinderat wissen, was hier Sache ist, welches seine Zuständigkeiten sind.

Beschluss

Der Antrag (15) SP/JUSO zu S. 168/171 wird mit 35 : 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

S. 168 / 169;	Antrag (16)	Kürzung Nettokredit (Kosten und Erlöse) AfUL
AfUL (220)	SVP/JSVP;	um Fr. 226'704.28 auf Fr. 3'224'891
	Nettokredit	→ Abschaffung Lokale Agenda 21

Ratspräsident *Peter Künzler*: Der Antrag ist meiner Meinung nach obsolet, wir haben über das Geschäft abgestimmt.

S. 168 / 169; AfUL (220)	Antrag (17) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung Nettokredit AfUL um Fr. 141'931.75 durch Senkung der Bruttokosten des Produkts „Energienstadt“ (Fr. 473'105.79) um 30%
-----------------------------	---	--

Beschluss

Der Antrag (17) SVP/JSVP zu S. 168/169 wird mit 50 : 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Persönliche Erklärung

Natalie Imboden (GB): Ich möchte noch einmal auf den Antrag zur LA 21 und zur Kompensation zurückkommen. Anscheinend hat mich die zuständige Direktorin falsch verstanden. Im vorliegenden Antrag steht klar, dass innerhalb der SUE kompensiert werden soll, ich habe den Mediendienst als Beispiel gebracht. Es wurde vorgebracht, dass der Antrag zur Folge habe, dass schon morgen einer Person gekündigt werden müsse. Ich gehe davon aus, dass man innerhalb der SUE prüft, wo man innerhalb des kommenden Jahres die Kompensation vornehmen kann. Ich finde es nicht richtig und auch nicht seriös, wenn man unserer Fraktion dieses Kompensationsantrags wegen den Vorwurf macht, sie provoziere damit eine Kündigung. Wir hoffen, dass die SUE eine Lösung findet.

S. 170; Umwelt- schutz (220100)	Antrag (18) FSU; Steuer- ungsvorgabe	Ersatzlose Streichung Steuerungsvorgaben 1 und 2
S. 170; Umwelt- schutz (220100)	Antrag (19) FSU; Steuer- ungsvorgabe	Änderung SOLL Steuerungsvorgabe 3a Neu: SOLL < 80 [statt 100] Änderung SOLL Steuerungsvorgabe 3b Neu: SOLL < 8 [statt 10] Ziel: lineare Senkung der Überschreitungen um jährlich 20 %
S. 171; Umwelt- schutz (220100)	Antrag (20) FSU; Steuer- ungsvorgabe	Änderung Steuerungsvorgabe 6; absolute Zahl durch Prozent ersetzen: Neu: SOLL 95 % [statt 4'700]
S. 171; Umwelt- schutz (220100)	Antrag (21) SP/JUSO; Steuerungs- vorgabe	Neue Steuerungsvorgabe 14) 14) Anzahl Überschreitungen Immissions- Grenzwerte der UMTS-Mobilfunkanlagen: SOLL = 0
S. 173; Lebens- mittelkontrolle (220200)	Antrag (22) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung Nettokredit AfUL um Fr. 268'268.45 durch Senkung der Bruttokosten des Produkts „Lebensmittelkontrolle“ (Fr. 670'671.16) um 40%
S. 177; Polizei- inspektorat (230)	Antrag (23) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung Nettokredit Polizeiinspektorat um Fr. 589'893.- durch Senkung der Bruttokosten des Produktgruppe „Gewerbe, Betriebe und Markt“ (Fr. 1'685'408.52) um 35%
S. 177; Polizei- inspektorat (230)	Antrag (24) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung Nettokredit Polizeiinspektorat um Fr. 1'401'102.15 durch Senkung der Bruttokosten des Produkts „Regelung des Einwohnerwesens“ (Fr. 7'005'510.71) um 20%

Beschlüsse

1. Die Anträge (18), (19) und (20) (FSU) zu den S: 170 und 171 sind nicht bestritten und werden stillschweigend angenommen.
2. Der Antrag (21) SP/JUSO zu S. 171 wird mit 26 : 25 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.
3. Der Antrag (22) SVP/JSVP zu S. 173 wird mit 53 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
4. Der Antrag (23) SVP/JSVP zu S. 177 wird mit 53 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
5. Der Antrag (24) SVP/JSVP zu S. 177 wird mit 52 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

S. 177 / 186 Polizeiinspekto- rat / Gewerbe, Betriebe und Markt (230300)	Antrag (25) GFL/EVP; Net- tokredit und Steuerungs- vorgaben	Erhöhung Nettokredit Polizeiinspektorat (230) um Fr. 100'000.- zugunsten Produkt „Gastgewerbe“ (230310) Erhöhung Steuerungsvorgabe 1) Monatliche Kontrollen im Bereich Gastgewerbe inkl. Jugendschutz (P310): SOLL 40 [statt 20]
--	---	---

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: In diesem Saal wird relativ oft über illegale Drogen oder Konsumierende von illegalen Drogen diskutiert. Im Moment sind aber Alkohol und Tabak bei Jugendlichen sehr viel mehr „in“ und stellen deshalb ein Problem dar. Für viele Jugendliche gehört es im Moment einfach dazu, dass man „saufen“ geht. Eines von vielen Mosaiksteinchen in der Bekämpfung des Alkoholkonsums unter Jugendlichen ist, dass der gesetzliche Jugendschutz auch tatsächlich durchgesetzt wird. An den gesetzlichen Grundlagen fehlt es nämlich nicht! Wir alle kennen die Plakätchen in Geschäften und Restaurants, die deklarieren, inwiefern Alkohol an Jugendliche verkauft werden darf. Diese Aushänge nützen allerdings wenig, wenn nicht kontrolliert wird. Diese Kontrollen sind Aufgabe der Stadt. Ab 2007 wird, wie wir eben in der Zeitung lesen konnten, der Kontrollbedarf noch grösser sein, weil im Kanton Bestimmungen in Kraft treten, die die Abgabe von Alkohol und Tabak an Jugendliche weiter verschärfen. Ich habe bereits erwähnt, dass diese Kontrollen Aufgabe der Stadt sind. Aber offenbar gab es in den letzten Jahren zu wenig Ressourcen, um eine genügende Anzahl Kontrollen durchzuführen. Das sieht man unter anderem daran, dass im Budget für 2005 zwanzig Kontrollen pro Monat vorgesehen waren, dass aber schliesslich jeweils nur 15 durchgeführt wurden. Eigentlich sollte es umgekehrt sein: Gerade der alarmierenden Zahlen wegen zum Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen sollten wesentlich mehr Kontrollen stattfinden. Zudem ist anzunehmen, dass auch viele Jugendliche aus der Agglomeration in der Stadt Alkohol konsumieren kommen, wo sie in der Anonymität verschwinden können. Die Fraktion GFL/EVP stellt deshalb den Antrag, 100'000.00 Franken zusätzlich für die Jugendschutz-Kontrolle zu sprechen und die Kontrollen von 20 auf 40 zu erhöhen. Wir sehen diesen Antrag als Tropfen auf einen heissen Stein und meinen, dass man in den kommenden Jahren weiter am Thema dran sein muss.

Franziska Schnyder (GB) für die Fraktion GB/JA!: Niemand in diesem Saal dürfte etwas gegen Jugendschutz haben und niemand möchte, dass Jugendliche zu Alkoholikern werden. Aber unsere Fraktion ist der Meinung, dass eine Budgetaufstockung nicht zum gewünschten Ziel führt. In der FSU wurde die Frage intensiv diskutiert und die Kommission verzichtete darauf, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Dies auch aus dem Grund, weil im IAFP für 2008 im Polizeiinspektorat unter „Gewerbe, Betriebe und Markt“, nachzulesen auf Seite 89, massiv höhere Nettokosten eingeplant sind. Eine Planung macht nur Sinn, wenn man sich einigermaßen daran hält, sonst gerät alles durcheinander. Zum Zweiten, und dies ein viel wichtigeres Argument: Bis heute konnte das Polizeiinspektorat kein überzeugendes Konzept

bezüglich Jugendschutz vorlegen. Jugendschutz lässt sich nicht allein durch Kontrollen in den Gastgewerbebetrieben gewährleisten. Das Problem stellt sich nicht in erster Linie dort, sondern im Detailhandel, insbesondere bei den Grossverteilern, aber auch in den Tankstellen-Shops. Dies zeigt sich auch nach den Versuchen in Köniz, wo Jugendliche unter 16 Jahren Testkäufe machten und ohne Probleme an Hochprozentiges herankamen. Der Alkoholkonsum in Gaststätten dagegen ist einigermaßen im Griff, durch die Sozialkontrolle der andern Gäste, vor allem aber durch die Preise. Das Polizeiinspektorat hat jetzt ein halbes Jahr Zeit, um ein Konzept zu erarbeiten, das insbesondere auch Testkäufe durch Jugendliche beinhaltet und eine konsequentere Kontrolle des Detailhandels mit einbezieht. Falls das Konzept Sinn macht, wird sich unsere Fraktion auf keinen Fall dagegen wehren. Die Erhöhung der Anzahl Kontrollen im Gastgewerbe macht das Problem nicht kleiner, sondern ist Problemlösung am falschen Ort. Es braucht auch eine eigene Steuerungsvorgabe im Bereich Jugendschutz, zu kontrollieren sind Restaurants, Verkaufsstellen und Events. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion GB/JA! den Antrag GFL/EVP ab.

BAK-Präsident *Hans Peter Aeberhard* (FDP): Der FSU-Antrag, der ja eine Aufstockung um 4 Vollstellen vorsah – wovon 1 Stelle im hier diskutierten Bereich – wurde in der BAK einstimmig mit 10 : 0 abgelehnt. Als Teilstück, aus diesem Gesamtthema herausgebrochen, unterstützt die BAK den Antrag GFL/EVP nicht.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP: Unsere Fraktion hat Verständnis für das Begehren. Es ist allgemein bekannt, dass das Polizeiinspektorat Probleme hat. Es gab bereits im 2001 ein entsprechendes Geschäft in der GPK, es kam anschliessend in die FSU: Das Polizeiinspektorat läuft am Limit, das kann hier vorausgesetzt werden. In der Kommission kam zur Sprache, dass sich die Budget-Vorgaben vermutlich gar nicht erfüllen lassen mit dem vorhandenen Personalbestand. Und das muss auch hier ganz klar gesagt werden. Für das vorliegende Begehren haben wir wie gesagt Verständnis, aber es handelt sich wirklich nur um einen Tropfen auf einen heissen Stein. Wenn zudem bei einer Erhöhung um „nur“ 100'000.00 Franken die Steuerungsvorgabe gleich um 100% erhöht wird, kann die FDP den Antrag grossmehrheitlich nicht unterstützen.

Corinne Mathieu (SP) für die für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion teilt die Besorgnis der Fraktion GFL/EVP betreffend Jugend und Alkohol. Der übermässige Alkoholkonsum ist zu einem grossen Problem geworden. Es ist richtig, den Verkauf von Alkohol an Jugendliche stärker zu kontrollieren, aber wir sind nicht überzeugt, ob die Massnahme, die von der Fraktion GFL/EVP vorgeschlagen wird, nicht recht weit am Ziel vorbeischießt. Die Jugendlichen beschaffen sich den Alkohol dort, wo er billig ist, das sind in erster Linie Lebensmittelgeschäfte und nicht Gaststätten. Wie wir den Antrag verstehen, sollen aber vor allem dort diese vermehrten Kontrollen stattfinden. Diese Kontrollen mit Scheinkäufen nach dem Muster von Köniz sind offenbar rechtlich nicht abgesichert. Aus diesem Grund wird in Bern auf diese Art von Kontrollen verzichtet. Und eine Kontrolle der Gaststätten bringt aus unserer Sicht nichts. Wir können deshalb dem Antrag leider nicht zustimmen.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Ich möchte den vorgebrachten Argumenten entgegen. Der IAFP ist mehr oder weniger eine Wunschliste. Wenn dort eine Kreditaufstockung vorgesehen ist, so ist noch lange nicht sicher, dass sie schliesslich auch im Budget auftaucht. Weiter: Ich habe mir vom Polizeiinspektorat das Konzept zeigen lassen für den Bereich Jugendschutz, es ist bereits einiges vorhanden. Und schliesslich wurde zwei Mal das Argument vorgebracht, es gehe in diesem Produkt nur um die Kontrolle von Restaurants. Dem ist nicht so, ich habe mich eben noch bei Polizeiinspektor Jean-Claude Hess versichert, dass

es allgemein um Verkaufsstellen geht; aber wir sind uns einig, dass dies aus dem Namen des Produkts nicht ersichtlich ist.

Beschluss

Der Antrag (25) GFL/EVP zu S. 177/186 wird mit 41 : 12 Stimmen abgelehnt.

S. 177 / 190 Polizeiinspek- torat/Regelung des Einwohner- wesens (230400)	Antrag (26) GFL/EVP; Net- tokredit und Steuerungsvor- gaben	Erhöhung Nettokredit Polizeiinspektorat (230) um Fr. 20'000.- zugunsten Produktegruppe „Rege- lung des Einwohnerwesens“ (230400) Neue Steuerungsvorgabe 6) Kontrolle in Nachtlokalen: SOLL 30 ⁴
--	---	---

Rania Bahnan Buechi (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Im Zusammenhang mit dem Thema „Cabaret-Tänzerinnen“ beantragt die Fraktion GFL/EVP eine Erhöhung der jährlichen Kontrollen durch die Fremdenpolizei von 20 auf 30. Unser Antrag hat nichts mit Police Bern zu tun. In den letzten Jahren wurde in verschiedenen Kantonen und Gemeinden eine Reihe von Massnahmen eingeführt, mit denen man versucht, die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse der Cabaret-Tänzerinnen zu verbessern. Trotz diesen Anstrengungen zeigt eine neue Studie vom schweizerischen Forum für Migration in Neuenburg, dass sich die Situation für diese Frauen kaum verändert hat. Gründe dafür gibt es viele: Vorgaben der Behörden werden nicht befolgt, Gesetze greifen nicht, die Frauen können sich nicht wehren usw. Sowohl von der Präventionsseite – etwa Xenia oder FIZ – als auch von Behördenseite werden Anstrengungen unternommen, um die Situation zu verbessern. Leider geschieht dies nicht immer koordiniert, weil Vorurteile die Zusammenarbeit verhindern. Aus dem Beispiel der schweizerischen Drogenpolitik könnten wir eigentlich gelernt haben, dass nur ein gemeinsames Vorgehen von Prävention und Repression Erfolg versprechend sein kann. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion GFL/EVP, dass die Kontrollen bei den Betreibenden von Nachtlokalen auf 30 erhöht werden. Die Stadt Bern hat in den letzten Jahren zusätzliche Auflagen und Bedingungen eingeführt, die nur Wirkung zeigen können, wenn sie auch regelmässig kontrolliert werden. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir diesen Teil der Arbeit mangels Ressourcen vernachlässigen müssen und wenn wir nur zusätzliche Ressourcen für die Prävention fordern, oder wenn wir nur auf das hinweisen, was nicht möglich ist. Es liegt auch an den Frauen selbst, sich dort zu wehren, wo es ihnen nicht schadet. Das setzt aber voraus, dass alle Beteiligten wissen, dass tatsächlich kontrolliert wird. Das gibt den Frauen, die sich wehren möchten, einen gewissen Rückhalt. Verstärkte Kontrollen können auch einen positiven Einfluss auf die Frauen haben, indem sie ihnen helfen, sich selbst zu helfen. Es ist uns bewusst, dass es sich hier nur um einen Tropfen auf einen heissen Stein handelt, aber wir finden es falsch, immer zu allen kleinen Schritten nein zu sagen, nur weil sich das Problem nicht sofort lösen lässt, oder weil wir eine ideologische Distanz zum repressiven Teil der Problemlösung entwickelt haben. Das Problem können wir nur zusammen lösen, in kleinen Schritten, und nicht indem wir immer nur

⁴ Begründung: Mit diesen Kontrollen soll die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen für Cabaret-tänzerinnen im Sinne des „Code of Conduct“ sichergestellt werden, die im Rahmen der eidgenössischen Kontrollstelle Menschenhandel/Menschenschmuggel (KSMM) erarbeitet wurden. Arbeitsverträge sollen eingehalten und der Zwang zu Alkoholkonsum und zur Prostitution verhindert werden (s. überwiesene Interfraktionelle Motion: Nachtlokale in Bern: Mehr Schutz der Tänzerinnen vor Ausbeutung).

sehen, was möglicherweise nicht geht und indem wir die Repression gegen die Prävention und die Beratung ausspielen.

Franziska Schnyder (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion ist auch hier dagegen, aus folgenden Gründen: Wir sind zwar sehr für Kontrollen der Arbeitsbedingungen von Tänzerinnen, aber das ist nicht Sache der Fremdenpolizei. Es handelt sich nämlich nicht um ein ausländerrechtliches Problem, wenn Tänzerinnen bei der Arbeit Alkohol konsumieren müssen, oder wenn ihr Lohn nicht ausbezahlt wird. Das ist ein arbeitsrechtliches Problem, und die Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen muss durch das Arbeitsinspektorat bzw. durch das BECO überprüft werden. Die Fremdenpolizei hat die ausländerrechtlichen Bestimmungen umzusetzen. Es wäre fatal, wenn wir heute 20'000.00 Franken sprächen, damit Alexander Ott, Bereichsleiter Fremdenpolizei noch etwas mehr Geld zur Verfügung hätte, um die vermeintlichen Scheinehen aufzuspüren. Ich verweise auf den entsprechenden BZ-Artikel von letzter Woche. Wenn wir schon Geld ausgeben wollen, sollten wir es besser dem Verein Xenia geben, der sich für Sex-Arbeiterinnen engagiert. Wenn aber arbeitsrechtliche Kontrollen nicht erfolgen, so muss das auf kantonaler Ebene angeschaut werden. Es geht nicht an, dass die Stadt einmal mehr Aufgaben des Kantons übernimmt und dafür überhaupt keine Abgeltung erhält. Entsprechende Budgetanträge sind auf kantonaler Ebene zu stellen, und auf kantonaler Ebene muss auch die Durchführung erfolgen. Wenn die EVP im Kanton Bern die Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitsgesetzes so effizient durchsetzen kann wie das Rauchverbot in Gaststätten, so brauchen wir heute bestimmt keine 20'000.00 Franken zu sprechen. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion GB/JA! diesen Antrag ab.

Miriam Schwarz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion lehnt den Aufstockungsantrag aus folgenden Gründen ab: Einerseits hat die Fremdenpolizei nach Einreichen meiner Motion neue Wege eingeschlagen, indem die gesuchstellenden Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen für Stellen als Cabaret-Tänzerinnen zu einem Gespräch eingeladen werden, wo gemeinsam Rechte und Pflichten besprochen und gemeinsam die Arbeitsverträge unterschrieben werden. Dieses Vorgehen wurde vor ca. einem Jahr eingeführt. Andererseits bringen Kontrollen keine Verbesserungen, und sie müssen definiert werden. Wenn Kontrollen, dann nur in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und mit Beratungsstellen, damit sichergestellt ist, dass betroffene Frauen ohne Angst aussagen können. Ein Ausbau der Rechte von Tänzerinnen aus Drittstaaten mit L-Bewilligungen, flankierende Massnahmen und eine Erhöhung des Informationsstandes können den Schutz der Tänzerinnen verbessern. Im Brennpunkt stehen dabei die erstmals eingereisten Frauen, die besonders verletztlich sind. Das Migrationsamt des Kantons Neuenburg lädt die Frauen an ihrem ersten Arbeitstag ein, informiert sie über ihre Rechte und Pflichten, ähnlich wie es die Stadt Bern macht. Abschliessend möchte ich hier mitteilen, dass Regierungsrat Käser die L-Bewilligung für Frauen aus einem Drittstaat abschaffen möchte. Was das für Konsequenzen hat, führe ich hier nicht aus, ich kann aber sagen, dass wir vom Vorstand wie auch die Beratungsstelle Xenia bereits schriftlich reagiert haben und dass wir dran bleiben werden. Sollte dies tatsächlich eintreten, würden die 20'000.00 Franken niemals ausreichen. Die SP wird an diesem Thema dranbleiben und in Absprache mit den betroffenen Stellen reagieren. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er beim Regierungsrat interveniert. Wir können dem vorliegenden Antrag deshalb nicht zustimmen.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP: Auch für diesen Antrag hat die FDP eigentlich grosses Verständnis, es ist aber so, dass mit den Steuerungsvorgaben, die hier gemacht werden, 20'000.00 Franken niemals reichen. Nachtarbeit wird mit dem Satz 1,5 verrechnet, das Geld ist also in kurzer Zeit ausgegeben. Sehr interessant finde ich die Begründung der

SP/JUSO für ihre Ablehnung, denn schliesslich kommen Vorstösse in diesem Bereich vor allem aus dieser Ecke, und jetzt, wo jemand versucht, etwas zu unternehmen, fällt man den Initianten in den Rücken. Und man ist auch nicht bereit, die entsprechenden Mittel zu sprechen, zum Beispiel im Moment, als wir in der FSU die entsprechenden Stellen verlangten – im Antrag, den wir inzwischen zurückgezogen haben und dem auch die BAK-Mitglieder der SP die Unterstützung verweigerten. Vielleicht ist ja die SP ebenfalls eine Mogelpackung.

Beschluss

Der Antrag (26) GFL/EVP zu S. 177/190 wird mit 42 : 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Rückkommensantrag

Raymond Anliker (SP): Ich werde hier den ultimativen Beweis antreten, dass die SP keine Mogelpackung ist. Ich stelle einen Rückkommensantrag auf S. 168, Antrag (14) und (14a) und stelle den Antrag, dass die Abstimmung zum Antrag (14a) GB/JA! zu S. 168 wiederholt wird. Ich habe den Eindruck erhalten, dass wir nicht ganz im Wissen darum entschieden haben, welcher Antrag über welchen obsiegt hat, und ich stelle fest, dass diese Form von Kompensationsanträgen unecht ist: Ein Kompensationsantrag benennt präzise ein Produkt oder eine Dienststelle, andernfalls entwickelt er sich zu einem systemfremden Joker, und er kann sogar gegen sich selbst gerichtet eingesetzt werden, z.B. gegen den Kredit, für dessen Erhöhung wir hier im Saal eine Mehrheit gefunden hatten. In Respektierung der NSB-Steuerungsprinzipien bitte ich, auf die Abstimmung zurückzukommen und sie zu wiederholen.

Beschlüsse

1. Der Rückkommensantrag Anliker wird mit 34 : 19 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
2. Der Kompensationsantrag (14a) (GB/JA!) wird mit 39 : 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

S. 213; Tierpark (270)	Antrag (27) SVP/JSVP; Nettokredit	Kürzung des Nettokredits (Kosten) Tierpark um 5% (Fr. 215'910.60) auf Fr. 4'102'301.6
---------------------------	---	---

Beschlüsse

1. Der Antrag (27) SVP/JSVP zu S. 213 wird mit 52 : 3 Stimmen abgelehnt.
2. Das Produktgruppen-Budget der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) wird mit 38 : 17 Stimmen angenommen.

- Die Beratung zum Produktgruppen-Budget 2007 wird in der Stadtratssitzung vom 21. September 2006 fortgesetzt. -

Eingänge

Es werden eine Dringliche Interpellation, sechs Motionen, zwei Postulate, vier Interpellationen und eine Kleine Anfrage eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliche Interpellation Fraktion GFL/ EVP (Erik Mozsa, GFL): Wie schützt die Stadt die Reithalle vor dem Drogendeal?

Die Reitschule ist ein etablierter Kulturort. Die diversen Kultur- und Restaurationsbetriebe bereichern die Stadt mit einem alternativen Angebot, dessen Wichtigkeit der Souverän in Abstimmungen glücklicherweise immer wieder anerkannt hat. Leider wird diese kulturelle Vielfalt bedroht, da sich auf dem Vorplatz eine offene Drogenszene mit all ihren Begleiterscheinungen breit gemacht hat. Ständig stehen Drogendealer auf dem Vorplatz der Reitschule. Davor versammeln sich unter der Eisenbahnbrücke viele Abhängige und konsumieren unter erbärmlichen hygienischen Zuständen ihren Stoff.

Doch nicht nur für die Abhängigen, sondern auch für die Betreiberinnen der Reitschule und die Besucherinnen ist die Lage unerträglich: Die Kultur- und Restaurationsbetriebe verzeichnen weniger Gäste, denn die beelendenden Zustände vor den Toren der Reitschule schrecken viele ab und bei vielen Kulturbetreibenden liegen die Nerven blank. Es ist zu befürchten, dass diese Situation auch im Herbst, wenn vermehrt kulturelle Aktivitäten über die Bühne gehen, anhalten wird.

Seit dem Vorgehen gegen die Drogenszene am Mühlenplatz in Thun kommen immer mehr Abhängige von ausserhalb in die Stadt und die Anlaufstelle an der Hodlerstrasse ist überfüllt, was viele Drogenabhängige veranlasst, unter der Eisenbrücke ihre Drogen einzunehmen. Lange Zeit versuchte die Reitschule, der Lage selber Herr zu werden, sie ist aber überfordert und es ist zudem nicht ihre Aufgabe, sozialpolitische und repressive Massnahmen durchzuführen.

Seit einiger Zeit verwehren die Betreiberinnen Betreiber der Reitschule vermehrt den Drogendealern den Zugang zum Gebäude. Konstruktive Gespräche zwischen der Stadt und der IKUR haben dazu geführt, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei besser klappt. Seither finden zuweilen Razzien statt, doch nicht in genügendem Ausmass. Es ist klar, dass die im Bereich der Drogenpolitik bestehenden Probleme der Stadt vielfältige Massnahmen verlangen. Diese sind aber nicht Gegenstand dieser Interpellation. Es geht dem Interpellanten hier primär darum, die Reithalle als wichtiges Kultur- und Begegnungszentrum unserer Stadt vor den Folgen zu schützen, die eine Assoziierung des Ortes mit dem Handel und Konsum von harten Drogen mit sich bringen. Diese ist unerwünscht und gefährdet das alternative Zentrum.

Daher fragen wir den Gemeinderat:

1. Was unternimmt die Stadt, um den Fortbestand der Reithalle als Kultur- und Begegnungszentrum zu sichern bzw. sie vor den Auswirkungen des Deals zu schützen?
2. Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, um die Situation unter der Brücke zu verbessern?
3. Weshalb patrouilliert die Stadtpolizei nicht täglich vor der Reitschule und führt Razzien gegen die Dealer durch?
4. Weshalb ist es immer noch so schwierig, einzelne Drogendealer zu überführen, zumal „Bunkeranlagen“ in den Böschungen entfernt wurden?
5. Wie genau sehen die Zuständigkeiten aus? Was macht die Stadtpolizei und was Pinto?
6. Weshalb wird eine Aktion, wie am Morgen des 4.9.2006 geschehen, gegen einzelne Hanfpflanzen in der Reithallen WG durchgeführt, wenn anscheinend für die dringenden Aufgaben keine Kräfte vorhanden sind?

7. Was verspricht sich der Gemeinderat von den schon lange geplanten Aufwertungen unter der Brücke, um die Situation zu entschärfen?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Situation spitzt sich täglich zu, die Kulturinstitution öffnet nun nach den Sommerferien erneut ihre Tore, weshalb ein längeres Warten unangebracht ist.

Bern, 14. September 2006

Dringliche Interpellation Fraktion GFL/EVP (Erik Mozsa, GFL), Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Nadia Omar, Susanne Elsener, Gabriela Bader Rohner, Rania Bahnan Buechi, Anna Magdalena Linder

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat bejaht.

Interfraktionelle Motion GB/JA, SP/JUSO, GFL/EVP (Hasim Sancar, GB/Miriam Schwarz, SP/Rania Bahnan Buechi, GFL): Managing Diversity: Die Anstellung von qualifizierten ausländischen Arbeitnehmenden in der städtischen Verwaltung aktiv fördern

Integration ist ein lang dauernder Prozess und setzt sowohl Anstrengungen der ausländischen Bevölkerung als auch der Aufnahmegesellschaft voraus.

Eines der Hauptmerkmale von guter Integration ist – neben solchen wie z.B. genügend guten Sprachkenntnissen – auch eine befriedigende Arbeitssituation. Es ist eine Tatsache, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung unter den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und Working Poor überproportional hoch ist.

Die Stadt Bern hat mit ihren bisherigen Massnahmen und Anstrengungen zur Integration eine beispielhafte Arbeit geleistet. Doch trotz der positiven Entwicklung der Integration generell müssen gerade in der Stadtverwaltung zusätzliche Schritte gemacht werden. Im Bereich Personalpolitik und Anstellungen von Ausländerinnen und Ausländern in der städtischen Verwaltung hat die Stadt Bern bisher wenige Bemühungen unternommen. Nur gerade bei der Kehrichtabfuhr, Reinigung und in der Stadtgärtnerei gibt es einen relativ hohen Anteil ausländischer Arbeitnehmenden. Offenbar ist 2004 die gesamte Anzahl der von der Stadtverwaltung angestellten Ausländerinnen und Ausländer auf 6.1% zurückgegangen und 2005 hat es sich leicht verbessert. Auch die Eidgenössische Volkszählung 2000 über Migration und Integration hat gezeigt, dass die Chancen nicht gleich verteilt sind: Der höchste Ausländeranteil weisen das Gastgewerbe mit 41.1 % und die Baubranche mit 30.8 % auf. In anderen Bereichen wie z.B. der Verwaltung sind es jedoch nur gerade 5.6%, im Energiesektor 6.6 %.

Durch einen bewussten und gezielten Umgang mit und die Nutzbarmachung von Unterschieden (Managing Diversity) kann Integration in der Arbeitswelt erfolgreich und effizient gefördert werden.

Der öffentliche Arbeitgeber trägt dabei eine spezielle Verantwortung. Durch seine eigene Anstellungspraxis übt er eine Vorbildfunktion aus, um andere Arbeitgeber zu motivieren, den geeigneten Ausländerinnen und Ausländer die gleichen Anstellungschancen zu geben wie den Schweizerinnen und Schweizern. Zudem führt eine integrative Anstellungspraxis dazu, dass die ausländische Wohnbevölkerung sich in der Verwaltung vertreten fühlen, was wiederum die Loyalität der Migrantinnen und die Identifikation zwischen Migrantinnen und der Verwaltung stärkt.

Die Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Integration und Arbeit. Empfehlungen der EKA zur Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Bern, 2003) und die Tripartite Agglomerationskonferenz (Rechtliche Integrationshemmnisse, Auslegeordnung und Lösungsansätze vom 12. Oktober 2004) stellen diesbezüglich eine Ver-

antwortung der öffentlichen Arbeitgeber fest und machen entsprechende Empfehlungen. Auch im Integrationsleitbild der Stadt Bern wird auf diese Verantwortung hingewiesen: „Die Integrationspolitik der Stadt Bern fördert im Sinne einer Daueraufgabe die soziale Integration und damit den chancengleichen Zugang zu gesellschaftlich bedeutenden Gütern.“ (Seite 15, Grundsatz 5). Diesen Grundsatz gilt es ernst zu nehmen und in die allgemeingültigen regulatorischen Grundlagen der Stadt zu integrieren.

Um den Anteil der qualifizierten ausländischen Angestellten in der städtischen Verwaltung zu erhöhen und ihre Chancengleichheit und ihre Integration in der Verwaltung zu fördern, stellen wir an den Gemeinderat folgende Forderungen:

1. Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat eine dem Integrationsleitbild entsprechende Ergänzung des Personalreglements (PRG) vom 21. November 1991, 2. Kapitel, Personalpolitische Grundsätze, Art. 3 mit folgendem Wortlaut: *„Die Stadt fördert Anstellungen und Personalentwicklung von ausländischen Mitarbeiterinnen und trifft Massnahmen für ihre berufliche Integration.“*
2. Er bereitet ein Massnahmenkonzept vor, das die Anstellung, Personalentwicklung, Chancengleichheit sowie die berufliche Integration der ausländischen Arbeitnehmenden in der städtischen Verwaltung sowie in den ausgelagerten Betrieben (ewb, StaBe, BernMobil) und in den Betrieben mit Leistungsverträgen fördert. Er erstellt eine regelmässige und umfassende Berichterstattung (Jahresbericht) zuhanden des Stadtrates.
3. Der Gemeinderat kommuniziert seine gute Strategie gegen aussen aktiv und macht an private Unternehmungen einen Aufruf, um sie für die Anstellungen von ausländischen Arbeitnehmenden zu sensibilisieren.

Bern, 14. September 2006

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Hasim Sancar, GB/Miriam Schwarz, SP/Rania Bahnan Buechi, GFL), Sarah Kämpf, Hasim Sancar, Giovanna Battagliero, Miriam Schwarz, Annette Lehmann, Corinne Mathieu, Ueli Stückelberger, Stefan Jordi, Barbara Streit-Stettler, Raymond Anliker, Martin Trachsel, Liselotte Lüscher, Nadia Omar, Rolf Schuler, Gabriela Bader Rohner, Hans Peter Aeberhard, Sönmez Hasim, Verena Furrer-Lehmann, Thomas Göttin, Conradin Conzetti, Ruedi Keller, Ursula Marti, Andreas Zysset, Ursula Marti, Michael Aebersold, Margrith Beyeler-Graf, Patrizia Mordini, Christof Berger, Andreas Flückiger, Beat Zobrist, Natalie Imboden, Catherine Weber, Urs Frieden, Daniele Jenni, Franziska Schnyder, Stefanie Arnold, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Karin Gasser, Myriam Duc

Motion Fraktion SP/JUSO (Stefan Jordi, SP): Mehr Sicherheit für Kinder auf der Wyleringstrasse!

Das westliche Teilstück der Wylerringstrasse führt zwischen Industrieanlagen und Wohngebiet (via Wylerringstrasse 41-47) durch. Das Strassenstück in der Tempo 30-Zone ist breit und nahezu hindernisfrei. Unterdessen ist dieses Strassenstück zu einer eigentlichen Raserstrecke mutiert. Insbesondere am Abend wird die Strasse von Privat-PWs ausgiebig frequentiert, da man dadurch die Ampel an der Kreuzung Scheibenstrasse / Standstrasse zeitgewinnend umfahren kann. Die PWs rasen ungehindert und mit grossen Tempi über die Wylerringstrasse und beschleunigen, dank weit reichendem Sichtfeld und hindernisfreier Rollbahn, nicht selten auf 60 oder mehr Stundenkilometer! Insbesondere im Sommer ist das Gefahrenpotenzial enorm, wird die breite und offene Strasse inkl. den ausladenden Trottoirs von der Kinderschar doch immer wieder als Spielmöglichkeit (da viel mehr Platz als auf der kürzlich eingerichteten nahe gelegenen Begegnungsstrasse) in Beschlag genommen – trotz mahnender Worte und Verbote seitens der Eltern.

Im Rahmen des stadtweiten Verbesserungspakets für die Tempo 30-Zonen, für welches der Stadtrat 2003 einen Kredit über knapp 1,4 Mio. Franken gesprochen hat, wurden auch Massnahmen für dieses Teilstück überprüft. Die Verengung des Strassenstücks, um damit die verkehrsberuhigende Wirkung zu erzielen, wurde dabei wegen dem Industrieverkehr als nicht praktikierbar beurteilt.

Die Lösung mit Verengung des Strassenstücks zeigt sich indes nicht als unmöglich, wie Gespräche von Anwohnenden mit der ansässigen Industrie (WIFAG, Leinenweberei) ergaben. Der Lastwagenverkehr kann auch mit versetzten Parkplätzen problemlos zirkulieren. Dies zeigt die jetzige Situation mit der Renovation der stadteigenen Wohngebäude: Durch die baubedingten Installationen ist die Strasse verengt, die Lastwagen können trotzdem zirkulieren.

Bei solchen wirksamen, verkehrsberuhigenden Massnahmen handelt es sich nicht um eine unverhältnismässige Behinderung für den Lastwagenverkehr. Im Gegenzug kann aber ein latentes Gefahrenpotential für anwohnende Familien mit Kindern abgebaut werden. Im Übrigen verlangt der Kanton bei ständigen Überschreitungen in Tempo 30-Zonen bauliche Massnahmen zur Einhaltung der Geschwindigkeitsvorschriften.

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Situation auf dem westlichen Teilstück der Wyleringstrasse zu überprüfen und dem Stadtrat ein Projekt mit baulichen, verkehrsberuhigenden Massnahmen bezüglich der Einhaltung von Tempo 30 vorzulegen.

Bern, 14. September 2006

Motion Fraktion SP/JUSO (Stefan Jordi, SP), Annette Lehmann, Sönmez Hasim, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Beat Zobrist, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Sarah Kämpf, Raymond Anliker, Michael Aebersold, Andreas Zysset

Motion Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Freiwilligenarbeit in den grossen Kulturinstitutionen: Nur mit klaren Regeln!

Auch die Kultur soll für Menschen, welche ihre Sozialzeit dort investieren möchten, interessante Angebote bereit haben. Freiwilligenarbeit ist im Kulturbereich für viele kleinere Institutionen unabdingbar, damit sie überhaupt existieren können. Für grosse Kulturinstitutionen bietet sie sicher auch einen gewissen Mehrwert („Sahnehäubchen-Effekt“).

Freiwilligenarbeit muss dann eingegrenzt und mit klaren Regeln versehen werden, wenn sie in grossen Kulturinstitutionen bezahlte Arbeit verdrängt oder sie unlauter konkurrenziert sowie die Schweizerisch anerkannten Standards der Freiwilligenarbeit verletzt. Mit extensiver Ausdehnung der Freiwilligenarbeit werden dem Arbeitsmarkt wichtige und interessante Arbeitsplätze entzogen. Dies betrifft insbesondere auch Lehr- und Praktikumsstellen für Schul-, Studien- und Lehrlinginnen und -abgängern.

Im Zentrum Paul Klee hat der Einsatz von Freiwilligen ein Ausmass angenommen (ca. ein Viertel der bezahlten Stellenprozente, Ausdehnung auf die Kernfelder der Museumsarbeit wie Audio-Guides, Aufsicht und Museumsshop), welcher sowohl mengenmässig wie inhaltlich im mitteleuropäischen Rahmen für grosse Museen einmalig ist und sicher zur Verdrängung von bezahlter Arbeit führt. Scheinbar bestehen auch Pläne, diese Art von Freiwilligenarbeit auf weitere grosse Kulturinstitutionen auszudehnen. Höchste Zeit, dass die Stadt Bern als wichtige Subventionsgeberin sie in den grossen Kulturinstitutionen auf ein vertretbares Mass einzuschränken bemüht.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert Freiwilligenarbeit in den grossen von der Stadt subventionierten Kulturinstitutionen (Stadttheater, Berner Sinfonie Orchester, Historisches Museum, Kunstmuseum, Zentrum Paul Klee), welche den grössten Teil des Kulturausgaben bekommen, durch folgende Massnahmen zu beschränken:

1. Erarbeiten eines Konzeptes und von klaren Richtlinien zum Einsatz von Freiwilligenarbeit und von Freiwilligen, welche sich verbindlich an Schweizerischen Standards (quantitativ, qualitativ, funktional) orientieren.
2. Anwendung der entsprechenden Regelungen in verbindlicher Form bei der Aushandlung der Kulturverträge der Regionalen Kulturkonferenz (RKK).
3. Für die Leistungsverträge mit anderen Kulturinstitutionen soll Freiwilligenarbeit entsprechend honoriert und möglichst klar geregelt werden.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeiten liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 14. September 2006

Motion Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP), Rolf Schuler, Andreas Flückiger, Margrith Beyerler-Graf, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Christof Berger, Andreas Zysset, Sönmez Hasim, Annette Lehmann, Thomas Göttin, Beat Zobrist, Giovanna Battagliero, Sarah Kämpf, Ursula Marti, Stefan Jordi, Raymond Anliker

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Einrichtung von Ganztageschulen in der Stadt Bern

Die Anstrengungen der Stadt Bern auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Schule als Lebensort sind vielfältig: Die Plätze in den Kindertagesstätten werden laufend erhöht, ein flächendeckendes Netz an Tagesschulen Mitte 2007 in der Stadt Realität – damit ist ein Etappenziel erreicht. Die SP fordert nun die zweite Etappe: Die Einrichtung von Ganztageschulen in der Stadt Bern. Die Stadt soll in Sachen Ganztageschulen eine Vorreiterrolle übernehmen, denn langfristig verhelfen diese der Stadt zu einem Standortvorteil. In der gemeinderätlichen Bildungsstrategie sind mittelfristig Pilotprojekte vorgesehen. Die SP ist der Ansicht, dass dieses Vorhaben rasch angegangen werden muss und nicht auf die lange Bank geschoben werden darf.

Ganztageschulen können von morgens 7.00 Uhr bis abends 18.00 Uhr offen sein. Die Schülerinnen und Schüler verbringen den ganzen Tag in der Schule. Die Teilnahme ist nicht fakultativ. Ob neuer Unterricht, individuelle Förderung, kreative Freizeitgestaltung oder eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Ganztageschulen bieten eine Fülle von Vorteilen und bessere Voraussetzungen, um Kinder zu eigenverantwortlich handelnden, kreativen Persönlichkeiten heranwachsen zu lassen.

Ganztageschulen heisst Schule neu denken, denn diese bieten weit mehr als neue Öffnungszeiten – sie begünstigen eine Lehr- und Lernkultur, die auf die Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingeht, die Schülerinnen und Schüler zur Selbstständigkeit erzieht und Freude am Lernen und an Leistung vermittelt. Ganztageschulen leisten einen wichtigen Beitrag zu Chancengleichheit. Ein umfangreiches Angebot an zusätzlichen Aktivitäten gibt den Kindern die Möglichkeit, ihre besonderen Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten.

Aus diesen Gründen wird der Gemeinderat aufgefordert

1. ein Konzept für die Einführung von Ganztageschulen auszuarbeiten
2. die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für ein Pilotprojekt bereitzustellen.

Bern, 14. September 2006

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Liselotte Lüscher, Andreas Zysset, Thomas Göttin, Christof Berger, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Annette Lehmann,

Sönmez Hasim, Patrizia Mordini, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Raymond Anliker, Sarah Kämpf

Motion Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Freiluft-Sauna im Marzilibad

Im Rahmen der anstehenden Hochwasser-Sanierung im Bueber-Teil des Berner Marzilibades ergibt sich die einmalige Gelegenheit, eine naturnahe (finnische) Sauna mit Freiluft-Bereich zu errichten. Die Abkühlung wäre in einem abgegrenzten Teil des Bueber-Beckens problemlos möglich. Während in Zürich (Seebad Enge) und Genf (Bains des Pâquis) naturnahes Sauern bereits möglich und äusserst beliebt ist, wäre die Marzili-Sauna für unsere Region eine Premiere und ein echter neuer Anziehungspunkt für den Freizeit- und Naherholungsraum Aare.

Sauna-Anlagen gehören fast standardmässig zu städtischen Bädern (Wyler, Hirschengraben, Weyermannshaus). Die Einrichtung einer finnischen Sauna im Marzili würde gerade nach der Schliessung der Schwellenmätteli-Sauna mit Sicherheit einer grossen Nachfrage entsprechen. Das Marzilibad würde an Attraktivität gewinnen und die Auslastung (Betrieb vor allem in der kalten Jahreszeit) optimiert.

Das Projekt müsste für die Stadt Bern kostenneutral oder rentabel sein. Saunas ab 25 Plätzen und 70 Eintritten pro Tag (bei einem Eintrittspreis von ca. Fr. 20.-) werfen in der Regel einen Gewinn ab. Dies zeigen auch die erwähnten Betriebe in Zürich und Genf. Die Stadt könnte die Sauna selber führen oder den Betrieb an Private (Verein, Restaurant, Sportklub usw.) übertragen.

Mit der Errichtung der Freiluft-Sauna Marzili ermöglicht die Stadt Bern ihrer Bevölkerung, aber auch Touristinnen und Touristen, ein einmaliges Naturerlebnis und trägt dem Trend zur aktiven und gesundheitsorientierten Freizeitgestaltung Rechnung. Zudem kann nur die Stadt im Aare-Bereich eine Sauna errichten, da allein sie über dazu geeignete Liegenschaften verfügt. Wir beauftragen darum den Gemeinderat die Stabe anzuweisen, im Rahmen der Hochwasser-Sanierung Marzilibad eine Sauna mit Freiluft-Anlage zu errichten.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 14. September 2006

Motion Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP), Sarah Kämpf, Ursula Marti, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Rolf Schuler, Sönmez Hasim, Annette Lehmann, Giovanna Battagliero, Corinne Mathieu, Raymond Anliker, Andreas Zysset

Motion Fraktion FDP (Philippe Müller): Kostenexplosion im Sozialwesen: Wer beaufsichtigt den Sozialdienst?

Gemäss dem Sozialhilfegesetz des Kantons Bern (SHG) hat jede Gemeinde im Kanton eine Sozialbehörde. Dieser Sozialbehörde kommt gemäss Art. 17 SHG insbesondere die Aufgabe zu, den Sozialdienst (in Bern im Sozialamt integriert) zu beaufsichtigen. In vielen Gemeinden ist diese Sozialbehörde paritätisch zusammengesetzt. Dies ist deshalb richtig und sinnvoll, weil die Aufsichtsfunktion glaubwürdig sein soll. Missbräuche, auch nur vermutete, führen bekanntlich oft zu Unmut in der Bevölkerung. Insbesondere müsste – auch durch diese Kontrolltätigkeit – vermieden werden, dass Sozialfällen mehr Einkommen ermöglicht wird, als Lohnarbeiter/Innen für ihre Anstrengungen erhalten (mit allen negativen Folgen, inkl. Schwarzmarkt fürs Putzen, Kinderhüten, Gartenpflegen etc.).

Die Sozialbehörde entscheidet darüber hinaus direkt über viele finanziell relevante Fragen im Sozialbereich, wie die Höhe der Wohnungskosten, Therapiekosten etc.

Angesichts dieser weit reichenden Bedeutung ist die Sozialbehörde beispielsweise auch in der Stadt Zürich ein paritätisch zusammengesetztes Gremium.

Die Sozialbehörde in der Stadt Bern, der mit Abstand grössten Gemeinde im Kanton, mit den klar meisten Sozialfällen, besteht hingegen nur aus einer einzigen Person, Frau Gemeinderätin Olibet, Direktorin BSS.

Das Sozialamt der Stadt Bern verfügt, bei ständig wachsendem Personalbestand und wachsenden Ausgaben, über Sozialausgaben von mittlerweile über 100'000'000 (100 Mio.) Franken pro Jahr. Dieses Sozialamt ist gegenüber der Direktorin BSS direkt weisungsgebunden – und es wird auch gleich und ausschliesslich von ihr beaufsichtigt? Das ist aus der Sicht eines modernen Controllings und eines zeitgemässen Transparenzverständnisses äusserst unbefriedigend.

Daher fordern wir den Gemeinderat auf, die Sozialbehörde der Stadt Bern nun als paritätisch zusammengesetztes Gremium auszugestalten – unter Einbezug der wichtigsten politischen Kräfte der Stadt Bern.

Falls die Forderung dieser Motion in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, hat sie den Charakter einer Richtlinie.

Bern, 14. September 2006

Motion Fraktion FDP (Philippe Müller), Christian Wasserfallen, Karin Feuz-Ramseyer, Sandra Wyss, Anastasia Falkner, Christoph Müller, Stephan Hügli-Schaad, Mario Imhof, Hans Peter Aeberhard, Dolores Dana, Ueli Haudenschild, Jacqueline Gafner Wasem

Postulat Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP/Sarah Kämpf, JUSO): Raumkonzept für die Entwicklung der Basisstufe an Berner Schulen

Ausgangslage

Die Basisstufe soll bis 2012 in den Berner Schulen eingeführt werden. Im Schulkreis Bümpliz Höhe läuft seit Beginn des Schuljahres 2005/2006 ein Pilotprojekt. Dreiundzwanzig Schülerinnen und Schüler im Alter von vier bis acht Jahren werden spielerisch in Mathematik, Schreiben, Lesen unterrichtet. Zudem Backen oder Kochen sich die Schülerinnen und Schüler in der eigenen Küche ihr „Znüni“. Nach gewisser Skepsis wurde das Projekt nun grösstenteils mit Begeisterung anerkannt. Das Pilotprojekt soll bis 2009/2010 dauern und anschliessend auf die öffentlichen Schulen in der Stadt Bern ausgeweitet werden.

Im Campus Muristalden wurde die Testphase bereits erfolgreich abgeschlossen und die Basisstufe ins Schulangebot aufgenommen. Es werden zwei Klassen à je 20 Schülerinnen und Schülern unterrichtet. Die Nachfrage sei gross und die zu kleinen Räume konnten dank einem neuen Raumkonzept optimal eingerichtet werden.

Problem

Eine Basisstufe mit erweiterten Spiel- und Lernübungen erfordert entsprechende Räume in den bereits bestehenden Schulhäusern – ein Prozess, der einen jahrelangen Vorlauf erfordert. Bei Schulhaussanierungen wird jedoch bereits jetzt die grosse Raumnot sichtbar, wenn bspw. WC-Anlagen oder eine Aula zu ergänzen sind. Da davon ausgegangen werden kann, dass die Basisstufe auch an öffentlichen Schulen eingeführt wird, muss bereits heute bei Sanierungsarbeiten der Raumbedarf für die Basisstufe beachtet werden.

Antrag an Gemeinderat

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, im Hinblick auf die Einführung der Basisstufe an öffentlichen Schulen folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Die Erstellung eines Raumkonzeptes für die in Frage kommende Schulhäuser.
2. Bei Sanierungen und Umbauten von Schulhäusern den zukünftigen Raumbedarf für die Basisstufe aufzuzeigen, ggf. zu berücksichtigen.

3. Ein Nutzungskonzept für die Kindergärten aufzuzeigen, die weder als öffentliche Kindergärten noch für die Basisstufe benötigt werden.

Bern, 14. September 2006

Postulat Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP/Sarah Kämpf, JUSO), Ursula Marti, Stefan Jordi, Raymond Anliker, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Giovanna Battagliero, Annette Lehmann, Sönmez Hasim, Patrizia Mordini, Christof Berger, Andreas Flückiger, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Michael Aebersold, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Andreas Zysset

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Kultur der Migrantinnen und Migranten fördern und sichtbar machen

Im Entwurf des Kulturkonzepts der Stadt Bern steht, dass Migrantinnen und Migranten sich bei uns heimisch fühlen und vermehrt am öffentlichen Leben teilnehmen sollen. Die Kultur, die kulturellen Leistungen und Kulturschaffende aus fremden Kulturen sind aber nicht nur für hier anwesende Migrantinnen und Migranten wichtig, weil sie die Verbundenheit mit ihrer Ursprungskultur ermöglichen, ihnen helfen aktuelle Entwicklungen zu verfolgen und damit ihre kulturelle Identität zu sichern, sondern bedeuten auch zusätzlichen kulturellen Reichtum für die Berner Bevölkerung. Eine gefestigte – auch kulturelle – Identität im Ursprungsgebiet bildet aber die beste Basis für eine erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten in die schweizerische Gesellschaft und Kultur. Gleichzeitig kann auf diese Weise ein Austausch zwischen den Kulturen stattfinden.

Die Kultur der Migration hat nur wenige Plattformen – eine löbliche Ausnahme wird in Zukunft das „Haus der Religionen“ bilden, gelegentlich auch das Schlachthaus, das Dampfzentrale usw. Die restlichen Kulturveranstaltungen und das Kulturschaffen (oft Laienkultur) hat kaum Öffentlichkeit und geschieht in Nischen. Sehr oft werden auch grosse kulturelle Leistungen von der einheimischen Bevölkerung kaum wahrgenommen. Wenn sich Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen um Unterstützung bemühen, sind sie sehr oft von den einzuhaltenden Regeln und Formalitäten überfordert.

Um den Zugang zur Kultur, ihren Erzeugnissen und für die Kulturschaffenden zu erleichtern, brauchen sie zusätzliche gezielte Unterstützung und Beratung. Wünschbar wären gute Kooperationen mit einheimischen Trägerinnen und Trägern, aber auch notwendige Hilfe für das eigene Tun.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Die Stadt stellt Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen Beratung und Unterstützung zur Verfügung, um Kultur-Finanzierungen der öffentlichen Hand und von ev. Sponsorinnen und Sponsoren für eigene Veranstaltungen, Kooperationen und Projekte erhalten zu können.
2. Die Stadt vermittelt Migrantinnen und Migranten in Bern zur Verfügung stehenden Lokalitäten für Kulturschaffen und kulturelle Veranstaltungen.
3. Die Stadt veranlasst, dass in sämtlichen von ihr subventionierten Kultur-Institutionen, kulturelle Leistungen und Kulturschaffende aus den Herkunftsländern der bei uns ansässigen Migrantinnen und Migranten regelmässig berücksichtigen und in die Programme aufnehmen.
4. Die Stadt fördert den Austausch der Kulturen, von kulturellen Leistungen und zwischen den Kulturschaffenden der Migrationsländer

Bern, 14. September 2006

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP), Andreas Zysset, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Liselotte Lüscher, Andreas Flückiger, Christof Berger, Thomas Göttin, Annette Lehmann, Sönmez Hasim, Patrizia Mordini, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Beat Zobrist

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler/Beat Zobrist, SP): Behinderten-Rampen auf Berner-Trottoirs verboten?

Im Rahmen der Berichterstattung um Kontroverse zwischen der Apotheke von Herrn Dr. Noyer und der Stadt Bern um eine Behinderten-Rampe entstand der Eindruck, dass der Gemeinderat ganz grundsätzlich die Einrichtung von mobilen Behinderten-Rampen auf den Trottoirs der Innenstadt verweigert.

Leider gibt es gerade in der Innenstadt etliche Gebäude mit grossem Publikumsverkehr, die für Menschen mit Mobilitäts-Behinderung nicht zugänglich sind. Ohne den „Fall Noyer“ zum Präzedenzfall zu erheben stellt sich darum die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Gemeinderat bereit ist, sich für Rampen einzusetzen. Gerade weil meist die Stadt Besitzerin des Trottoirs ist (öffentlicher Raum), sollte sie behinderten Menschen gegenüber diesbezüglich eine kooperative Haltung einnehmen. Natürlich müssen bezüglich Behinderten-Zugänglichkeit immer auch Alternativ-Massnahmen geprüft werden. Doch muss deren baulicher und finanzieller Aufwand verhältnismässig sein. Es versteht sich, dass mobile Rampen keine Alternative sind, da diese von den Rollstuhlfahrerinnen und -fahrern nicht selbständig montiert bzw. entfernt werden können.

Die Fraktion SP/JUSO bittet den Gemeinderat um Antwort auf folgende Fragen:

1. Steht der Gemeinderat grundsätzlich dazu, dass Gebäude auch für Menschen, die im Rollstuhl unterwegs sind, zugänglich sein müssen?
2. Welche Richtlinien wendet die Stadt an, wenn sie als Eigentümerin eines Trottoirs von Liegenschafts-Besitzenden aufgefordert ist, ein Baugesuch für eine Behinderten-Rampe mit zu unterschreiben?
3. Welche Grundsätze wendet die Stadt bei der Behandlung von Baugesuchen für Behinderten-Rampen an?
4. Welchen Stellenwert haben bei Baugesuchen für Behinderten-Rampen Überlegungen der sozialen und gesellschaftlichen Integration von Menschen, die mit einem Rollstuhl unterwegs sind?
5. Welche Gewichtung misst der Gemeinderat der ökonomischen Situation von Werkträgern mit einem Rollstuhl zu – insbesondere wenn es sich um einen Zugang zu einem Arbeitsplatz handelt?

Bern, 14. September 2006

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler/Beat Zobrist, SP), Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Christof Berger, Thomas Göttin, Miriam Schwarz, Annette Lehmann, Sönmez Hasim, Liselotte Lüscher, Raymond Anliker, Sarah Kämpf, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Andreas Zysset

Interpellation GB/JA! (Hasim Sancar/Urs Frieden, GB): Fussballfest statt Militärfestspiele: Keine bewaffneten Armeeeingehörigen an der EURO 08 in Bern!

In den letzten Tagen ist eine grosse Verwirrung um einen möglichen Einsatz von Armeeeingehörigen an der EURO 08 entstanden, vor allem bezüglich (Nicht-)Kommunikation durch die zuständigen Verantwortlichen in der Direktion SUE. Insbesondere herrscht Unklarheit darüber, für welche Aufgaben die Stadt Bern via Kanton beim Bund subsidiäre Armeeeinsätze für die EURO 08 beantragen will.

Das Grüne Bündnis lehnt grundsätzlich den Einsatz von jeglichen militärischen Ressourcen (sowohl von Armeematerial als auch von Angehörigen und Dienstleistungen der Armee) im Bereich der zivilen Sicherheit aus staatspolitischen Überlegungen ab. Konsequenterweise hat das Grüne Bündnis bereits mehrmals in diesem Sinne interveniert, letztmals mittels Motion (Motion Fraktion GB/JA! vom 6. April 2006), mit welcher ein Reglement verlangt wird, das den Einsatz von militärischen Ressourcen nur im Rahmen der in Art. 58 Abs. 2 der Bundesverfassung genannten Kriterien („schwerwiegende Bedrohung der inneren Sicherheit oder bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen“) auf dem Boden der Stadt Bern erlaubt.

Wie die Sonntagszeitung (SoZ) vom 27. August 2006 berichtet, hat der Gemeinderat ein Gesuch verabschiedet, das neben Dienstleistungen im logistischen Bereich auch Personenschutz und Objektschutz beantragt. Damit würde die Stadt Bern einen Tabubruch begehen und riskieren, dass Fussball-Fans in Kontakt mit bewaffneten Armeeangehörigen kämen. Nachdem der Gemeinderat während mehreren Tagen keine Stellungnahme zum Bericht der SoZ nehmen wollte, bestritt am Dienstag 29. August gemäss Berner Zeitung die Berner Polizeidirektorin, dass die Stadt Bern die „Armee im Bereich des Personenschutzes einzusetzen“ gedenke. Die Zeitung „Der Bund“ kommt in ihren Recherchen zum Schluss, dass in dem Gesuch wohl noch „ein Bock drin ist“ und gegenüber der Berner Zeitung vom 30. August wird die Direktorin der SUE dahingehend zitiert, als dass ihr Gesuch lediglich falsch interpretiert worden sei. Der Gemeinderat habe zu keinem Zeitpunkt erwogen, die Armee im Bereich des Personenschutzes einzusetzen, sondern lediglich für Logistik, Sicherheitswesen und Objektschutz. Was gilt nun?

Das Grüne Bündnis ist der Ansicht, dass die Öffentlichkeit zu so einem sensiblen Thema Anspruch auf klare und umfassende Information hat. Wir fragen daher den Gemeinderat:

1. Ist ein entsprechendes Gesuch an das VBS via Kanton nun definitiv eingereicht worden und wenn Ja: Was genau beantragt der Gemeinderat im Detail bezüglich Armeeleistungen für die EURO 08?
2. Wie lautete der wörtliche Inhalt des Gesuches, welches offenbar div. Medien vorlag und zu den oben aufgeführten Berichten führte? Dazu als Präzisierung: Was versteht der Gemeinderat unter „Sicherheitswesen“ und wo sind die Unterschiede zwischen dem Gesuch, das den Medien vorliegt und zum tatsächlich eingereichten Gesuch an das VBS?
3. Kann der Gemeinderat hundertprozentig garantieren, dass an der EURO 08 weder bewaffnete Armeeangehörige noch Armeeangehörige mit polizeilichen Befugnissen zum Einsatz kommen?
4. Auf welchen Grundlagen (Abklärungen, Analysen) kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die zivilen Sicherheitskräfte die Sicherheit an der EURO 08 nur mit militärischer Hilfe sichern können?
5. Welche zivilen Alternativen zur Armee im Bereich der Sicherheit (weitere kantonale Polizeien für den Bereich Objektschutz) sind vorgängig abgeklärt worden und mit welchem Resultat?
6. Welche zivilen Alternativen zur Armee im logistischen Bereich – Zivilschutz, Zivildienst, freiwillige Feuerwehr, Sanitäts- und Samariterdienste etc. – sind geprüft worden und mit welchem Resultat?
7. War und ist das Vorgehen der Stadt Bern mit den Verantwortlichen der Kantonspolizei Bern, der Stadtpolizei Bern, den Host-Cities sowie dem nationalen Sicherheitskoordinator der EURO 08 (Martin Jäggi) abgesprochen und wenn Ja mit welchem Ergebnis? Wenn Nein, weshalb nicht?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Gemeinderat möchte offenbar demnächst das Gesuch an die Armee einreichen. Bevor dieses Gesuch eingereicht wird, braucht es eine Diskussion und Klarheit im Stadtrat. Auch die Öffentlichkeit hat das Recht, zum richtigen Zeitpunkt und umfassend informiert zu werden.

Bern, 14. September 2006

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Urs Frieden, GB), Natalie Imboden, Karin Gasser, Myriam Duc, Anne Wegmüller, Stefanie Arnold, Franziska Schnyder, Daniele Jenni, Catherine Weber, Simon Röthlisberger

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Interpellation Daniele Jenni (GPB): Bern: Die Militarisierung der Inneren Sicherheit geht weiter

Bereits anlässlich des 7. Antifaschistischen Abendspazierganges vom 1. April 2006 wurden unter der Verantwortung des Gemeinderates und der Direktion SUE in erhöhtem Ausmass Ressourcen der Armee in Anspruch genommen, namentlich Transportkapazität, Spezialfahrzeuge, Hubschrauber sowie Infrastruktur und Personal für Observationen.

Trotz der bereits damals auch in Zusammenhang mit meiner Interpellation vom 6. April 2006 im Stadtrat geäusserten Bedenken scheint der Gemeinderat nun unter reichlich unklaren Umständen um Armeeunterstützung für Sicherheitsaufgaben bis hin zum Personenschutz während der EURO 08 ersucht zu haben. Er erweckte dabei den Eindruck, weiter gegangen zu sein als die anderen Austragungsorte (Host Cities), die „nur“ logistische Unterstützung durch die Armee anforderten.

Aus den weithin unklaren Darstellungen des Gesamtprojektleiters EURO 08 und der Direktorin SUE soll dem Anschein nach hervor gehen, dass wegen eines grob gehaltenen, durch den Gemeinderat vom angeblich fehlerhaften Verwaltungsentwurf unbemerkt zum Beschluss erhobenen, provisorischen Globalgesuches der nicht gemeinte Eindruck eines über die anderen Austragungsorte (Host Cities) hinaus gehenden Unterstützungsbegehrens entstanden sei, wogegen in Wirklichkeit bloss ein allgemein formuliertes Gesuch, das einzig um Armeeunterstützung für Logistik, Sicherheitswesen und Objektschutz ohne Bevölkerungskontakt gebeten habe, dahin gehend missverstanden worden sei, dass es auch das Ansuchen um Unterstützung im Personenschutz enthalten habe.

Mit derartigen offensichtlich mehr oder weniger berechnet in Kauf genommenen, von welcher Seite auch immer ausgelösten, nahezu realsatirischen Verwirrspielen macht sich der Gemeinderat in politisch wenig verantwortlicher Art zum Verstärker der verfassungsrechtlich, staatspolitisch und sachlich so unhaltbaren wie gefährlichen Tendenz zur zunehmenden Vermischung ziviler und militärischer Bereiche im Rahmen der Inneren Sicherheit. Er verkennt auch, wie sehr der wachsende Zugriff der emsig nach einem Daseinsgrund suchenden Armee auf die Innere Sicherheit die Legitimation der zivilen Behörden auf diesem Gebiet untergräbt. Der Gemeinderat wird deshalb ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. a) Welche Beschlussentwürfe welchen Inhalts haben welche Verwaltungsabteilungen dem Gemeinderat in Sachen Armeeunterstützung für die EURO 08 in Bern unterbreitet?
- b) Haben der Beschlussentwurf oder die Beschlussentwürfe Veränderungen erfahren, und zwar welche, oder wurden er oder sie unverändert zum Beschluss oder zu Beschlüssen erhoben?
- c) Ersetzte der Gemeinderat Beschlüsse in dieser Sache durch anders lautende Beschlüsse, fasste er einen oder mehrere Beschlüsse und wie lauten die einzelnen Fassungen aller Beschlussentwürfe und Beschlüsse?

- d) Wie lässt es sich erklären, dass der Gemeinderat in einer politisch so wichtigen und umstrittenen Frage fehlerhafte Entwürfe angeblich unbesehen und unbemerkt zu Beschlüssen erhebt?
- e) Wie lauteten in dieser Sache die genauen Auskünfte der Direktorin SUE an die Medien und wie weit treffen sie zu?
2. Wie kommt die gegenwärtige Mehrheit des Gemeinderates dazu, die grosse politische und rechtliche Bedeutung dieser Frage derart zu verkennen und sich im Schlepptau der derzeitigen politischen Ausrichtung innerhalb der Direktion SUE zum Vorreiter der militärischen Einmischung in die Innere Sicherheit zu machen?
 3. Erfolgte das Ersuchen des Gemeinderates in Absprache mit den operativ verantwortlichen Stellen der Stadt- und Kantonspolizei, den anderen Austragungsorten (Host Cities) und dem Polizeibeamtenverband? Wenn Ja, was waren die Ergebnisse, und wenn Nein, warum nicht?
 4. Welche Abklärungen hat der Gemeinderat vorgenommen, um zum Schluss zu gelangen, dass die zivilen Kräfte (Polizei, Zivilschutz, Feuerwehr, Sanitätsdienst usw.) im Rahmen der EURO 08 tatsächlich nicht genügen? Was ergaben diese Abklärungen im Einzelnen?
 5. Wie will der Gemeinderat sicher stellen, dass Militärpersonen wenn schon ohne polizeiliche Befugnisse, unbewaffnet und auch ohne Publikumskontakte tätig sein würden?
 6. Ist der Gemeinderat bereit, im Interesse einer klaren Aufteilung der Verantwortlichkeiten für eine Rückabwicklung dieser geplanten Vermischung von Armee und Polizei noch vor der EURO 08 zu sorgen?
 7. Will der Gemeinderat fortan der Wahrung zentraler staatspolitischer Interessen wie dem zivilen Charakter der Inneren Sicherheit das nötige Gewicht geben und darum auf die Anrufung militärischer Unterstützung in der Erfüllung von Sicherheitsaufgaben verzichten?
 8. Ist der Gemeinderat bereit, dafür einzutreten, dass dem Eindringen der Armee in den Polizeibereich auch im Rahmen von Police Bern ein Riegel geschoben wird?

Begründung der Dringlichkeit:

Das Gesuch an die Armee soll bereits eingereicht sein, die EURO 08 lässt nicht mehr lange auf sich warten. Zudem neigen Sicherheitsdispositive ohnehin dazu, sich rasch zur Doktrin zu verfestigen. Eine Rückabwicklung der eingeleiteten Tendenz muss darum rasch erfolgen, was eine baldige Beantwortung der gestellten Fragen voraussetzt.

Bern, 14. September 2006

Interpellation Daniele Jenni (GPB), Urs Frieden, Hasim Sancar, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Franziska Schnyder, Stefanie Arnold, Catherine Weber, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Beat Zobrist, Christof Berger, Miriam Schwarz, Sarah Kämpf, Sönmez Hasim, Thomas Göttin, Ruedi Keller

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Franziska Schnyder, GB): Steuerreformen von Kanton und Bund: Wie schätzt der Gemeinderat die Konsequenzen für die Stadt Bern ein?

Auf kantonaler Ebene und beim Bund stehen Steuerreformen an, bzw. werden diskutiert, welche die Stadt bereits ab 2008 betreffen. Die Stadt würde möglicherweise weniger Steuereinnahmen haben. Angesichts der städtischen Finanzperspektiven gemäss mittelfristiger Finanzplanung des Gemeinderats (IAFP 2007-2010) ist es sinnvoll die möglichen Folgen abschätzen

und auch reagieren zu können. Dazu kommt die Umsetzung des neuen Finanzausgleichs NFA, welcher per 2008 in Kraft treten soll und auf Kantone und Gemeinden Einfluss hat.

A. Kantonale Teilrevision des Steuergesetzes:

Mit der Teilrevision des Steuergesetzes sollen Familien und der Mittelstand und später auch die hohen Einkommen entlastet werden. Dies würde auf 2008 zu einer Senkung des Einkommenssteuertarifs ab steuerbarem Einkommen von 30'000 Franken und zu höheren Kinderabzügen führen. Zudem wird für sämtliche natürliche Personen der gesetzlich vorgesehene (und unbestrittene) Ausgleich der kalten Progression eingeführt. In einem zweiten Schritt ab 2010 würden die Kinderabzüge nochmals erhöht und zusätzlich die maximalen Steuersätze gesenkt. Unter dem Titel „Förderung der Standortattraktivität“ ist auch eine Reform der Unternehmensbesteuerung auf 2008 geplant. Für Dividenden und den Wert der Beteiligung soll unter bestimmten Voraussetzungen ein reduzierter Einkommens- und Vermögenssteuertarif zur Anwendung kommen (so genanntes Teilbesteuerungsverfahren). Zudem soll der Vermögenssteuertarif der natürlichen Personen gesenkt werden. Diese Massnahmen führen beim Kanton zu Mindereinnahmen von rund 175 Millionen; bei den Gemeinden per 2008 zu Mindereinnahmen von 75 Millionen Franken. Von diesen Entlastungen sind 40 Millionen Franken durch den gesetzlich vorgesehenen Ausgleich der kalten Progression unumgänglich. (Die 5 Mio. für den Ausgleich der kalten Progression sind im städtischen IAFP bereits eingeplant und auch nicht bestritten.) In der Medienmitteilung des Kantons vom 30.8.2006 zum „Moratorium für den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag-Abbau“ schreibt der Regierungsrat, dass die Revision für die Gemeinden Mindererträge aus der Einkommenssteuer von 4 bis 5% zur Folge hätten, was für die Stadt Millionenbeträge sind.

B. Unternehmenssteuerreform II des Bundes:

Dividenden sollen künftig nur noch zur Hälfte besteuert werden sollen. Die Vorlage in der Fassung des Nationalrates hat zur Folge, dass dem Bund und vor allem den Kantonen insgesamt Steuereinnahmen von knapp 800 Millionen Franken entgehen. Der Vorschlag des Bundesrates, bzw. die überarbeitete Version der Kommission WAK zuhanden der Herbst-Nationalratssession in Flims schafft Privilegien für Grossaktionärinnen und reisst tiefe Löcher in die Kassen des Bundes, der AHV und der Kantone. Zudem wird die Ehepaarbesteuerung verändert, indem die so genannte „Heiratsstrafe“ durch einen Zweitverdienerabzug gemildert wird, ohne aber die Individualbesteuerung einzuführen.

Wir bitten daher den Gemeinderat um die rasche Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Wie hoch sind die geschätzten Steuerausfälle gemäss kantonaler Teilrevision Steuergesetzes?
2. Wie hoch sind die geschätzten Einnahmenverluste gemäss Unternehmenssteuerreform II des Bundes und wie hoch für die Veränderung bei der Ehepaarbesteuerung?
3. Was sind die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des Finanzausgleichs (NFA) und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen für die Stadt Bern?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat diese angesprochenen Revisionen aufgrund der finanzpolitischen Situation der Stadt Bern?
5. Welche kurz- und mittelfristige Strategie verfolgt der Gemeinderat? Welche Formen der Zusammenarbeit laufen u.a. auf regionaler Ebene?

Bern, 14. September 2006

Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB/Franziska Schnyder, GB), Anne Wegmüller, Catherine Weber, Daniele Jenni, Stefanie Arnold, Myriam Duc, Karin Gasser, Hasim Sancar, Urs Frieden, Simon Röthlisberger

Kleine Anfrage Erich J. Hess (JSVP): Fragwürdige Preispolitik von ewb?

ewb (Energie Wasser Bern) stellt in diesen Tagen allen Mietern und Hauseigentümern in Bern die Frage: „Welchen Strom wünschen Sie?“

Man hat die Wahl zwischen Sonnenenergie, Wasserkraft aus Kleinkraftwerken, Strom aus Biogas und Abfall, Wasserkraft aus überregionalen Gross-Kraftwerken oder Strom aus Kernenergie bzw. fossilen Energieträgern wie Erdgas. Der Preis pro Kilowattstunde schwankt zwischen 81 Rappen (Sonnenenergie) und 15,5 Rappen für Kernenergie. Zusätzlich zum Strompreis kommt eine Pauschalgebühr von 120 Franken pro Jahr. ewb empfiehlt den Bezug aus regionalen Anlagen nach dem Motto Strom aus Bern eine gute Wahl. Wer bis Ende Oktober keine Wahl trifft, dem wird Strom aus überregionalen Gross-Kraftwerken zugeteilt. Mit anderen Worten, wer sich nicht meldet oder die Broschüre nicht liest oder nicht versteht, der erhält nicht etwa den kostengünstigsten Strom aus Kernenergie (das KKW Mühleberg wäre ja auch Berner-Strom!), sondern den teureren Strom aus Wasserkraft.

Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt es der Gemeinderat, dass denjenigen, welche sich auf das Schreiben nicht melden, nicht die kostengünstigste Stromvariante zugeteilt wird?
2. Ist die Vermutung richtig, dass die teilweise um ein mehrfaches teurere Stromvariante durch den Strom aus KKW quersubventioniert wird?
3. Wenn Ja, wie hoch ist die jeweilige Quersubvention pro Stromvariante?

Bern, 14. September 2006

Kleine Anfrage Erich J. Hess (JSVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Thomas Weil

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Künzler*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*